

BERICHT ÜBER SOLVABILITÄT UND FINANZLAGE 2017



Deutsche Assistance
Versicherung

Deutsche Assistance

Bericht über Solvabilität und Finanzlage 2017

der

Deutsche Assistance Versicherung AG

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	5
A. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS	7
A.1. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	7
A.2. VERSICHERUNGSTECHNISCHES ERGEBNIS	8
A.3. ANLAGEERGEBNIS	9
A.3.1 ENTWICKLUNG KAPITALANLAGEBESTAND	9
A.3.2 ERGEBNIS AUS KAPITALANLAGEN	9
A.4. ENTWICKLUNG SONSTIGER TÄTIGKEITEN	10
A.5. SONSTIGE ANGABEN	11
B. GOVERNANCE-SYSTEM	12
B.1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM GOVERNANCE-SYSTEM	12
B.1.1 ORGANISATIONSSTRUKTUR	12
B.1.2 SCHLÜSSELFUNKTIONEN, HAUPTAUFGABEN UND ZUSTÄNDIGKEITEN	14
B.1.3 WESENTLICHE ÄNDERUNGEN DES GOVERNANCE-SYSTEMS IM BERICHTSZEITRAUM	18
B.1.4 INFORMATIONEN ZUM VERGÜTUNGSSYSTEM	18
B.1.5 WESENTLICHE TRANSAKTIONEN	19
B.1.6 BEWERTUNG DES GOVERNANCE-SYSTEMS	19
B.2. ANFORDERUNGEN AN DIE FACHLICHE QUALIFIKATION UND PERSÖNLICHE ZUVERLÄSSIGKEIT	22
B.2.1 FACHLICHE QUALIFIKATIONSANFORDERUNGEN	22
B.2.2 BEURTEILUNG DER PERSÖNLICHEN ZUVERLÄSSIGKEIT	23
B.2.3 RICHTLINIEN UND PROZESSE	23
B.3. RISIKOMANAGEMENTSYSTEM EINSCHLIESSLICH DER UNTERNEHMENSEIGENEN RISIKO- UND SOLVABILITÄTSBEURTEILUNG	24
B.3.1 RISIKOSTRATEGIE UND ZIELE DES RISIKOMANAGEMENTS	25
B.3.2 RISIKOMANAGEMENTPROZESS	26
B.3.3 INFORMATIONEN ZUM ORSA	29
B.4. INTERNES KONTROLLSYSTEM	31
B.4.1 BESCHREIBUNG DES INTERNEN KONTROLLSYSTEMS	31
B.4.2 WESENTLICHE PROZESSE IM IKS	33
B.4.3 UMSETZUNG DER COMPLIANCE-FUNKTION	34
B.5. FUNKTION DER INTERNEN REVISION	36
B.6. VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE FUNKTION	37
B.7. OUTSOURCING	38

B.8. SONSTIGE ANGABEN	40
C. RISIKOPROFIL	41
C.1. VERSICHERUNGSTECHNISCHES RISIKO	41
C.1.1 NICHTLEBENSVERSICHERUNGSTECHNISCHES RISIKO	41
C.1.2 PRÄMIEN- UND RÜCKSTELLUNGSRISIKO	41
C.1.3 RISIKOSENSITIVITÄTEN/-STRESSE	42
C.2. MARKTRISIKO	42
C.3. KREDITRISIKO	46
C.4. LIQUIDITÄTSRISIKO	47
C.5. OPERATIONELLES RISIKO	49
C.6. ANDERE WESENTLICHE RISIKEN	50
C.7. SONSTIGE ANGABEN	50
D. BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE	51
D.1. VERMÖGENSWERTE	52
D.1.1 LATENTE STEUERANSPRÜCHE	53
D.1.2 ANLAGEN (AUSSER VERMÖGENSWERTE FÜR INDEXGEBUNDENE UND FONDSGEBUNDENE VERTRÄGE)	54
D.1.3 FORDERUNGEN GEGENÜBER VERSICHERUNGEN UND VERMITTLERN	55
D.1.4 FORDERUNGEN (HANDEL, NICHT VERSICHERUNG)	56
D.1.5 ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE	56
D.2. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN	56
D.2.1 ERMITTLUNG DER SCHADENRÜCKSTELLUNG	58
D.2.2 ERMITTLUNG DER PRÄMIENRÜCKSTELLUNG	58
D.2.3 ERMITTLUNG DER RISIKOMARGE	58
D.2.4 GRAD DER UNSICHERHEIT	59
D.2.5 UNTERSCHIEDE IN DER BEWERTUNG DER VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN ZWISCHEN SOLVENCY II UND HGB	59
D.3. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN	60
D.3.1 ANDERE RÜCKSTELLUNGEN ALS VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN	60
D.3.2 RENTENZAHLUNGSVERPFLICHTUNGEN	61
D.3.3 LATENTE STEUERSCHULDEN	61
D.3.4 VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER RÜCKVERSICHERERN	61
D.3.5 VERBINDLICHKEITEN (HANDEL, NICHT VERSICHERUNG)	62
D.4. ALTERNATIVE BEWERTUNGSMETHODEN	62
D.4.1 BARWERTMETHODE	63
D.4.2 ANGEPASSTE EQUITY-METHODE	63
D.4.3 NETTOVERMÖGENSWERT	63
D.4.4 HANDELSRECHTLICHE BEWERTUNG	64
D.4.5 ERTRAGSWERTVERFAHREN	64
D.5. SONSTIGE ANGABEN	64

E.	KAPITALMANAGEMENT	65
E.1.	EIGENMITTEL	65
E.1.1	VERFÜGBARE EIGENMITTEL	65
E.1.2	ANRECHNUNGSFÄHIGE EIGENMITTEL	67
E.2.	SOLVENZKAPITALANFORDERUNG UND MINDESKAPITALANFORDERUNG	68
E.2.1	SCR UND MCR ZUM BILANZSTICHTAG	68
E.2.2	VEREINFACHTE BERECHNUNG UND UNTERNEHMENSSPEZIFISCHE PARAMETER	68
E.2.3	ÄNDERUNGEN DES SCR UND MCR WÄHREND DER BERICHTSPERIODE	68
E.3.	VERWENDUNG DES DURATIONSBASIERTEN UNTERMODULS AKTIENRISIKO BEI DER BERECHNUNG DER SOLVENZKAPITALANFORDERUNG	69
E.4.	UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DER STANDARDFORMEL UND ETWA VERWENDETEN INTERNEN MODELLEN	69
E.5.	NICHTEINHALTUNG DER MINDESKAPITALANFORDERUNG UND NICHT-EINHALTUNG DER SOLVENZKAPITALANFORDERUNG	70
E.6.	SONSTIGE ANGABEN	70
	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	71

ZUSAMMENFASSUNG

Bei dem vorliegenden Bericht handelt es sich um den Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR) der Deutsche Assistance Versicherung AG (DAV) zum 31.12.2017 an die Öffentlichkeit. Der Bericht dient der Bereitstellung aller Informationen an die Öffentlichkeit, die für die Transparenz der Finanz- und Solvabilitätslage der DAV erforderlich sind. In dieser Form ist der Bericht jährlich zu veröffentlichen.

Der Bericht umfasst qualitative und quantitative Angaben zur Geschäftstätigkeit und zum Geschäftsergebnis, zum Governance-System, zum Risikoprofil, zur Bewertung für Solvabilitätszwecke sowie zum Kapitalmanagement der DAV. Im Anhang zum narrativen Bericht befinden sich die geforderten quantitativen Angaben (Quantitative Meldebögen – QRT).

Die DAV ist in der Sparkassen-Finanzgruppe als zentraler Produktgeber und Risikoträger tätig. Bei ihren Aktivitäten konzentrieren sich die Geschäftsbereiche der DAV auf das bedarfsgerechte Gestalten von Assistance-Versicherungslösungen. Im Finanzverbund bedienen die entwickelten Produkte und Services das zunehmende Kundeninteresse an geeigneten Convenience-Angeboten. Das Spektrum reicht hier von der Erstversicherung bis zur dazugehörigen Rückversicherung für ausgewählte Schutzbriefe.

Zum Stichtag betrug das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der DAV nach HGB 2.424,6 T€ (Vorjahr 1.006,1 T€). Die Jahresüberschuss beträgt aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft (ÖRAG) 0,0 T€. Das Ergebnis setzt sich dabei aus dem versicherungstechnischen Ergebnis für eigene Rechnung von 1.181,2 T€ (Vorjahr 30,2 T€), dem Kapitalanlageergebnis von 862,8 T€ (Vorjahr 822,3 T€) sowie dem sonstigen Ergebnis per Saldo von 380,5 T€ (Vorjahr 153,6 T€) zusammen. Der deutliche Anstieg des versicherungstechnischen Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere auf die Auflösung der handelsrechtlichen Schwankungsrückstellung zurückzuführen.

Die DAV hat die gemäß Solvency II geforderten Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion, versicherungsmathematische Funktion, Interne Revision – im Wege der Ausgliederung an die Muttergesellschaft ÖRAG übertragen. Als Ausgliederungsbeauftragte für die jeweiligen Schlüsselfunktionen wurden die Vorstände der DAV bestellt. Es wird sichergestellt, dass jede Schlüsselfunktion eine angemessene Stellung innerhalb der Aufbauorganisation einnimmt und mit klar festgelegten Zuständigkeiten und Befugnissen ausgestattet ist.

Die DAV verfügt über ein angemessenes und wirksames Governance-System. Die Überprüfung des Governance-Systems erfolgt mindestens jährlich; Umfang und Häufigkeit werden durch die Geschäftsleitung festgelegt. Auch der Kontrollrahmen zur Gewährleistung der Wirksamkeit der internen Kontrollen im Rahmen des Internen Kontrollsystems ist angemessen.

Das Risikoprofil der DAV lässt zum Berichtszeitpunkt keine Risiken erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft kurz- und mittelfristig gefährden können. Anhand der durchgeführten Stresstests und Sensitivitätsanalysen wird deutlich, dass die DAV auch in Extremszenarien ein robustes Bild zeigt und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit ausreichend sichergestellt ist.

Für die DAV ist im Wesentlichen das Marktrisiko relevant. Kapitalanlagerisiken begegnet die DAV grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität, um die Qualität des Kapitalanlageportfolios zu gewährleisten.

In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten. Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß Solvency II ebenfalls ökonomisch bewertet. Hierbei entspricht der angesetzte ökonomische Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem aktuellen Betrag, der bei einer Übertragung der Versicherungsverpflichtungen auf ein anderes Unternehmen gezahlt würde.

Die Höhe der Kapitalanlagen beträgt zum Stichtag 15.645,1 T€ unter Solvency II. Der HGB-Wert liegt mit 8.759,2 T€ unterhalb des Wertes gemäß der Solvabilitätsübersicht. Dies liegt hauptsächlich begründet in dem nach deutschem Handelsrecht anzuwendenden Vorsichtsprinzip. Anlagen werden in Folgeperioden entsprechend zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zu beizulegenden Zeitwerten bewertet, wobei die historischen Anschaffungskosten die jeweilige Obergrenze bei der Folgebewertung bilden. Hingegen werden die Kapitalanlagen für Solvabilitätszwecke grundsätzlich mit ihrem jeweiligen Marktwert angesetzt.

Die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen beträgt zum Stichtag 856,2 T€ gemäß Solvabilitätsübersicht. Bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden dabei weder Übergangsmaßnahmen (nach §§ 351–352 VAG), noch die Volatilitätsanpassung (nach § 82 VAG) angewendet.

Das Kapitalmanagement der DAV verfolgt das Ziel der dauerhaften Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Risikokapitalanforderungen in Form der Solvabilitätskapitalanforderungen (Solvency Capital Requirements – SCR) sowie der Mindestkapitalanforderungen (Minimum Capital Requirements – MCR). Zusätzlich ist ein über das SCR hinausgehender Kapitalpuffer jederzeit sicherzustellen. Zum 31.12.2017 liegen ausreichende Eigenmittel zur Bedeckung des Risikokapitals der DAV vor. Die Höhe der anrechnungsfähigen Eigenmittel für die Bedeckung des SCR beträgt 15.668,8 T€ sowie 15.419,6 T€ für die Bedeckung des MCR. Demgegenüber steht ein SCR in Höhe von 10.418,4 T€ und ein MCR in Höhe von 2.604,6 T€. Zum Stichtag ergibt sich folglich eine SCR-Bedeckungsquote, welche sich als Quotient aus anrechnungsfähigen Eigenmitteln und SCR bestimmt, von 150,4 % (Vorjahr 149,2 %) und eine MCR-Bedeckungsquote, welche sich als Quotient aus anrechnungsfähigen Eigenmitteln und MCR bestimmt, von 592,0 % (Vorjahr 506,4 %).

A. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.1. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Die DAV mit Sitz in Düsseldorf wird in der Form einer Aktiengesellschaft geführt.

Die DAV ist zentraler Assistancepartner der öffentlichen Versicherer und fest in die Sparkassen-Finanzgruppe integriert. Ihren Auftraggebern bietet die Gesellschaft in den Geschäftsbereichen „Beistand“ und „Verschiedene finanzielle Verluste“ zukunftsweisende Assistance-Versicherungslösungen, wie etwa Beistandsleistungen für Schutzbriefkonzepte. Diese ermöglichen eine umfassende Absicherung der Kunden, die über die finanzielle Schadenregulierung hinaus auch die notwendigen Organisationsleistungen abdecken. Im Mittelpunkt stehen modulare Convenience-Lösungen, mit denen sich bestehende und neue Produkte ihrer Auftraggeber erfolgsorientiert ergänzen lassen. Diese Leistungen bietet die DAV ausschließlich auf dem deutschen Versicherungsmarkt an.

Die DAV unterliegt der Aufsicht der

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Fon: 0228/4108-0
Fax: 0228/4108-1550

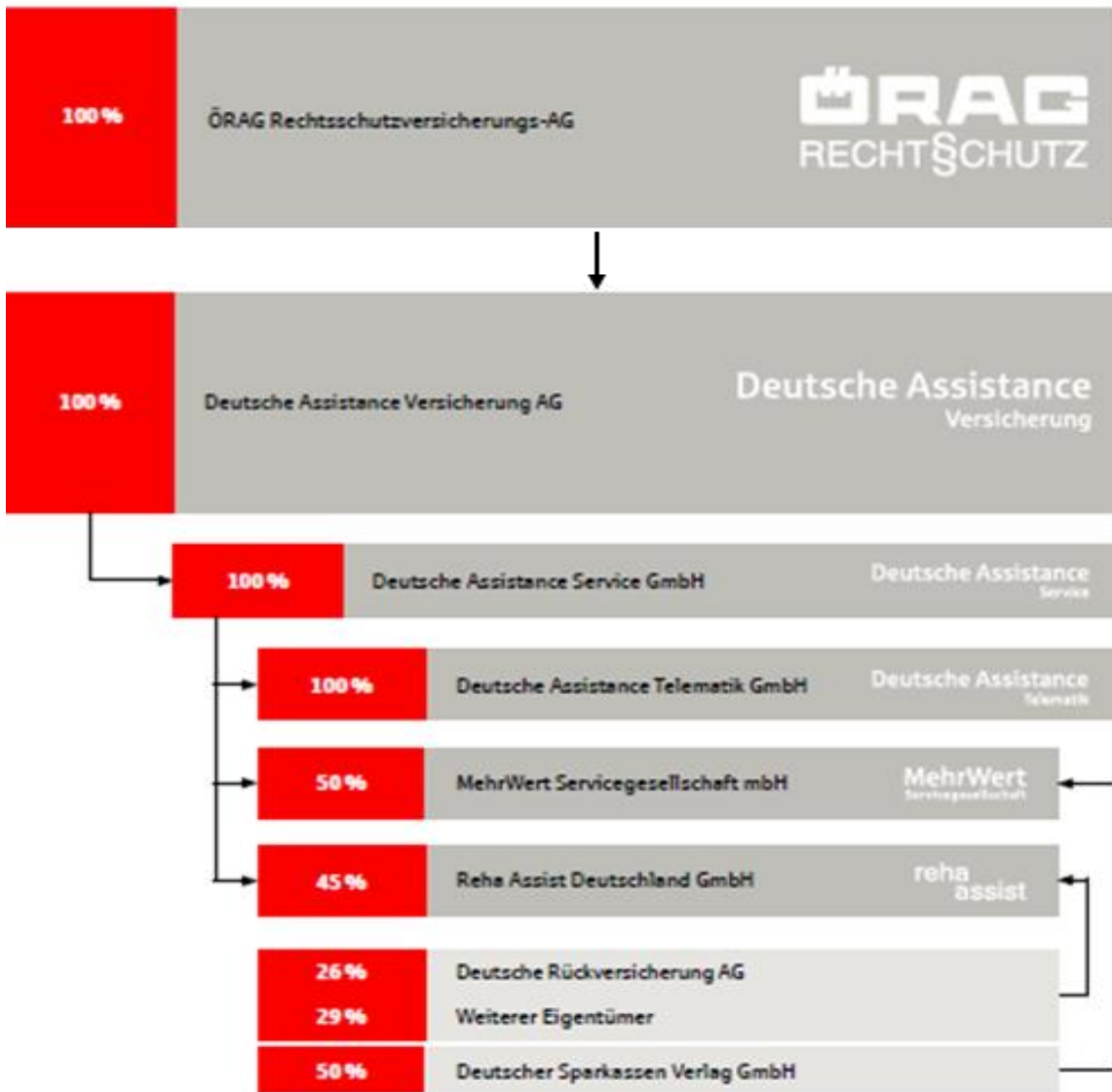
E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Des Weiteren unterliegt die DAV nach § 35 VAG i. V. m. § 317 des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie § 91 Absatz 2 des Aktiengesetzes (AktG) der Prüfungspflicht. Als externer Prüfer wurde durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft die

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Barbarossaplatz 1a
50674 Köln

bestellt.

Die Anteile der DAV werden zu 100 % von der ÖRAG gehalten. Es besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Das folgende Organigramm stellt eine vereinfachte Gruppenstruktur mit den wesentlichen Beteiligungsverhältnissen dar:



A.2. VERSICHERUNGSTECHNISCHES ERGEBNIS

Die DAV hat im Jahr 2017 ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung in Höhe von 1.181,2 T€ (Vorjahr 30,2 T€) basierend auf der lokalen Rechnungslegung nach HGB gemäß der in der Tabelle dargestellten Aufteilung je Geschäftsbereich erwirtschaftet.

	LoB Beistand			LoB Verschiedene finanzielle Verluste		
	2017	2016	Delta	2017	2016	Delta
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Verdiente Beiträge f.e.R.	4.591,4	4.376,4	215,0	2.380,0	2.111,1	268,9
Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R.	3.748,3	3.649,8	98,5	900,9	1.296,6	-395,7
Schadenzahlungen (inkl SRK)	3.789,1	3.652,5	136,6	800,6	1.320,9	-520,3
Auflösung (-) / Erhöhung (+) der versicherungstechnischen Rückstellungen	-40,8	-2,8	-38,0	100,3	-24,3	124,6
Aufwand Versicherungsbetrieb	870,1	689,4	180,7	587,1	519,9	67,2
Erhöhung der erfolgsabh./erfolgsunabh. RfB	7,4	0,0	7,4	193,4	0,0	193,4
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung	-34,4	37,2	-71,6	698,6	294,6	404,0
Auflösung (-) / Erhöhung (+) der Schwankungsrückstellung	-50,6	-166,4	115,8	-466,3	468,0	-934,3
Versicherungstechnisches Ergebnis	16,2	203,6	-187,4	1.164,9	-173,4	1.338,3

Im Berichtsjahr verzeichnete die DAV verdiente Beiträge von 6.971,4 T€ (Vorjahr 6.487,5 T€). Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betragen 4.649,3 T€ (Vorjahr 4.946,4 T€) und die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb 1.457,1 T€ (Vorjahr 1.209,3 T€).

Im Vergleich zum Vorjahr konnte das versicherungstechnische Ergebnis deutlich gesteigert werden, was im Wesentlichen auf die Auflösung der Schwankungsrückstellung zurückzuführen ist und weiter durch einen Anstieg der verdienten Beiträge unterstützt wird. Der leichte Rückgang in den Aufwendungen für Versicherungsfälle wird kompensiert durch einen Anstieg bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb.

A.3. ANLAGEERGEBNIS

Das Anlageergebnis im Berichtszeitraum, basierend auf den Ergebnissen der lokalen Rechnungslegung nach HGB, ist grundsätzlich abhängig von den nationalen und internationalen Marktkonditionen und dem gesellschaftsspezifischen Kapitalanlagebestand.

A.3.1 ENTWICKLUNG KAPITALANLAGEBESTAND

Der Zeitwert des Gesamtbestands der Kapitalanlagen lag im Geschäftsjahr 2017 bei 15.928,0 T€, davon 7.196,0 T€ stille Reserven/Lasten. Die Neuanlagen erfolgten überwiegend in zinstragenden Anlageformen. Den Zugängen an Kapitalanlagen standen im gleichen Zeitraum Abgänge aus Fälligkeiten, Verkäufen und sonstigen Abgängen gegenüber. Zum Stichtag ist die Gesellschaft nicht in Verbriefungen investiert.

A.3.2 ERGEBNIS AUS KAPITALANLAGEN

Im Geschäftsjahr konnten laufende Erträge aus Kapitalanlagen (inkl. Zu-/Abschreibungen) in Höhe von 884,1 T€ bei Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 21,2 T€ erzielt werden. Damit belief sich das Ergebnis aus Kapitalanlagen insgesamt auf 862,8 T€. Die Nettorendite betrug 9,3 %. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen ist Bestandteil des Jahresüberschusses.

	Laufender Ertrag	Laufender Aufwand	Zuschreibung	Ergebnis aus Abgang	Abschreibung	Ergebnis Geschäftsjahr	Ergebnis Vorjahr
	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2016
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	884,1	0,0	0,0	0,0	0,0	884,1	843,0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	847,3	0,0	0,0	0,0	0,0	847,3	802,0
Anleihen	36,8	0,0	0,0	0,0	0,0	36,8	41,0
Staatsanleihen	2,9	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9	2,0
Unternehmensanleihen	33,8	0,0	0,0	0,0	0,0	33,8	39,0
Organismen für gemeinsame Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Darlehen und Hypotheken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Darlehen und Hypotheken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischenergebnis	884,1	0,0	0,0	0,0	0,0	884,1	843,0
Verwaltungsaufwand	0,0	-21,2	0,0	0,0	0,0	-21,2	-21,0
Anlageergebnis	884,1	-21,2	0,0	0,0	0,0	862,8	822,0

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne existieren bei der DAV nicht.

A.4. ENTWICKLUNG SONSTIGER TÄTIGKEITEN

Die DAV hat im Jahr 2017 aus den sonstigen Tätigkeiten einen Gewinn im Sonstigen Ergebnis in Höhe von 380,5 T€ (Vorjahr 153,6 T€), basierend auf der lokalen Rechnungslegung nach HGB, erwirtschaftet.

	Sonstiges Ergebnis			
	2017	2016	Delta	
	T€	T€	T€	%
Sonstige Erträge	3.662,3	3.696,2	-33,9	-0,9
Sonstige Aufwendungen	3.281,8	3.542,6	-260,8	-7,4
Sonstige Steuern	0,7	0,7	0,0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwendungen Gewinnabführungsvertrag	2.423,9	1.005,4	1.418,4	141,1

In den sonstigen Erträgen sind im Wesentlichen Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen (u. a. IT-Dienstleistungen, Schadenbearbeitung und Bestandsverwaltung gegenüber verbundenen Unternehmen sowie Landesdirektionen) und Erlöse aus dem Overrider Kreditkartengeschäft sowie dem Dienstleister-Service-Portal enthalten.

Die größten Positionen innerhalb der sonstigen Aufwendungen sind die Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen (u. a. IT-Dienstleistungen, Schadenbearbeitung und Bestandsverwaltung gegenüber verbundenen Unternehmen sowie Landesdirektionen) und Aufwendungen für das Dienstleister-Service-Portal. Des Weiteren sind in dem Posten übrige Aufwendungen, die sich hauptsächlich aus allgemeinen Beratungskosten für strategische Projekte, Digitalisierung und Modernisierung IT zusammensetzen sowie die Vergütungen des Aufsichtsrates und des Betriebsrats enthalten.

Im Berichtsjahr waren keine Einkommens- oder Ertragssteuern zu zahlen. Die sonstigen Steuern beziehen sich auf gezahlte Kraftfahrzeugsteuer.

A.5. SONSTIGE ANGABEN

Weitere zu veröffentlichende Informationen liegen nicht vor.

B. GOVERNANCE-SYSTEM

B.1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM GOVERNANCE-SYSTEM

B.1.1 ORGANISATIONSSTRUKTUR

Das Geschäftsmodell der DAV beeinflusst und prägt die Organisationsstruktur der Gesellschaft, wobei die unterschiedlichen Organisationsbereiche der Gesellschaft von der Geschäftsleitung verantwortet werden. Die DAV bietet den öffentlichen Versicherern und der S-Finanzgruppe im Wesentlichen Schutzbriefversicherungslösungen, die bundesweit angeboten werden können. Zusammen mit der Deutschen Assistance Service GmbH (DAS) und deren Beteiligungsgesellschaften bildet die DAV für ihre Partner ein Kompetenzzentrum in den Geschäftsbereichen Assistance und sonstigen Serviceangelegenheiten. In der Organisationsstruktur ist neben den vier Schlüsselfunktionen ein Governance-Komitee als Teil des Risikomanagementsystems eingerichtet. Die Aufgabe des Komitees besteht im Wesentlichen darin, zwischen den verantwortlichen Personen für die Schlüsselfunktionen einen Informationsaustausch, über gesetzliche Änderungen oder regulatorische Anpassungen und deren Auswirkung auf die DAV, sicherzustellen. Somit findet ein Wissenstransfer zwischen den verantwortlichen Personen für die Schlüsselfunktionen im Hinblick auf akute und im Hinblick auf systemische Schwächen innerhalb der Organisationsstruktur statt. Die ÖRAG betreibt ein Risikomanagementsystem für die ÖRAG und die DAV.

B.1.1.1 Aufsichtsrat

B.1.1.1.1 Struktur

Dem Aufsichtsrat gehören derzeit drei Mitglieder an.

B.1.1.1.2 Hauptaufgaben

Die Aufgaben des Aufsichtsrats liegen gemäß Aktien- und Aufsichtsrecht insbesondere in der Bestellung des Vorstands sowie der Überwachung und Beratung der Geschäftsführung. Bei der Ausgestaltung der Überwachungsaufgabe sind die Grundsätze Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit sowie Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit von wesentlicher Bedeutung. Dabei richtet sich der Aufsichtsrat hinsichtlich Intensität der Prüfung, Informationsquellen und Organisation der Überwachung an Umfang, Art und Komplexität der DAV aus.

Durch die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsorganisation gewährleistet der Aufsichtsrat:

- die Umsetzung der Anforderung einer ordnungsgemäßen und wirksamen Geschäftsorganisation
- eine solide und umsichtige Unternehmensleitung sowie
- eine angemessene und transparente Organisationsstruktur inklusive eindeutig zugewiesener Zuständigkeiten.

Des Weiteren vertritt der Aufsichtsrat die Gesellschaften gegenüber dem Vorstand, lässt Jahresabschlüsse prüfen bzw. erteilt Prüfungsaufträge an Abschlussprüfer und stellt den Abschluss fest. Dem Aufsichtsrat gehören derzeit drei Mitglieder an.

Wesentliche Transaktionen, im Sinne des Artikel 294 Absatz 1 (d) Delegierte Verordnung, sind mit den vorgenannten Organen, den Anteilseignern und andern

Personen die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, oder ihnen nahestehenden Personen im Sinne des § 285 HGB, nicht erfolgt.

B.1.1.1.3 Ausschüsse

Der Aufsichtsrat der DAV hat keine Ausschüsse gebildet.

B.1.1.2 Vorstand

B.1.1.2.1 Struktur

Der Vorstand der DAV besteht aus zwei Mitgliedern.

B.1.1.2.2 Hauptaufgaben

Die Mitglieder des Vorstands führen die Geschäfte der Gesellschaft unter Beachtung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Kaufmanns nach den Vorschriften der maßgeblichen Gesetze, der DAV-Satzung, der Geschäftsordnung, des Geschäftsverteilungsplanes und ihrer Anstellungsverträge. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Sie arbeiten kollegial zusammen und unterrichten sich gegenseitig über wichtige Maßnahmen und Vorgänge in ihren Geschäftsbereichen. Die Gesamtinteressen des Unternehmens haben Vorrang vor den Interessen der einzelnen Vorstandsressorts.

Der Vorstand hat die Implementierung eines angemessenen Risikomanagementsystems zu verantworten. In diesem Zusammenhang sind einheitliche Leitlinien, insbesondere für die Schlüsselfunktionen erstellt worden. Die Leitlinien sind unter Berücksichtigung der internen und externen Anforderungen, des Aufbaus und der kontinuierlichen Förderung einer verantwortungsvollen Unternehmenskultur, insbesondere einer Compliance- und Risikokultur entwickelt worden.

Die Verpflichtung zur Berichtserstattung an den Aufsichtsrat gemäß den aktienrechtlichen Vorschriften obliegt dem Gesamtvorstand. Dem Vorstandsvorsitzenden obliegt die Federführung für den Vorstand in der Zusammenarbeit und Kommunikation mit dem Aufsichtsrat und dessen Mitgliedern. Er unterrichtet den Vorsitzenden des Aufsichtsrats regelmäßig, mindestens vierteljährlich, über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens einschließlich verbundener Unternehmen. Bei wichtigen Anlässen und bei geschäftlichen Angelegenheiten, die auf die Lage des Unternehmens von erheblichem Einfluss sein können, hat er dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats unverzüglich zu berichten.

Die Gesamtverantwortung für die DAV umfasst unter anderem:

- Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und Unternehmensstrategie
- Jahresplanung und Mehrjahresplanung
- Freigabe von schriftlich fixierten Leitlinien
- Die nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Melde- und Berichtsprozesse an die Aufsicht, die Öffentlichkeit und den Aufsichtsrat
- Angelegenheiten von grundsätzlicher und wesentlicher geschäftspolitischer Bedeutung wie insbesondere
 - o Grundsätze der Anlagepolitik
 - o Grundsätze der Bilanzierungspolitik
 - o Grundsätze der Steuerpolitik
 - o Grundsätze der Personalpolitik

- Grundsätze der Vertriebspolitik
- Kontrolle über die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems als Teil des Internen Kontrollsystems, inklusive Überprüfung der Optimierungsmöglichkeiten,
- Laufende Überwachung des Risikoprofils
- Einrichtung eines Frühwarnsystems sowie das Management wesentlicher risikorelevanter Ad-hoc-Themen.

B.1.1.2.3 *Abgrenzung der Zuständigkeiten*

In Abhängigkeit der Verantwortungsbereiche werden entsprechende Aufgaben gemäß folgender Aufteilung von zwei Vorständen wahrgenommen:

Ressort 1 Herr Andreas Heinsen, Vorstandsvorsitzender:

Unternehmensentwicklung, Gesamtrisikomanagement/Vorsitzender des Governance-Komitees, Recht, Revision, Personal, Verwaltung

Ressort 2 Herr Marcus Hansen:

Schaden/Betrieb, IT, Vertrieb, Marketing, Controlling, Finanz- und Rechnungswesen, Risiko- und Kapitalanlagencontrolling, Unternehmenskommunikation, Qualitätsmanagement

Alle Vorstände sind unabhängig von der internen Zuständigkeitsregelung gemeinsam für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation des Unternehmens verantwortlich.

Es erfolgt eine klare Funktionstrennung bis einschließlich zur Ebene des Vorstands zwischen unvereinbaren Funktionen. Wer für den Aufbau von Risikopositionen verantwortlich ist, ist nicht gleichzeitig und auch nicht mittelbar mit deren Überwachung und Kontrolle betraut. Die Funktionstrennung ist hierarchisch abgesichert, um ihre Funktionsfähigkeit zu gewährleisten.

B.1.1.2.4 *Ausschüsse*

Der Vorstand der DAV hat keine Ausschüsse gebildet.

B.1.2 **SCHLÜSSELFUNKTIONEN, HAUPTAUFGABEN UND ZUSTÄNDIGKEITEN**

Die DAV hat den gesetzlichen Vorgaben folgend die Interne Revision, das Risikomanagement, die Compliance-Funktion und die versicherungsmathematische Funktion als Schlüsselfunktionen i. S. d. VAG definiert. Diese Funktionen sind im Wege der Ausgliederung an die Muttergesellschaft ÖRAG übertragen. Die Anforderungen an die Leistungserbringung bzw. Leistungsvoraussetzungen sind in den jeweiligen aktuellen Leitlinien der oben genannten Funktion festgelegt (Revisionsleitlinie inklusive Revisionshandbuch, Risikomanagementleitlinie inklusive ORSA, Leitlinie Versicherungsmathematische Funktion, Compliance-Richtlinie). Die verantwortliche Person für die jeweilige Schlüsselfunktion ist aufseiten der ÖRAG zentraler Ansprechpartner für alle sich aus der Ausgliederung ergebenden Belange, soweit sie die ausgegliederte Schlüsselfunktion betreffen. Als Ausgliederungsbeauftragte für die jeweiligen Schlüsselfunktionen wurden die Vorstände der DAV bestellt. Der Vorsitzende des Vorstands ist Ausgliederungsbeauftragter für die Funktion Interne Revision und versicherungsmathematische Funktion. Der Vorstand ist

Ausgliederungsbeauftragter für die Funktion des Risikomanagements und die Compliance-Funktion.

Zum Informationsaustausch haben die verantwortlichen Personen der Schlüsselfunktionen ein Governance-Komitee eingerichtet. Die Ausgliederungsbeauftragten können an den Sitzungen des Komitees teilnehmen. Deren ständige Vertretung nimmt der Assistent des Vorstands wahr. Das Governance-Komitee bietet neben der Möglichkeit des Austauschs der verantwortlichen Personen untereinander auch die Möglichkeit, unternehmensübergreifende Risikothemen zu erörtern. Die Unabhängigkeit der einzelnen Schlüsselfunktionen und damit der verantwortlichen Personen bleibt dabei gewahrt.

B.1.2.1 Risikomanagementfunktion

Im Wege der Ausgliederung ist die gemäß § 26 VAG bei der DAV einzurichtende Risikomanagementfunktion an die Muttergesellschaft ÖRAG übertragen. Diese unterstützt die Umsetzung des Risikomanagementsystems maßgeblich. Dabei ist das Risikomanagementsystem derart ausgestaltet (Risikostrategie, Prozesse, Meldeverfahren), dass eine Identifikation, Messung, Überwachung, Steuerung und Berichterstattung der eingegangenen und potenziellen Einzelrisiken sowie des Risikoaggregats unter Berücksichtigung der Interdependenzen jederzeit möglich ist. Die Risikomanagementfunktion fungiert vor diesem Hintergrund als Risikokontrollfunktion.

Weiterhin unterstützt die Risikomanagementfunktion den Vorstand bei der effektiven Ausgestaltung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl das Risikomanagementsystem selbst als auch das allgemeine Risikoprofil des Unternehmens als Ganzes. Die Strukturierung des Prozesses zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) sowie die Integration in die Planungs- und Strategieprozesse stellen zentrale Aufgaben der Risikomanagementfunktion dar. Weitere Befugnisse und Aufgaben umfassen:

- Richtlinienkompetenz für die Risikoberichterstattung
- Weiterentwicklung und Dokumentation des Risikomanagements und der ORSA-Berichte
- Sicherstellung der Einheitlichkeit und Vollständigkeit der Risikoerfassung und Bewertung
- Erstellung regelmäßiger Risikoberichte und Ad-hoc-Risikomeldungen
- Berechnung und Weiterentwicklung des Risikomodells
- Erarbeitung von Vorschlägen für wesentliche Limite zur risikobasierten Steuerung des Unternehmens sowie Prüfung der Einhaltung derselben
- Plausibilisierung der qualitativen und quantitativen Einzelrisiken und deren Aggregation zu einem übergreifenden Gesamtbild der Risikosituation
- Überwachung der Kontrollstruktur nach IKS-Vorgaben
- Bearbeitung des Asset-Liability-Managements (ALM) und Beurteilung der Liquiditätsslage in Abstimmung mit dem Kapitalanlagen-Controlling.

Die Risikomanagementfunktion berichtet unter anderem im Rahmen des ORSA der Geschäftsleitung über wesentliche Risiken sowie die Gesamtrisikosituation.

Die Risikomanagementfunktion erhält vom Vorstand die erforderliche Unterstützung (ausreichende Ressourcen und Zeitbudgets). Der Inhaber der Funktion ist als Abteilungsleiter organisatorisch dem Hauptabteilungsleiter Finanzen und Risikomanagement unterstellt. Der Abteilungsleiter berichtet jedoch unmittelbar dem Ressort- und dem Gesamtvorstand. In der Anwendung seiner

Fachkunde ist er weisungsfrei. Es besteht eine Informationsverpflichtung zugunsten der Risikomanagementfunktion, sie ist berechtigt mit allen anderen Fachbereichen eigeninitiativ zu kommunizieren und besitzt das Recht auf uneingeschränkten Zugang zu Informationen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

B.1.2.2 Versicherungsmathematische Funktion (vmF)

Gemäß § 31 VAG ist die an die Muttergesellschaft ausgegliederte versicherungsmathematische Funktion Bestandteil des Governance-Systems der DAV. In diesem Rahmen ist sie im Wesentlichen für folgende Aufgaben verantwortlich:

- Koordination, Überprüfung und Validierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie der unternehmensspezifischen Parameter (USP)
- Einschätzung zur Zeichnungs- und Annahmepolitik
- Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen.

Weiterhin bringt sie ihre Kompetenzen bei der Bestimmung des Risikokapitalbedarfs ein und arbeitet dabei eng mit der Risikomanagementfunktion zusammen.

Die versicherungsmathematische Funktion erstellt einen jährlichen, ausformulierten Bericht an den Vorstand, der alle durchgeführten Aufgaben und Ergebnisse beschreibt. Weiterhin umfasst der Bericht sämtliche identifizierten Mängel und erörtert Vorschläge zu deren Behebung. Die vmF erhält vom Vorstand die erforderliche Unterstützung (ausreichende Ressourcen und Zeitbudgets). Der Inhaber der Funktion ist als Abteilungsleiter organisatorisch dem Hauptabteilungsleiter Finanzen und Risikomanagement unterstellt. Der Abteilungsleiter berichtet jedoch unmittelbar dem Ressort- und dem Gesamtvorstand. In der Anwendung seiner Fachkunde ist er weisungsfrei. Es besteht eine Informationsverpflichtung zugunsten der vmF, sie ist berechtigt mit allen anderen Fachbereichen eigeninitiativ zu kommunizieren und besitzt das Recht auf uneingeschränkten Zugang zu Informationen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

B.1.2.3 Compliance-Funktion

Die ebenfalls an die Muttergesellschaft ausgegliederte Compliance-Funktion ist als überwachende Funktion zur Einhaltung aller gesetzlichen Anforderungen etabliert, deren Einrichtung sich aus § 29 Absatz 1 VAG begründet. Die Compliance-Richtlinie bildet die Basis der Tätigkeit dieser Funktion, die insbesondere für folgende Aufgaben verantwortlich ist:

- Überwachung der Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften, Verordnungen, Anforderungen der Aufsichtsbehörde und internen Selbstverpflichtungen
- Beratung der Geschäftsleitung in Compliance-Fragestellungen
- Laufende Identifizierung und Bewertung möglicher Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfelds
- Bewertung und Kontrolle von Compliance-Risiken

Die Compliance-Funktion erstellt einen jährlichen, ausformulierten Bericht an den Vorstand, der alle durchgeführten Aufgaben und Ergebnisse beschreibt. Weiterhin umfasst der Bericht sämtliche identifizierten Mängel und erörtert Vorschläge zu deren Behebung.

Die Compliance-Funktion wird durch den Chief-Compliance-Officer wahrgenommen. Die Tätigkeit wird unterstützt von Compliance-Fachverantwortlichen in den Fachbereichen. Die Funktion erhält vom Vorstand die erforderliche Unterstützung (ausreichende Ressourcen und Zeitbudgets). Der Chief-Compliance-Officer ist organisatorisch dem Hauptabteilungsleiter Recht und Compliance unterstellt. Er berichtet jedoch unmittelbar dem Ressort- und dem Gesamtvorstand. In der Anwendung seiner Fachkunde ist er weisungsfrei. Es besteht eine Informationsverpflichtung zugunsten der Compliance-Funktion, sie ist berechtigt mit allen anderen Fachbereichen eigeninitiativ zu kommunizieren, und besitzt das Recht auf uneingeschränkten Zugang zu Informationen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

B.1.2.4 Interne Revision

Im Wege der Ausgliederung ist die gemäß § 30 VAG bei der DAV einzurichtende Funktion der Internen Revision an die Muttergesellschaft ÖRAG übertragen. Diese erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, die darauf ausgerichtet sind, Mehrwert zu schaffen und Geschäftsprozesse zu verbessern. In der dritten Verteidigungslinie unterstützt sie den Vorstand bei der Erreichung seiner Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese zu verbessern hilft. Die Revision prüft und bewertet alle Aktivitäten des Unternehmens.

Die Interne Revision der ÖRAG ist für alle internen Prüfungen innerhalb der DAV verantwortlich.

Für die Tätigkeit der Internen Revision sind folgende Ziele vorgesehen:

- Überwachung der Einhaltung gesetzlicher und insbesondere aufsichtsrechtlicher Normen
- Unterstützung des Vorstands bei seiner Leitungs- und Führungsaufgabe
- Sicherstellung der Angemessenheit und Effektivität des Internen Kontrollsystems
- Schutz des Vermögens der DAV vor Verlusten aller Art, insbesondere auch die Verhinderung und Aufdeckung doloser Handlungen
- Erhaltung der Solvenzsituation der DAV
- Erreichung der strategischen Ziele der Organisation
- Gewährleistung der Einhaltung der Risikostrategie und damit einhergehend der Funktionsfähigkeit der Risikomanagementprozesse
- Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung
- Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Berichterstattung
- Gewährleistung der Effektivität und Effizienz der Geschäftsprozesse und der hierzu eingesetzten unterstützenden Programme
- Vermeidung von Fehlern

Zu den Aufgaben der Internen Revision gehören:

- Durchführung der planmäßigen Prüfungen
- Sonderprüfungen
- Qualitätssicherung bei Outsourcing
- Projektbegleitung bzw. prüfungsnahe Beratung

Die Interne Revision legt dem Vorstand zeitnah über jede durchgeführte Prüfung einen schriftlichen Bericht vor. Darüber hinaus verfasst die Interne Revision einen jährlichen Gesamtbericht, welcher sämtliche im Laufe eines Geschäftsjahres durchgeführten Prüfungen beinhaltet. Der Gesamtbericht wird dem Vorstand vorgelegt.

B.1.3 WESENTLICHE ÄNDERUNGEN DES GOVERNANCE-SYSTEMS IM BERICHTSZEITRAUM

Im Berichtszeitraum hat die DAV am bestehenden Governance-System keine Änderungen vorgenommen.

B.1.4 INFORMATIONEN ZUM VERGÜTUNGSSYSTEM

Im Rahmen des allgemeinen Governance-Systems richten sich die Vorgaben zur Vergütung in der DAV nach den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungspolitik (vgl. VersVergV basierend auf § 64b VAG) der Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften. Das Vergütungssystem der DAV steht im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie sowie dem Risikomanagement der DAV. Es unterstützt die nachhaltige Unternehmensentwicklung durch sachgerechte Leistungsanreize und vermeidet Interessenkonflikte oder Fehlanreize.

B.1.4.1 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat der DAV eine eigene feste jährliche Vergütung. Die Tätigkeit wird über die Muttergesellschaft ÖRAG vergütet. Das Vergütungssystem für den Aufsichtsrat beinhaltet keine erfolgsbezogenen Komponenten. Die DAV hat für die Mitglieder des Aufsichtsrats weder Zusatzrenten- noch Vorruhestandsregelungen getroffen.

B.1.4.2 Vorstand

Die Angemessenheit der Vergütung wird regelmäßig durch den jeweils zuständigen Aufsichtsrat überprüft. Eine Anpassung erfolgt in Anlehnung an Entwicklungen der Tarifverträge für die private Versicherungswirtschaft. Die Vergütung des Vorstands erfolgt über ein Festgehalt, einen nicht versorgungsfähigen weiteren Festgehaltsbestandteil und über eine variable und zielabhängige Vergütungskomponente.

Die Bemessung der variablen Komponente knüpft sowohl an den Unternehmenserfolg – dabei u. a. an den Erfolg des Konzerns insgesamt – als auch an den persönlichen Erfolg – zumindest in Form von Zielen für den vom jeweiligen Vorstandsmitglied verantworteten Geschäftsbereich – an. Bei der Festlegung der für die variable Vergütung maßgeblichen Kriterien werden die Geschäfts- und Risikostrategie des Unternehmens und der Gruppe sowie die daraus abgeleitete Unternehmensplanung berücksichtigt. Die variable Vergütungskomponente wird auf einen solchen Anteil an der Gesamtvergütung beschränkt, der eine besondere Abhängigkeit des Vorstandsmitglieds von der variablen Vergütung vermeidet. Zumindest ein wesentlicher Teil der variablen Vergütung enthält eine flexible, aufgeschobene Komponente, die Art und Zeithorizont der Geschäftstätigkeit Rechnung trägt. Der Zeitaufschub beträgt drei Jahre. Es besteht ein Malus-System,

das bei entsprechender Zielverfehlung zu einer Kürzung oder zum Wegfall der variablen Vergütung, insbesondere des aufgeschobenen Anteils, führen kann.

Die variable Komponente für das jeweilige Geschäftsjahr berechnet sich wie folgt. Die Erfüllung der Unternehmensziele und der Individualziele werden bei der Gesamtzielerfüllung zu jeweils 50 % gewertet. Dabei können die Unternehmensziele und Individualziele je mit bis zu 150 % Zielerfüllung im Maximum bzw. beide im Gesamtergebnis bewertet werden.

Die variable Komponente bemisst sich bei einer Gesamtzielerfüllung von 100 % der Unternehmens- und Individualziele auf 10 % der fixen Jahresbezüge (ohne die Garantie aus den Unternehmenszielen) bzw. bei einem geringeren oder höheren prozentualen Gesamtzielerfüllungsgrad entsprechend geringer oder höher. Aufgrund der 50%igen Garantie bei den Unternehmenszielen beträgt die Tantieme mindestens 2,5 % bzw. aufgrund der Maximierungsgrenze maximal 15 % der fixen Jahresbezüge.

Durch die enge Verflechtung der variablen Vergütungskomponente mit dem Unternehmenserfolg und durch die Obergrenze von 15 % sowie aufgrund der prozentual vergleichsweise geringen Gesamtbedeutung der Tantieme hält die DAV das prozentuale Verhältnis von Festgehalt und Tantieme für angemessen.

Diese vorgenannten Vorgaben sind in einer Richtlinie erfasst, die die Grundsätze der Vergütungspolitik der DAV beschreibt und anknüpfend an die interne Organisation der DAV zur Vermeidung von Risiken beiträgt. Die vertragliche Regelung zur Altersvorsorge der Vorstände enthält eine endgehaltbezogene Pensionszusage. Der Endruhegehaltssatz steigt, vertraglich festgelegt, mit jedem Jahr der Vorstandstätigkeit (1 Prozentpunkt bis 1,5 Prozentpunkte) bis maximal 60 % des zuletzt bezogenen Jahresgehalts.

Die Grundsätze des Vergütungssystems gelten für die Schlüsselfunktionen im Sinne des VAG sowie für weitere Mitarbeiter, deren Tätigkeit – ohne Schlüsselfunktion zu sein – das Risikoprofil der DAV maßgeblich beeinflusst, insbesondere der Hauptabteilungsleiter auch der Muttergesellschaft. Die variable Komponente der vorgenannten Personengruppe überschreitet regelmäßig nicht den Betrag von 35,0 T€ bzw. 20,0 % des Festgehalts, bezogen auf eine maximale Zielerfüllung. Eine aufgeschobene Auszahlungskomponente ist hier nicht vorgesehen.

B.1.5 WESENTLICHE TRANSAKTIONEN

Wesentliche Transaktionen, im Sinne des Artikel 294 Absatz 1 (d) Delegierte Verordnung, sind mit den vorgenannten Organen, den Anteilseignern und anderen Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, oder ihnen nahestehenden Personen im Sinne des § 285 HGB nicht erfolgt.

B.1.6 BEWERTUNG DES GOVERNANCE-SYSTEMS

B.1.6.1 Komponenten des Governance-Systems

Das Governance-System der DAV richtet sich in seiner Wesensart, seinem Umfang und in seiner Komplexität an den mit dem Geschäftsmodell des Unternehmens einhergehenden Risiken aus. Das Governance-System wird im Hinblick auf die regulatorischen Anforderungen ständig kontrolliert und bei Bedarf angepasst. Dabei stehen eine adäquate und transparente Organisationsstruktur mit einer klaren

Zuweisung und angemessenen Trennung der Zuständigkeiten sowie ein wirksames System zur Gewährleistung der Übermittlung von Informationen im Vordergrund.

Das Governance-System besteht aus den Komponenten

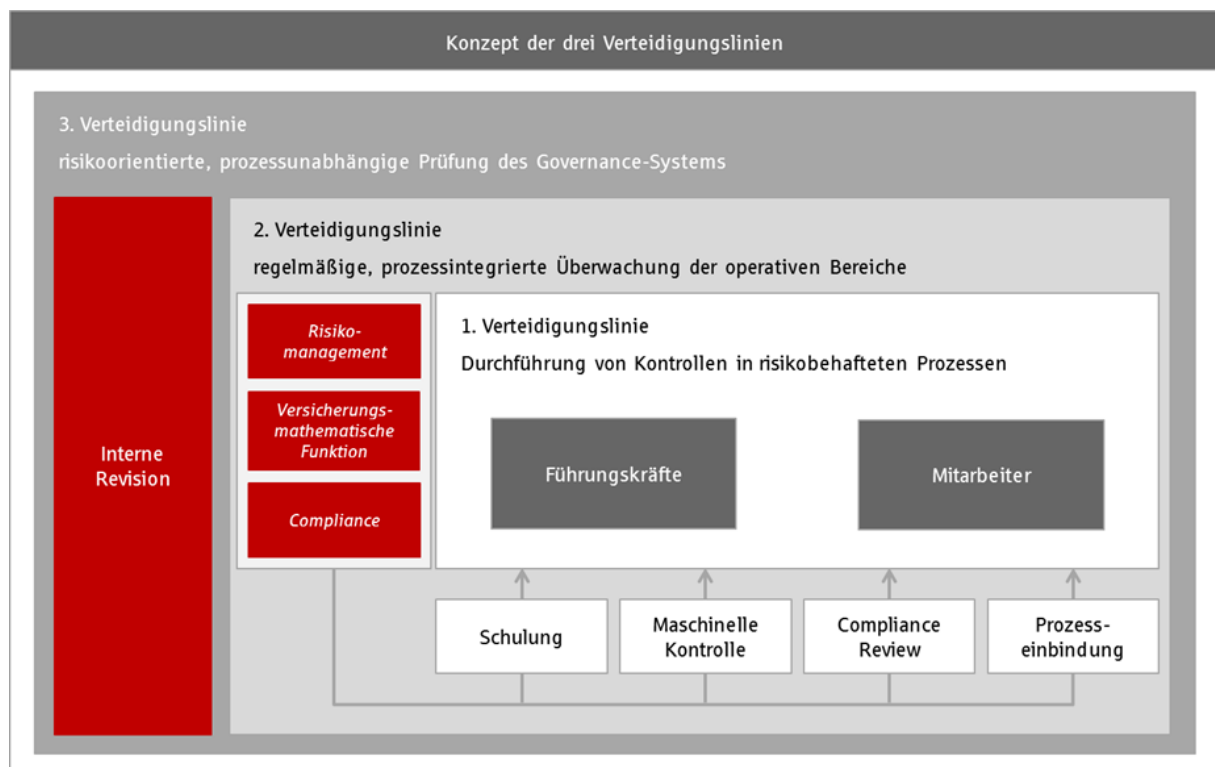
- Geschäftsorganisation
- Interne Kontrollen und Prüfung des Governance-Systems
- Fachliche Eignung/Fit & Proper
- Schlüsselfunktionen im Sinne des VAG
- Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA)

Das Governance-System gewährleistet ein solides und vorsichtiges Management. Das System umfasst eine transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Aufgabenzuweisung, Trennung von Zuständigkeiten sowie ein wirksames System zur Gewährleistung der Übermittlung von Informationen.

In einzelnen Leitlinien sind der jeweilige Aufgabenbereich und die Einbindung in die Organisationsstruktur schriftlich fixiert.

B.1.6.2 Konzept der drei Verteidigungslinien

Eine wichtige Struktur innerhalb des Governance-Systems der DAV ist das Konzept der drei Verteidigungslinien. Dieses lässt sich folgendermaßen darstellen:



Auf der ersten Verteidigungslinie sind prozessimmanente Kontrollen in den organisatorischen Abläufen installiert sowie Kontrollen eingerichtet. Diese bilden einen festen Bestandteil aller Geschäftsprozesse.

Das Risikomanagement, die Compliance-Funktion sowie die versicherungsmathematische Funktion sind auf der zweiten Verteidigungslinie

verantwortlich für die regelmäßige, prozessintegrierte Überwachung der operativen Bereiche.

Die Interne Revision bildet die dritte Verteidigungslinie. Die Interne Revision prüft selbstständig, (prozess-)unabhängig und objektiv alle Geschäftsbereiche, Abläufe, Verfahren und Systeme auf Basis des vom Vorstand verabschiedeten risikoorientierten Prüfungsplans.

B.1.6.3 Bewertung im engeren Sinne

Das Governance-System der DAV richtet sich in seiner Wesensart, seinem Umfang und in seiner Komplexität an den mit dem Geschäftsmodell des Unternehmens einhergehenden Risiken aus und ist in das System der Muttergesellschaft der ÖRAG eingegliedert. Das Governance-System gewährleistet ein solides und vorsichtiges Management. Die DAV hat im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung des Governance-Systems im Geschäftsjahr 2017 die bestehenden Governance-Richtlinien, welche die Aufbau- und Ablauforganisation der verschiedenen spezifischen Aspekte des Governance-Systems regeln, im Rahmen des Aktualisierungsprozesses aktualisiert und ggf. notwendige wesentliche Anpassungen durch den Vorstand genehmigen lassen. Die erforderlich gewordenen Aktualisierungen betrafen im Wesentlichen Themen der Angemessenheit und Wirksamkeit dieser Leitlinien. Des Weiteren wurden im jährlichen Aktualisierungslauf der IKS-Kontrollen die bestehenden Kontrollen mit den Fachbereichen diskutiert und bei Bedarf präzisiert, angepasst, ergänzt oder aus dem Kontrollsystem entfernt, um eine laufende Wirksamkeit aller Kontrollen zu gewährleisten.

Das Governance-System wurde so strukturiert, damit die DAV mit den Risiken verantwortungsbewusst umgehen kann, weil Risikobeurteilung und -einschätzung von großer Bedeutung für die Unternehmensführung und -steuerung sind.

Das Governance-System wird im Hinblick auf die regulatorischen Anforderungen ständig kontrolliert und bei Bedarf angepasst. Dabei stehen eine adäquate und transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Zuweisung und angemessenen Trennung der Zuständigkeiten bis auf die Vorstandsebene sowie ein wirksames System zur Gewährleistung der Übermittlung von Informationen im Vordergrund.

Die Etablierung von geeigneten Prozessen und Kontrollen wird ständig weiterentwickelt und im Internen Kontrollsystem (IKS) abgebildet. Aufbauend auf schriftlichen Leitlinien sind Prozesse und Verantwortlichkeiten definiert, implementiert sowie die dazugehörigen Kontrollen etabliert. Derzeit wird diese schriftlich fixierte Ordnung zentral im Unternehmensintranet bereitgestellt.

Insgesamt bewertet die DAV ihr Governance-System als den Risiken des Unternehmens angemessen. Vor dem Hintergrund der geschilderten Elemente des Governance-Systems steuert die DAV ihre Risiken aktiv und mindert sie bei Bedarf effektiv.

B.2. ANFORDERUNGEN AN DIE FACHLICHE QUALIFIKATION UND PERSÖNLICHE ZUVERLÄSSIGKEIT

B.2.1 FACHLICHE QUALIFIKATIONSANFORDERUNGEN

Für Personen mit Schlüsselaufgaben ergeben sich spezielle fachliche Qualifikationsanforderungen. Der Personenkreis zur Wahrnehmung von Schlüsselaufgaben umfasst den Vorstand, den Aufsichtsrat sowie die Inhaber der Schlüsselfunktionen. Die fachlichen Qualifikationsanforderungen beziehen sich auf Berufsqualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen für die Gewährleistung eines soliden und vorsichtigen Managements der DAV. Dadurch wird sichergestellt, dass der genannte Personenkreis zumindest Erfahrungen und Qualifikationen in den folgenden Bereichen aufweist:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- Regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen

B.2.1.1 Vorstand

Die Vorstände der DAV verfügen über theoretische und praktische Kenntnisse im Tagesgeschäft der Versicherungswirtschaft und können auf eine entsprechende Leitungserfahrung verweisen. In der Regel wird dies durch eine dreijährige leitende Tätigkeit bei einem Versicherungsunternehmen von vergleichbarer Größe und Geschäftsart nachgewiesen.

B.2.1.2 Aufsichtsrat

Aufsichtsratsmitglieder verfügen über ausreichende Fachkenntnisse und Erfahrungen, welche zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte des Unternehmens notwendig sind.

Dies setzt ein grundlegendes Verständnis der wirtschaftlichen und rechtlichen Abläufe insbesondere hinsichtlich versicherungsspezifischer Fragestellungen, gesetzlicher Entwicklungen und unternehmensindividueller Geschäftsvorfälle der DAV voraus.

B.2.1.3 Der jeweilige Qualifikationsstand bzw. –bedarf wird regelmäßig durch den Aufsichtsrat in der Frühjahrssitzung bewertet. Schlüsselfunktionen

Zur Sicherstellung eines soliden und vorsichtigen Managements hat die DAV für die Leiter der Schlüsselfunktionen festgelegt, dass eine Leitungserfahrung nicht zwingend vorgeschrieben ist, und hält alternativ eine mehrjährige Tätigkeit unter einem Leiter einer Schlüsselfunktion für angemessen.

Die Leiter der Schlüsselfunktionen müssen neben den relevanten mehrjährigen Berufserfahrungen vor allem fundierte Kenntnisse in Bezug auf die Kernkompetenz der jeweiligen Schlüsselfunktion vorweisen. Für die Funktionsträger im Risikomanagement und in der Versicherungsmathematik ist eine aktuariell geprägte Qualifikation vorhanden, wobei die Compliance- und Revisions-Verantwortlichen eher eine juristische und betriebswirtschaftliche Ausbildung vorweisen können.

Zudem verfügen sie auch über den entsprechenden qualifizierenden Abschluss (d. h. ein entsprechendes Hochschulstudium oder beide juristische Staatsexamina) sowie ggf. entsprechende Zusatzqualifikationen wie z. B. Zertifikate.

B.2.2 BEURTEILUNG DER PERSÖNLICHEN ZUVERLÄSSIGKEIT

Die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit umfasst inhaltlich die persönliche Redlichkeit und finanzielle Zuverlässigkeit, basierend auf Nachweisen zum Charakter und zum persönlichen und geschäftlichen Verhalten inklusive aller strafrechtlichen, finanziellen und aufsichtsrechtlichen Aspekte. Unter persönlicher Zuverlässigkeit wird auch geprüft, ob Interessenkonflikte vorliegen, etwa Konflikte aus einer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit.

Die DAV stützt sich bei der Prüfung der Zuverlässigkeit auf verfügbare behördliche Nachweise und eine Selbstauskunft (Formular „Angaben zur Zuverlässigkeit“ der BaFin).

Die Zuverlässigkeit der Mitarbeiter in Schlüsselfunktionen wird durch den Auswahlprozess einschließlich Anforderung entsprechender Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse etc.) sowie durch laufende Beurteilungen sichergestellt.

B.2.3 RICHTLINIEN UND PROZESSE

B.2.3.1 Erstbeurteilung bei Bestellung und Wiederbestellung

Bei der Bestellung eines Vorstands, Aufsichtsratsmitglieds oder eines Inhabers einer Schlüsselfunktion werden zur Beurteilung der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit mindestens die folgenden Unterlagen vorgelegt und durch den Leiter Personal auf die fachliche und persönliche Eignung („Fit & Proper“) im Hinblick auf die vorstehend dargelegten Voraussetzungen geprüft:

- ein datierter, eigenhändig unterschriebener, detaillierter Lebenslauf,
- entweder ein aktuelles Bestätigungsschreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, dass keine Bedenken gegen die Bestellung bzw. die Wiederbestellung als Geschäftsleiter bestehen, oder
- das ausgefüllte, datierte und eigenhändig unterschriebene Formular „Angaben zur Zuverlässigkeit“ im jeweiligen Anhang der anzuwendenden Merkblätter und
- ein „Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde“, „Europäisches Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde“ oder entsprechende Unterlagen aus dem Ausland und
- bei Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern: ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister,
- außerdem bei Aufsichtsratsmitgliedern bzw. bei Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat eine Bestätigung über die Teilnahme an einschlägigen Fortbildungen.

B.2.3.2 Folgebeurteilung

Der Leiter Personal prüft laufend anlass- und stichtagsbezogen, ob die fachliche und persönliche Eignung des Vorstands, der Aufsichtsratsmitglieder und der Inhaber von Schlüsselfunktionen weiterhin vorhanden ist. Dabei ist zumindest in den folgenden Fällen eine Überprüfung angezeigt:

- wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass eine Person das Unternehmen davon abhält, seine Geschäftstätigkeit auf eine Art auszuüben, die mit den anwendbaren Gesetzen vereinbar ist,
- wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass eine Person das Risiko von Finanzdelikten erhöht, z. B. von Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung,
- wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass das solide und vorsichtige Management des Unternehmens gefährdet ist.

Ein Führungszeugnis wird grundsätzlich nur bei Neubestellung/Wiederbestellung sowie anlassbezogen, sofern konkrete Anhaltspunkte für Zweifel an der Zuverlässigkeit vorliegen, verlangt.

Bis Ende September des Geschäftsjahres wird jeweils eine Aktualisierung des ausführlichen Lebenslaufs sowie ein aktuelles Formular „Angaben zur Zuverlässigkeit“ und bei Vorstandsmitgliedern gegebenenfalls ein polizeiliches Führungszeugnis beim Leiter Personal eingereicht und von diesem geprüft.

Bei der Aktualisierung des Lebenslaufs und des Formulars ist insbesondere anzugeben:

- wenn neue Vorstands-, Geschäftsführer-, Aufsichtsrats- und/oder sonstige Kontrollmandate übernommen wurden,
- welche Weiterbildungsmaßnahmen im Hinblick auf die eigene Tätigkeit durchgeführt wurden
- ob Veränderungen im Tätigkeitsfeld oder der Zuständigkeiten im Geschäftsverteilungsplan (Vorstand) eingetreten sind.

Bis zum 31. Oktober eines Jahres (Vorstand) bzw. in der nächsten folgenden Aufsichtsratssitzung (Aufsichtsratsmitglieder und Inhaber Schlüsselfunktionen) berichtet der Leiter Personal dem Aufsichtsrat und dem Vorstand schriftlich im „Fit & Proper-Jahresbericht“, ob die fachliche und persönliche Eignung („Fit & Proper“) bei Erstbeurteilung oder bei laufender Prüfung weiterhin vorliegt.

Sollten Zweifel oder Bedenken über die fachliche und/oder persönliche Eignung auftreten, so informiert der Leiter Personal unverzüglich den Aufsichtsratsvorsitzenden und den Vorstand.

Fehlt oder geht die fachliche und/oder persönliche Eignung des Inhabers der Schlüsselfunktionen verloren, wird er durch das jeweils zuständige Organ nach den dafür geltenden rechtlichen Vorschriften aus seiner Funktion abberufen.

B.3. RISIKOMANAGEMENTSYSTEM EINSCHLIESSLICH DER UNTERNEHMENSEIGENEN RISIKO- UND SOLVABILITÄTSBEURTEILUNG

Das Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil der Unternehmensaktivitäten der DAV. Es unterstützt eine nachhaltig positive Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und trägt zur kontinuierlichen Wertsteigerung des gesamten Unternehmens bei. Detaillierte Informationen über das Risikomanagementsystem einschließlich des ORSA finden sich in diesem Kapitel wieder.

Das Risikomanagementsystem unter Solvency II deckt insbesondere folgende Bereiche ab:

- Zeichnung von Versicherungsrisiken und Rückstellungsbildung,

- Aktiv-Passiv-Management,
- Anlagen-Management, insbesondere Derivate und ähnliche Verpflichtungen,
- Liquiditäts- und Konzentrationsrisikomanagement,
- Risikomanagement operationeller Risiken,
- Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken.

Die **Risikomanagementfunktion** ist als Schlüsselfunktion im Sinne von Solvency II ein zentraler Bestandteil des Risikomanagementsystems. Sie aggregiert die risikorelevanten Informationen aus der ersten Verteidigungslinie, analysiert und bewertet sie, um mögliche und bestehende Risiken, denen die DAV ausgesetzt ist oder ausgesetzt sein könnte, zu identifizieren und ihre Relevanz für das Unternehmen einzuschätzen. Eine detaillierte Beschreibung der Aufgaben findet sich in Kapitel „B.1.2 Schlüsselfunktionen, Hauptaufgaben und -zuständigkeiten“.

Im Rahmen des Risikomanagements nehmen des Weiteren folgende Stellen eine aktive Rolle ein:

- Risikomanagement
- Vorstand im Rahmen seiner umfassenden Verantwortung für Risiken und Kosten des Unternehmens
- Risk Owner, d. h. einzelne Personen aus allen Unternehmensfachbereichen, die für Identifikation und Steuerung bestimmter Risiken verantwortlich sind
- Revision
- Aktuariat
- Compliance-Funktion.

Es erfolgt eine klare Funktionstrennung bis einschließlich der Ebene des Vorstands zwischen unvereinbaren Funktionen. Organisatorisch wird diese Funktionstrennung sichergestellt, indem Personen, die für den Aufbau von Risikopositionen verantwortlich sind, nicht gleichzeitig (weder mittelbar noch unmittelbar) mit deren Überwachung und Kontrolle betraut sind. Die Funktionstrennung ist hierarchisch abgesichert.

B.3.1 RISIKOSTRATEGIE UND ZIELE DES RISIKOMANAGEMENTS

Zur Unterstützung der nachhaltig positiven Entwicklung der Gesellschaft wurden die folgenden Ziele des Risikomanagements definiert:

- Sichern der Kapitalausstattung der Gesellschaft unter Wahrung eines vordefinierten Sicherheitsniveaus von 99,5 % (200-Jahr-Ereignis),
- Schaffen von Transparenz im Unternehmen über das eigene Risikoprofil,
- Identifizieren und Bewerten von unternehmerischen Risiken,
- Treffen bewusster Entscheidungen zum Umgang mit Risiken,
- Einleiten von Maßnahmen zur Risikosteuerung und -reduktion,
- Überwachen von Risiken und interne sowie externe Berichterstattung,
- Erfüllen gesetzlicher bzw. aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Die Methoden und Instrumente, welche zur Zielerreichung und zur Überprüfung der aktuellen Risikosituation verwendet werden, sind im folgenden Abschnitt aufgeführt.

Die Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und bildet die Grundlage eines angemessenen Risikomanagements. Sie dokumentiert, welche Risiken die DAV zur Verfolgung der eigenen Risikostrategie bewusst eingehen wird und wie diese Risiken zu steuern sind. Die Risikostrategie wird mindestens jährlich

an die geänderten Umwelt- und Marktbedingungen angepasst und durch den Vorstand verabschiedet.

Die Risikomanagementleitlinie sowie die Leitlinie zum IKS dienen unter anderem der Schaffung eines unternehmensweit einheitlichen Risikoverständnisses und damit der Pflege einer entsprechenden Risikokultur. Sie beinhalten insbesondere

- eine Beschreibung des organisatorischen Aufbaus des Risikomanagements,
- die Grundsätze des internen Steuerungs- und Kontrollsystems der DAV,
- eine Beschreibung des grundsätzlichen Umgangs der Gesellschaft mit vorhandenen Risiken sowie
- eine Beschreibung der Methoden und Prozesse, die die DAV in die Lage versetzen, neu hinzukommende Risiken zu erkennen, zu messen und sie in ihrer Bedeutung für das Unternehmen sowie eventuelle Wechselwirkungen verschiedener Risikopositionen untereinander einzuschätzen
- und eine Beschreibung der Berichtszuständigkeiten, -wege, -formen, und -anlässe.

B.3.2 RISIKOMANAGEMENTPROZESS

Beim Risikomanagementprozess sind verschiedene Phasen zu unterscheiden, welche in der Abbildung dargestellt und im Folgenden näher beschrieben werden:



Der Risikomanagementprozess (inklusive ORSA) besteht aus den Prozessphasen Risikoidentifikation, Risikoanalyse und -bewertung, Risikoüberwachung (inkl. Risikoberichterstattung) sowie Risikosteuerung.

1. Risikoidentifikation

Aufgabe der Risikoidentifikation ist die systematische, unternehmensweite Erfassung sämtlicher Risiken und deren Klassifizierung. Aus diesem Grund wird regelmäßig jährlich eine strukturierte Risikoinventur durchgeführt, bei der alle operationellen, strategischen sowie Reputationsrisiken, die im Unternehmen auftreten, möglichst vollständig aufgenommen werden. Die Risikoinventur bezieht alle Informationen, die zum Zeitpunkt der Durchführung bekannt sind, konsequent mit ein. Die Risikoinventur beinhaltet auch mindestens eine qualitative Risikobewertung (Expertenschätzung) durch die Fachbereiche. Für alle operationellen und strategischen Risiken wird auch eine quantitative Einschätzung vorgenommen. Sofern es unterjährig zu Auffälligkeiten in der Risikoentwicklung kommt, wird durch eine Ad-hoc-Risikomeldung des Fachbereichs an das Risikomanagement ein (fach-) übergreifender Diskussionsprozess ausgelöst.

Einen hohen Stellenwert hat eine ausreichende unternehmensinterne Kommunikation über alle wesentlichen Risiken, die zugleich ein Gradmesser für die gelebte Risikokultur innerhalb des Unternehmens ist. Die Geschäftsleitung sowie die Führungskräfte schärfen regelmäßig das Risikobewusstsein aller mit Risiken befassten Mitarbeiter, indem sie den internen Dialog über Risikomanagementfragen fördern.

2. Risikoanalyse und -bewertung

Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt die Analyse und Bewertung der Risiken. Die Risikoanalyse ordnet die identifizierten Risiken ihrer Wesentlichkeit nach in die vom Unternehmen vorgegebenen Risikokategorien ein. Weiterhin zeigt die Risikoanalyse auf, welche Korrelationen zwischen den identifizierten Risiken bestehen. Es wird eine Risikobewertungsmethodik verwendet, die dem Risikoprofil der DAV angemessen ist und eine Aggregation der Ergebnisse ermöglicht. Diese Methodik umfasst sowohl quantitative als auch qualitative Auswertungen auf Basis von Expertenschätzungen und Erfahrungswerten, in Abhängigkeit des entsprechenden Risikos.

Bei der DAV wird im Rahmen der Risikoanalyse und -bewertung quartärllich der gesetzliche Kapitalbedarf **SCR** mithilfe der Standardformel berechnet. Dabei werden die Hauptrisiken, versicherungstechnisches und Marktrisiko, quantifiziert.

3. Risikoüberwachung

Mit der laufenden Überwachung von Risiken wird sichergestellt, dass sich ihre Entwicklung im Rahmen der zuvor vorgenommenen Einschätzungen bewegt und die festgelegten Limite eingehalten werden. Die Risikoüberwachung gewährleistet, dass die Ziele des Unternehmens auch erreicht und den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden, um so ein rechtzeitiges Gegensteuern zu ermöglichen. Dabei stützt sie sich auf die Ergebnisse der Risikoidentifikation sowie der Risikoanalyse und -bewertung auf allen relevanten Aggregationsstufen (Risikoprofil). Im Rahmen der Risikoüberwachung bei den ÖRAG-Gesellschaften wird die Umsetzung der Risikostrategie regelmäßig mithilfe der Limitauslastung kontrolliert. Bei Bedarf (z. B. Limitverletzungen) werden Maßnahmen erarbeitet.

Die Risikoüberwachung ist eng verbunden mit der Risikoberichterstattung an den Vorstand. Im Rahmen der Risikoberichterstattung lässt sich der Vorstand quartärllich

über das Gesamtrisikoprofil berichten und darstellen, inwieweit die in der Risikostrategie festgelegten Ziele des Risikomanagements erreicht wurden.

4. Risikosteuerung

Die Risikosteuerung ist die Teilphase des Risikomanagementprozesses, in dem auf die Risiken mithilfe von Maßnahmen eingewirkt wird. Zur Risikosteuerung werden Maßnahmen zur bewussten Akzeptanz, Vermeidung, Übertragung, Minderung oder Begrenzung der Risiken gezählt. Bei den ÖRAG-Gesellschaften werden die meisten Risiken bereits in den operativen Bereichen erfolgreich gesteuert. Für die Handhabung der Risiken stehen dem Unternehmen verschiedene Maßnahmen zur Verfügung. Dazu gehört insbesondere die Änderung von Produkten und der Zeichnungsrichtlinien. Darüber hinaus dienen auch die Ausgliederung bestimmter Dienstleistungsgeschäfte und verstärkte interne Kontrollen der Risikosteuerung, denn das **Interne Kontrollsystem** (IKS, vgl. Kapitel B.4.) ist ein wichtiges Risikosteuerungsinstrument in Bezug auf operationelle Geschäftsprozessrisiken.

Die im Risikomanagementprozess gewonnenen Erkenntnisse über die Risikosituation, ihre Entwicklung und der sich daraus ergebende Kapitalbedarf finden Berücksichtigung im Prozess zur Anpassung der Risikostrategie.

Maßnahmen können darüber hinaus bei Ad-hoc-Risikomeldungen notwendig sein, z. B. bei dem (drohenden) Eintritt wesentlicher Schadenereignisse. Ihre Ursachen werden analysiert und dann wird entschieden, ob und welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Ebenfalls können Maßnahmen bei Limitüberschreitungen notwendig sein.

Getrieben durch die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie wird der Risikoappetit für die DAV festgelegt. Das installierte **Limitsystem** dokumentiert die von der DAV geplanten Risikopositionen und die von der Geschäftsleitung festgelegten Schwellenwerte für das maximal von der DAV einzugehende Risiko und ermöglicht so seine laufende Überwachung. Durch das Limitsystem ist es möglich, negative Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten, sodass die DAV keine ungewollten oder zu hohen Risiken eingeht. Das Limitsystem verfolgt insbesondere diese Ziele:

- Festlegung der maximal einzugehenden Risiken,
- Schaffung von Transparenz über die Risiken und den notwendigen Handlungsbedarf auf Risiko-/Eigenmittelseite,
- Kontrolle der eingegangenen Risiken,
- Eskalation im Fall von Limitüberschreitungen, um ein systematisches Einleiten von Maßnahmen und das Treffen bewusster Entscheidungen zum Umgang mit Risiken zu ermöglichen.

Das Limitsystem bildet auch die Grundlage für das **Zusammenspiel von Risikomanagement- und Kapitalmanagementsystem:**

Für den Fall, dass sich abzeichnet, dass die in der Risikostrategie definierten Mindest- bzw. Zielbedeckungsquoten verfehlt werden, analysiert die Risikomanagementfunktion zusammen mit der Abteilung Controlling Auswirkungen auf die Planung sowie ggf. die Risikostrategie. Auch im Rahmen der Risikoanalyse und -bewertung durch Sensitivitäts- oder Stresstests kann offenbar werden, dass Kapitalmanagementmaßnahmen notwendig werden. Soweit Bedarf besteht, werden Kapitalmanagementmaßnahmen dann zeitnah umgesetzt, sodass risikostrategische Vorgaben stets eingehalten werden. Die Risikomanagementfunktion wird bei

Kapitalmanagementanalysen und bei geplanten Kapitalmanagementmaßnahmen frühzeitig eingebunden.

Der Risikomanagementprozess als Ganzes wird i. d. R. einmal im Jahr durchlaufen. Einzelne Elemente kommen aber auch häufiger (z. B. quartärllich oder ad hoc) zur Anwendung. Nach allen vier Teilprozessen (Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse, -überwachung, -steuerung) kann eine Berichterstattung erfolgen, sodass die DAV daher die Berichterstattung nicht als isolierten Teilprozess begreift.

B.3.3 INFORMATIONEN ZUM ORSA

Unter ORSA versteht die DAV die Gesamtheit der Prozesse zur Identifikation, Bewertung, Kontrolle, Handhabung und Kommunikation von kurz- und langfristigen Risiken, denen das Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist oder sein könnte. Diese Prozesse dienen gleichzeitig der Ermittlung der Eigenmittel, die den gesamten Solvabilitätsbedarf sicherstellen sollen. Im Wesentlichen geht es darum, das unternehmenseigene Risikoprofil und den daraus resultierenden internen Risikokapitalbedarf kontinuierlich zu analysieren und zu bewerten, und zwar unabhängig von bzw. weitergehend zu der eigentlichen Ermittlung der Solvabilitätskapitalanforderung (vgl. B.3.2 Risikoanalyse und -bewertung).

Bei der DAV wird im Rahmen der Risikoanalyse und -bewertung der gesetzliche Kapitalbedarf **SCR** mithilfe der Standardformel berechnet. Im Rahmen des ORSA-Prozesses wird regelmäßig jährlich beurteilt, ob das tatsächliche Risikoprofil der Gesellschaft von den der Berechnung des SCR zugrunde liegenden Annahmen signifikant abweicht und ob das Unternehmen darüber hinaus weiteren wesentlichen Risiken, die nicht in der Standardformel berücksichtigt sind, ausgesetzt ist. Bei der Ermittlung des unternehmensindividuellen **Gesamtsolvabilitätsbedarfs** (GSB) werden die Ergebnisse der Risikoinventur berücksichtigt sowie – insbesondere auf der Risikoseite – die Annahmen der Standardformel auf Angemessenheit und Vollständigkeit hin untersucht und bei Bedarf angepasst. **Sensitivitäts- und Szenarioanalysen** (Stresstests) runden die Risikoanalyse und -bewertung ab. Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen zum Stichtag wird überprüft, inwieweit geringfügige Variationen von Parametern Auswirkungen auf die Eigenmittel sowie die Kapitalanforderung und somit auf die Bedeckungsquote haben. Änderungen der zugrunde liegenden Volumina werden nicht überprüft, da diese zum Jahresabschluss fixiert sind. Bei den Szenarioanalysen über den Planungshorizont (Zeitraum, für den geplant wird) hingegen werden neben Parameteränderungen auch Volumenänderungen (z. B. höhere Aktienquote etc.) analysiert. Der Zeithorizont, d. h. die zeitliche Grenze, bis zu der man vorausschaut, beträgt für die Durchführung der Analysen im Rahmen des ORSA – basierend auf dem Planungshorizont der strategischen Unternehmensplanung – drei Jahre. Der ORSA gibt Impulse für das Kapitalmanagement, die auf den gleichen Szenarien basieren. Die Ergebnisse des ORSA fließen wiederum in die Weiterentwicklung des ORSA-Prozesses ein.

Der ORSA-Prozess der ÖRAG-Gesellschaften ist so ausgestaltet, dass er die spezifischen Risiken, die sich aus ihrer Geschäftsstrategie ergeben, abdeckt. Somit bildet der ORSA-Prozess die Grundlage für die Steuerung der Risiken der ÖRAG-Gesellschaften:

Die **Marktrisiken** umfassen das Zinsänderungs-, Spread-, Aktien-, Immobilien-, Währungs- und Konzentrationsrisiko. Das Zinsrisiko wird bei der DAV unter anderem über eine effiziente Aktiv-Passiv-Steuerung begrenzt. Die festverzinslichen

Wertpapiere fallen weiterhin größtenteils unter die deutschen Einlagensicherungssysteme oder werden mit besonderen Sicherungsvermögen bedeckt. Durch Anlagen ausschließlich im Investment-Grade-Bereich sowie unter Verwendung strenger Bonitätsvorgaben wird das Spreadrisiko kontrolliert. Risiken, die aus der strategischen Beteiligung resultieren (Aktien- und Konzentrationsrisiko), werden durch ein enges Beteiligungscontrolling gesteuert. Die DAV ist dem Immobilien- und Währungsrisiko nicht exponiert. Zusammenfassend tragen insbesondere die hohe Bonität der festverzinslichen Anlagen und ein enges Beteiligungscontrolling zur Begrenzung der Marktrisiken bei.

Das **Ausfallrisiko** betrifft sowohl die Positionen auf der Aktivseite als auch die Zahlungsfähigkeit von Vertragspartnern. Zur Kontrolle dieser Risiken wird neben dem Monitoring des Forderungsbestandes grundsätzlich auf eine hohe Bonität der Vertragspartner Wert gelegt.

Die **versicherungstechnischen Risiken** umfassen schwerpunktmäßig das Prämien- und Rückstellungsrisiko, wohingegen dem Großschaden- und Kumulrisiko eine untergeordnete Rolle zukommt. Unter den versicherungstechnischen Risiken stellt das Prämienrisiko den wesentlichen Bestandteil dar, wobei die DAV ein angemessenes Verhältnis von Prämieinnahmen und Schadenzahlungen über Maßnahmen wie strenge Zeichnungsrichtlinien sicherstellt. Das Rückstellungsrisiko wird wesentlich über eine laufende und zeitnahe Überwachung der Abwicklungsergebnisse kontrolliert.

Zur Kontrolle von **operationellen Risiken**, die grundsätzlich aus Arbeitsabläufen sowie technischen Systemen und externen Ereignissen resultieren, sind bei der DAV im Rahmen eines umfangreichen Internen Kontrollsystems entsprechende Schlüsselkontrollen in den verschiedenen Fachbereichen etabliert, deren Effizienz regelmäßig vom etablierten IKS-Manager und zusätzlich der Internen Revision überwacht wird.

Die Begrenzung der **strategischen Risiken** baut auf der strategischen Unternehmensplanung der DAV auf. Diese umfasst Maßnahmen, welche beispielsweise eine verfehlte Produktpolitik, ineffiziente Geschäftsprozesse und Reputationsrisiken begrenzen.

Zur Steuerung des **Liquiditätsrisikos** kommt bei der DAV eine detaillierte zentrale Liquiditätsplanung zum Einsatz. Zur Begegnung kurzfristiger Liquiditätsengpässe wird eine Liquiditätsreserve vorgehalten.

Der ORSA-Prozess als Ganzes wird i. d. R. einmal im Jahr durchlaufen. Einzelne Elemente kommen aber auch häufiger (etwa quartärllich) oder ad hoc zur Anwendung, z. B. die Identifikation von neuen bzw. Ad-hoc-Risiken.

Zentrale Berichte im Kontext Risikomanagement sind der jährlich zur Jahresmitte erstellte und vom Vorstand verabschiedete ORSA-Bericht und die quartärlliche Berichterstattung zum Limitsystem. Anlassbezogen (z. B. bei schwerwiegenden Problemen, unterjährigen Risikomeldungen, neuen Erkenntnissen etc.) wird die Erstellung eines Ad-hoc-ORSA-Berichts an den Vorstand geprüft. Insgesamt wird sichergestellt, dass die Geschäftsleitung stets aktuell und präzise über die Situation des Unternehmens informiert ist und auf dieser Grundlage strategische Entscheidungen treffen kann.

B.4. INTERNES KONTROLLSYSTEM

Das IKS der ÖRAG-Gesellschaften ist die Gesamtheit der internen Vorgaben, organisatorischen Maßnahmen und Kontrollen, die der Erreichung folgender Ziele dienen:

- Unterstützung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (z. B. Sicherung des Vermögens wie materielle Werte, Know-how, Human Resources)
- Schaffung eines starken und wirksamen Kontrollumfeldes, das die wesentlichen Prozesse und deren Risiken und Kontrollen umfasst
- Etablierung von Kontrollmaßnahmen, die in einem angemessenen Verhältnis zu den mit den einschlägigen Prozessen verbundenen Risiken stehen
- Sicherstellung der Aufgabenausübung entsprechend der relevanten zu beachtenden Gesetze und Verordnungen, aufsichtsbehördlicher Anforderungen sowie interner Vorgaben
- Sicherstellung, dass Informationen zur Geschäftstätigkeit gegenüber intern oder extern berechtigten Empfängern akkurat, vollständig und angemessen sind
- Gewährleistung einer transparenten Berichterstattung an die Vorstände der Gesellschaft über Funktionsfähigkeit und Inhalte sowie Ergebnisse des IKS.

Die Kontrollen im IKS sind somit die zentralen Elemente sowohl zur frühzeitigen Erkennung von Risiken als auch deren Überwachung. In Abhängigkeit der Ausgestaltung des zugrunde liegenden Prozesses können die Kontrollen sowohl einen vorbeugenden als auch einen aufdeckenden Charakter aufweisen und dabei direkt in den Prozess integriert werden oder auch prozessunabhängiger ausgestaltet sein.

B.4.1 BESCHREIBUNG DES INTERNEN KONTROLLSYSTEMS

B.4.1.1 Leitbild des IKS

Die DAV hat sich bei Implementierung des IKS an den Grundsätzen des COSO-Referenzmodells orientiert. Daher weist das IKS der DAV folgende Bestandteile auf:

- Kontrollumfeld,
- Risikobewertung,
- Kontrollaktivitäten,
- Information und Kommunikation sowie
- Überwachung.

Die DAV stellt durch einen kontinuierlichen Regelkreislauf sicher, dass das IKS vollumfänglich wirksam ist. Zu den wesentlichen Bestandteilen des IKS gehören etwa ein konzernweit etabliertes Vier-Augen-Prinzip, Funktionstrennung von Rollen und Verantwortlichkeiten zur Vermeidung möglicher Interessenkonflikte sowie die Bevorzugung präventiver automatisierter (d. h. durch IT-Systeme unterstützter) Kontrollaktivitäten im Vergleich zu aufdeckenden manuell ausgeführten Kontrollen.

Die COSO-Komponenten bilden die Grundlage des IKS der ÖRAG-Gesellschaften und umfassen wesentliche Prozesse zur Risikoidentifikation und -bewertung, zur Risikoanalyse und -berichterstattung sowie zur Überwachung und Steuerung der eingegangenen Risiken. Die Prozessrisiken bilden den Input für die Risikoidentifikation im Risikomanagementprozess (vgl. B.3.2), sodass ein enger

Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem der ÖRAG-Gesellschaften unter Solvency II besteht.

B.4.1.2 Bestandteile des IKS

Das IKS der ÖRAG-Gesellschaften erstreckt sich unternehmensweit über sämtliche wesentliche Geschäftsprozesse, die mit der Umsetzung der vom Vorstand beschlossenen Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen in Verbindung stehen.

B.4.1.3 Rollen im IKS

Die Schlüsselfunktion Risikomanagement übernimmt im IKS die zentrale Überwachungsfunktion mit Verantwortung für die Ausrichtung, Steuerung und Berichterstattung des IKS, womit eine stringente Kommunikation mit u. a. den operativen Einheiten einhergeht. Innerhalb dieser Schlüsselfunktion fungiert der „IKS-Manager“ als zentral verantwortliche Rollenfunktion für das IKS zur Überwachung der Kontrolldurchführung, Eskalation entsprechender Kontrolldefizite sowie zur Beratung/Anweisung von Korrekturmaßnahmen.

Prozessverantwortliche Mitarbeiter der ÖRAG-Gesellschaften sind für die Zielerreichung der von ihnen verantworteten Geschäftsprozesse – von der Aufnahme erster Aktivität bis zur Fertigstellung und/oder Übergabe dieses Vorgangs an einen nachgelagerten Geschäftsprozess – zuständig. Entsprechende Risiken im Zuge der Prozesszielerreichung werden in diesem Kontext durch risikoorientierte Schlüsselkontrollen abgedeckt, die der prozessverantwortliche Mitarbeiter in der Rolle des Kontrollverantwortlichen ebenfalls durchführt und dokumentiert, soweit er nicht einen „Kontrolldurchführenden“ benennt.

Vor diesem Hintergrund gewährleistet die Geschäftsleitung, dass das IKS angemessen in die Strukturen und Prozesse der Aufbau- und Ablauforganisation eingebunden ist. Die Einrichtung und Überwachung eines wirksamen IKS unterliegt daher der nicht delegierbaren Letztverantwortung des Vorstandes. Basierend auf den bereitgestellten Informationen stellt die Geschäftsleitung durch geeignete Maßnahmen sicher, dass die notwendigen Anpassungen sowohl am IKS selbst als auch in Verbindung mit identifizierten Defiziten zeitnah umgesetzt werden. Darüber hinaus liegt auch die Verantwortung für die Verabschiedung, regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung der Leitlinien zum IKS beim Vorstand der ÖRAG-Gesellschaften.

B.4.1.4 Reichweite des IKS

Die Ausgestaltung des IKS bei den ÖRAG-Gesellschaften orientiert sich unter Berücksichtigung des Proportionalitätsprinzips an der Wesensart, dem Umfang und der Komplexität ihrer Geschäftstätigkeit. Deswegen umfasst das IKS der ÖRAG-Gesellschaften sowohl Kontrollen in jeder einzelnen Gesellschaft als auch Kontrollen im Hinblick auf gesellschaftsübergreifende, unternehmensverbundsinterne Sachverhalte, wie etwa Ausgliederungen. Bei der IKS-Implementierung wurden die Anzahl der Unternehmensprozesse sowie ihre Komplexität etwa im Hinblick auf Automatisierungsgrad, Häufigkeit der Durchführung oder Anzahl der prozessbeteiligten Mitarbeiter berücksichtigt.

B.4.2 WESENTLICHE PROZESSE IM IKS

B.4.2.1 Risikobewertung

Innerhalb des IKS werden wesentliche Prozesse betrachtet: Im Rahmen regelmäßiger, mindestens jährlicher Risikobewertungen werden aus IKS-Sicht kritische, risikobehaftete Prozesse identifiziert. Ziel ist es, etwaige Kontrolllücken in risikobehafteten Prozessen aufzudecken und geeignete Kontrollen zur Schließung dieser Lücken abzuleiten. Innerhalb dieser unternehmensweiten Risikobewertung werden auch interne und externe Einflussfaktoren, Bezugsgrößen, die von der Risikowirkung betroffen sind, sowie konkrete Risikoursachen benannt und zugehörige Wesentlichkeitsgrenzen gemäß dem Wesentlichkeitskonzept der ÖRAG-Gesellschaften für die Risikobeurteilung eingeschätzt.

Die Bewertungen führt der IKS-Manager u. a. anhand persönlicher Interviews mit den prozessverantwortlichen Rollenfunktionen durch. Wurden im Rahmen der Risikobewertung Kontrolllücken identifiziert, wird das IKS zeitnah um geeignete Kontrollen ergänzt. Neben den gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben werden hierbei auch unternehmensspezifische Vorgaben über definierte Leitlinien beachtet.

B.4.2.2 Kontrollaktivitäten

In allen als wesentlich bewerteten Geschäftsprozessen sind geeignete technische und fachliche Kontrollaktivitäten definiert und implementiert, um entsprechende Risiken wirksam zu reduzieren (erste und zweite Verteidigungslinie). Die Kontrollen sind somit die zentralen Elemente sowohl zur frühzeitigen Erkennung von Risiken als auch für deren Überwachung.

Die Häufigkeit der jeweiligen Kontrollaktivitäten richtet sich nach den für die Kontrollen festgelegten Kontrollfrequenzen sowie deren Inhalten und Zielsetzungen. Sofern ein Kontrollverantwortlicher im Rahmen der Kontrolldurchführung entsprechende Defizite identifiziert, berichtet er diese direkt an seinen übergeordneten Prozessverantwortlichen. Auf Basis dieser Berichterstattung ist es die Aufgabe der Prozessverantwortlichen, das Defizit mittels geeigneter Korrekturmaßnahmen zu beheben bzw. solche einzuleiten. Sollte das Defizit nicht im Rahmen der eigens zur Verfügung stehenden Mittel zu beheben sein oder sollte die Einbindung weiterer Geschäftsbereiche notwendig sein, wird der defizitäre Zustand direkt an den IKS-Manager eskaliert.

Neben der regelmäßigen Durchführung der Schlüsselkontrollen werden außerordentliche Kontrollaktivitäten durch Eintreten von auslösenden Ereignissen angestoßen (z. B. schwerwiegende Gesetzesverstöße).

Alle wesentlichen Prozesse und Schlüsselkontrollen werden regelmäßig aktualisiert und dokumentiert. So werden fehlerhafte Arbeitsabläufe frühzeitig vermieden oder umgehend korrigiert. Für jede Kontrollaktivität sind somit schriftliche Beschreibungen der Schlüsselkontrollen erstellt, welche insbesondere einem sachverständigen Dritten ein hinreichendes Verständnis über die Relevanz, die Zielsetzung, den Kontrollablauf sowie die Frequenz der Kontrollhandlung ermöglichen.

Organisatorisch ist die Durchführung der Kontrollen dezentral den Fachbereichen zugeordnet. Bei Bedarf der Aktualisierung der Kontroll- und Prozessdokumentation stehen demnach auch die einzelnen Fachbereiche in der Verantwortung, wodurch

das Verständnis und die Akzeptanz der internen Kontrollen bei den Mitarbeitern gestärkt werden.

Die Kontrolldurchführung wird zum Ende eines jeden Geschäftsjahresquartals in einer dafür vorgesehenen, vom IKS-Manager bereitgestellten Lösung bestätigt und auf Anforderung des IKS-Managers belegt.

Die Gesamtsicht des IKS wird daraufhin auf Basis von aktualisierten Kontroll- und Prozessdokumentationen bei Bedarf im Risikomanagement angepasst. Unabhängig von den Ergebnissen der Kontrollhandlungen wird das gesamte IKS durch die Schlüsselfunktionen regelmäßig auf seine Wirksamkeit überprüft.

B.4.2.3 Berichterstattung

Der IKS-Manager berichtet einmal jährlich und anlassbezogen ad hoc an die Geschäftsleitung. Im Rahmen der internen Berichterstattung werden die Ergebnisse aus der Durchführung der Schlüsselkontrollen und deren Prüfung durch den IKS-Manager in einem IKS-Bericht an den Vorstand schriftlich zusammengefasst. Der IKS-Bericht enthält konkrete Informationen über unterjährig identifizierte Schwachstellen, Vorkommnisse hinsichtlich aufgetretener Kontrolldefizite sowie auch einen allgemeinen Status zum IKS der ÖRAG-Gesellschaften inklusive einer zugehörigen Bewertung durch das Risikomanagement. Der IKS-Manager gibt im Bericht seine Einschätzung zur aktuellen Risikosituation, zur Aufstellung eingeleiteter Maßnahmen zwecks Korrektur identifizierter Defizite sowie zu Handlungsoptionen bezüglich der Weiterentwicklung bzw. Aktualisierung des IKS ab.

B.4.2.4 Eskalationswege

Sofern ein Kontrollverantwortlicher im Rahmen der Kontrolldurchführung Defizite identifiziert, berichtet er diese direkt an seinen übergeordneten Prozessverantwortlichen. Auf Basis dieser Berichterstattung ist es die Aufgabe der Prozessverantwortlichen, das Defizit mittels geeigneter Korrekturmaßnahmen zu beheben bzw. solche einzuleiten. Sollte das Defizit nicht im Rahmen der eigens zur Verfügung stehenden Mittel zu beheben sein oder sollte die Einbindung weiterer Geschäftsbereiche notwendig sein, wird der defizitäre Zustand direkt an den IKS-Manager eskaliert.

Der IKS-Manager kann in Zusammenarbeit mit den Prozessverantwortlichen eine angemessene Maßnahme zur Korrektur des Defizites erarbeiten, jedoch auch eine nach seinem Ermessen geeignete Korrekturmaßnahme anweisen. Hierbei obliegt es dem IKS-Manager, auf Basis übergreifender Auswertungen zu den Schlüsselkontrollen direkte Anweisungen zu Aktualisierungen, Korrekturen oder Dokumentationen auszusprechen.

B.4.3 UMSETZUNG DER COMPLIANCE-FUNKTION

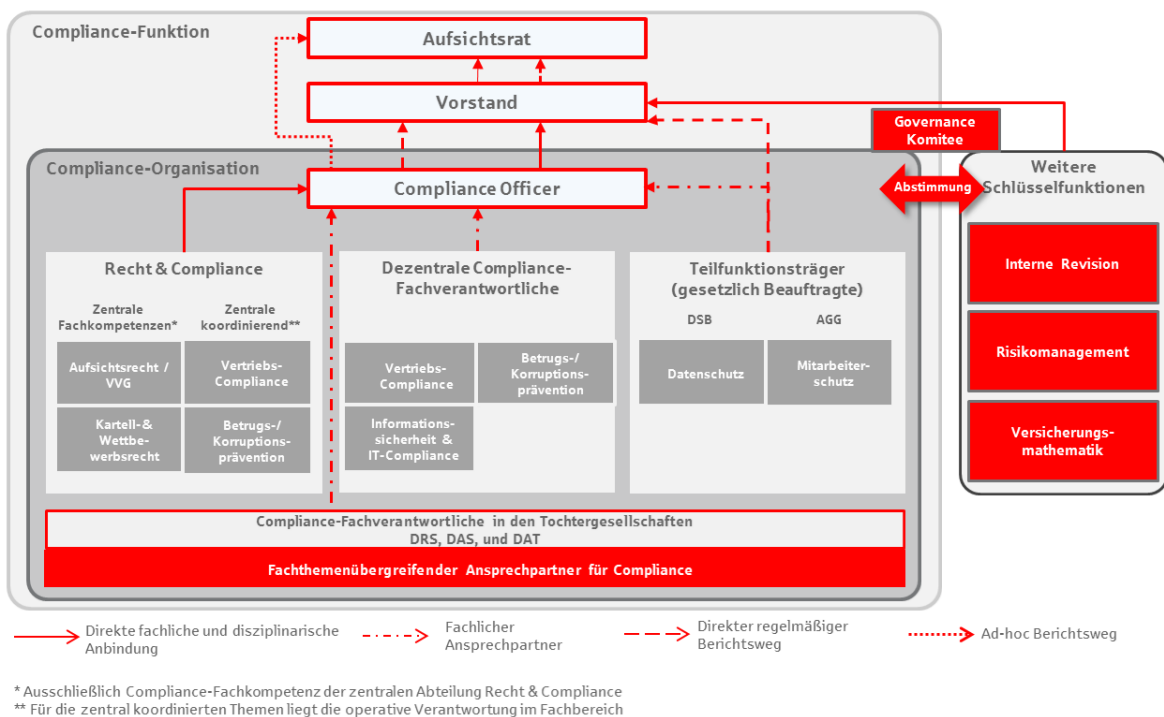
Die Compliance-Funktion der DAV ist an die Muttergesellschaft, die ÖRAG ausgegliedert. Die DAV ist in dieses Compliance Management System CMS gemäß der Art ihrer geschäftlichen Tätigkeit und des damit verbundenen Risikos integriert.

Compliance beschreibt die Einhaltung der für die DAV wesentlichen Gesetze oder regulatorischer Vorgaben und unternehmensinterner Regelungen zur Reduzierung von Haftungs-, Sanktions- und Reputationsrisiken.

Das Compliance-Risiko umfasst Haftungs-, Sanktions- oder Reputationsrisiken aufgrund der Nichteinhaltung gesetzlicher oder regulatorischer Vorgaben und unternehmensinterner Regelungen.

Die Compliance-Funktion ist eine Schlüsselfunktion, welche die Compliance-Risiken der DAV identifiziert, bewertet und überwacht. Sie berät die Geschäftsleitung und schult die Fachbereiche zu Compliance-Themen. Darüber hinaus berichtet sie über Compliance-relevante Sachverhalte an die Geschäftsleitung.

Das Compliance Management System (CMS) umfasst die Gesamtheit der in der DAV eingerichteten Maßnahmen und Prozesse, um Regelkonformität sicherzustellen. Die Aufgabe eines CMS ist es, hinreichend sicherzustellen, dass Risiken für wesentliche Regelverstöße rechtzeitig erkannt und solche Regelverstöße verhindert werden. Zur Beschreibung des CMS orientiert sich die DAV am IDW PS 980. Zudem ist die Compliance-Funktion in das Modell der drei Verteidigungslinien, mit aufeinander aufbauenden, sich in ihrer Ausrichtung ergänzenden Kontrollfunktionen integriert. Die nachfolgend beschriebenen Grundelemente dienen als Richtschnur für die Gestaltung und Entwicklung eines effektiven CMS.



Das übergeordnete Compliance-Ziel ist die Einhaltung von für die DAV wesentlichen Gesetzen, regulatorischen Vorgaben und unternehmensinternen Regelwerken zur Reduzierung von Haftungs-, Sanktions- und Reputationsrisiken.

Um diese Ziele zu erreichen, verfolgt die Compliance-Funktion die nachfolgend beschriebenen Teilziele:

- Compliance-Verstöße zu verhindern, indem eine klare und durchdringende Compliance-Kultur etabliert, gefördert und beibehalten wird
- innerhalb des für die DAV relevanten Rechtsumfeldes Veränderungen zu erkennen und somit die damit verbundenen Auswirkungen zu bewerten
- Compliance-relevante Sachverhalte aufzudecken, erforderliche Maßnahmen abzuleiten, um somit zur Risikominimierung beizutragen

B.5. FUNKTION DER INTERNEN REVISION

Die Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwert für die DAV zu schaffen und Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese verbessern hilft. Die Revision prüft und bewertet alle Aktivitäten des Unternehmens.

Die Interne Revision der ÖRAG ist auch für alle internen Prüfungen innerhalb der DAV verantwortlich, d. h. die Schlüsselfunktion ist an die ÖRAG als Muttergesellschaft ausgelagert.

Für die Tätigkeit der Internen Revision sind folgende Unterziele vorgesehen:

- Objektive Prüfung des gesamten Governance-Systems
- Schutz des Vermögens der DAV vor Verlusten aller Art, insbesondere auch die Verhinderung und Aufdeckung doloser Handlungen
- Unterstützung des Vorstands bei seiner Leitungs- und Führungsaufgabe
- Gewährleistung der Einhaltung der Risikostrategie und damit einhergehend der Funktionsfähigkeit der Risikomanagementprozesse
- Gewährleistung der Effektivität und Effizienz der Geschäftsprozesse und der die Geschäftsprozesse unterstützenden eingesetzten Programme
- Angemessenheit und Effektivität des Internen Kontrollsystems
- Einhaltung gesetzlicher und insbesondere aufsichtsrechtlicher Normen
- Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung
- Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Berichterstattung
- Erhaltung der Solvenz der DAV
- Erreichung der strategischen Ziele der Organisation
- Vermeidung von Fehlern

Die Interne Revision verfügt über ein uneingeschränktes Informations- und Prüfungsrecht. Sie muss über alle Vorgänge, die für ihre Aufgabenwahrnehmung erforderlich sind, informiert werden. Der Internen Revision sind daher unverzüglich:

- alle angeforderten Informationen zu erteilen,
- alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen,
- Einblick in die Aktivitäten und Prozesse und
- Einblick in alle IT-Systeme zu gewähren.

Die Interne Revision ist mit den zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Kompetenzen ausgestattet. Die Kompetenzvergabe beinhaltet dabei ausdrücklich nicht die Möglichkeit, Geschäftsvorfälle auszulösen, da die Unabhängigkeit der Internen Revision Interessenkonflikten vorbeugt und damit die Grundlage für eine wirksame und objektive Ausübung der Prüfungsfunktion in der dritten Verteidigungslinie bildet. Daher sind der Internen Revision funktional keine Linienaufgaben oder andere revisionsfremde Aufgaben übertragen. Die in der Internen Revision beschäftigten Mitarbeiter werden grundsätzlich nicht mit Aufgaben betraut, die nicht im originären Aufgabengebiet der Internen Revision liegen.

Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben ohne unangemessene Einflüsse, etwa durch andere Schlüsselfunktionen, Geschäftsleitung oder Aufsichtsrat, wahr. Sie verfügt über einen direkten und uneingeschränkten Zugang zur Geschäftsleitung und zum Aufsichtsrat. Neutralität und Unabhängigkeit sind auch durch die organisatorische Positionierung als Hauptabteilung in der Muttergesellschaft gewährleistet. Der von der DAV bestellte Ausgliederungsbeauftragte für die Schlüsselfunktion auf Vorstandsebene überwacht die ordnungsgemäße Leistungserbringung.

Die Grundlagen für die Ausgestaltung der Internen Revision ergeben sich aus den aufsichtsrechtlichen Vorgaben und dem berufsständischen Rahmenwerk „Internationale Grundlagen für die berufliche Praxis der Internen Revision“.

B.6. VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE FUNKTION

Die versicherungsmathematische Funktion der DAV ist ausgelagert und wird durch das Aktariat der ÖRAG wahrgenommen. Der Leiter des Aktariats ist der verantwortliche Inhaber der versicherungsmathematischen Funktion.

Zur Vermeidung potenzieller Interessenkonflikte ist die versicherungsmathematische Funktion der DAV frei von Einflüssen, die ihre freie, objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung beeinträchtigen könnten. Gegenüber den weiteren Schlüsselfunktionen ist die versicherungsmathematische Funktion weder weisungsberechtigt noch weisungsgebunden. Darüber hinaus besteht eine Informationsverpflichtung gegenüber der versicherungsmathematischen Funktion. Die versicherungsmathematische Funktion ist berechtigt, mit allen anderen Unternehmensangehörigen eigeninitiativ zu kommunizieren. Zudem erhält sie uneingeschränkten Zugang zu den für die Erfüllung ihrer Aufgaben relevanten Informationen. Die versicherungsmathematische Funktion wird über die relevanten Sachverhalte zeitnah sowie gegebenenfalls ad hoc informiert.

Zusätzlich besteht eine personelle und prozessuale Trennung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach dem Vier-Augen-Prinzip.

Die versicherungsmathematische Funktion ist insbesondere für die Koordinierung, Überprüfung und Validierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zuständig. In diesem Zusammenhang hat sie einerseits die Angemessenheit der verwendeten Methoden und Basismodelle sowie der bei der Berechnung getroffenen Annahmen zu gewährleisten, andererseits ist sie für die Bewertung der Hinlänglichkeit und Qualität der verwendeten Daten in Bezug auf versicherungstechnische Rückstellungen verantwortlich. Sofern das Validierungsergebnis positiv ausfällt, erfolgt eine Freigabe der berechneten versicherungstechnischen Rückstellungen durch die versicherungsmathematische Funktion.

Des Weiteren nimmt die versicherungsmathematische Funktion eine Einschätzung und Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen vor. Die versicherungsmathematische Funktion liefert zudem einen Beitrag zur wirksamen Umsetzung des Risikomanagementsystems, insbesondere im Hinblick auf die Bewertung der versicherungstechnischen Risiken sowie eine Bestätigung der Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellung im Rahmen des ORSA-Prozesses.

Die versicherungsmathematische Funktion erstellt mindestens einmal jährlich einen schriftlichen Bericht an den Vorstand der DAV. Der Bericht dokumentiert alle von der

versicherungsmathematischen Funktion durchgeführten wesentlichen Aufgaben und deren Ergebnisse. Eventuell identifizierte Unzulänglichkeiten werden benannt und Verbesserungsvorschläge gegeben. Die versicherungsmathematische Funktion bespricht den Bericht direkt und unmittelbar mit dem Vorstand. Neben dieser regelmäßigen, jährlichen Berichterstattung besteht zudem eine Ad-hoc-Berichtspflicht an den Vorstand.

B.7. OUTSOURCING

Im Rahmen der Outsourcing-Policy (Ausgliederungsrichtlinie) werden die wesentlichen Vorgaben sowie die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen definiert, die bei der Auslagerung einer Dienstleistung (im Weiteren „Ausgliederung“ oder „Outsourcing“ genannt) zu beachten sind. Grundsätzlich wird bei den auszulagernden Tätigkeiten zwischen einer einfachen Ausgliederung und einer wichtigen Ausgliederung unterschieden.

Die in der Outsourcing-Policy genannten Bestimmungen gelten für Ausgliederungsvorhaben auf

- Tochtergesellschaften und
- externe Dienstleister.

Die ausgliedernden Unternehmen haben vertraglich sicherzustellen, dass die gesetzlichen Vorgaben des VAG in Bezug auf Ausgliederungen auch für das Dienstleistungsunternehmen und im Falle einer genehmigten Subdelegation auch für den Subdienstleister verbindlich festgeschrieben werden.

Überblick über alle kritischen Prozesse und Funktionen, die ausgelagert sind, und Begründung der Auslagerung sowie allgemeine Informationen über den Service Provider:

Art der ausgelagerten Dienstleistung	Schlüsselfunktion ja/nein	Begründung der Auslagerung	Allgemein Angaben zum Dienstleister
Interne Revision	ja	Aufgrund Konzerngedanke ist die Funktion bereits vorhanden und wird durch Muttergesellschaft wahrgenommen	ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG (EU, Bundesrepublik Deutschland)
Risikomanagement	ja	Aufgrund Konzerngedanke ist die Funktion bereits vorhanden und wird durch Muttergesellschaft wahrgenommen	ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG (EU, Bundesrepublik Deutschland)
Compliance	ja	Aufgrund Konzerngedanke ist die Funktion bereits vorhanden und wird durch Muttergesellschaft wahrgenommen	ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG (EU, Bundesrepublik Deutschland)
Versicherungs- mathematische Funktion	ja	Aufgrund Konzerngedanke ist die Funktion bereits vorhanden und wird durch Muttergesellschaft wahrgenommen	ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG (EU, Bundesrepublik Deutschland)
Kapitalanlage	nein	Notwendige technische Voraussetzungen nicht im Unternehmen vorhanden	Bayerische Landesbrand-Versicherung AG (EU, Bundesrepublik Deutschland)
IT	nein	Aufgrund Konzerngedanke ist die Funktion bereits vorhanden und wird durch Muttergesellschaft wahrgenommen	ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG (EU, Bundesrepublik Deutschland)
Finanz- und Rechnungswesen	nein	Aufgrund Konzerngedanke ist die Funktion bereits vorhanden und wird durch Muttergesellschaft wahrgenommen	ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG (EU, Bundesrepublik Deutschland)
Produkt- und Bestandmanagement	nein	Aufgrund Konzerngedanke ist die Funktion bereits vorhanden und wird durch Muttergesellschaft wahrgenommen	ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG (EU, Bundesrepublik Deutschland)
Personal	nein	Aufgrund Konzerngedanke ist die Funktion bereits vorhanden und wird durch Muttergesellschaft wahrgenommen	ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG (EU, Bundesrepublik Deutschland)
Schadenbearbeitung	nein	Aufgrund Konzerngedanke ist die Funktion bereits vorhanden und wird durch Muttergesellschaft wahrgenommen	Deutsche Assistance Service GmbH (EU, Bundesrepublik Deutschland)

Bei den o. a. Auslagerungen auf die ÖRAG (Interne Revision, Risikomanagement, Compliance, Versicherungsmathematische Funktion, IT, Finanz- und Rechnungswesen, Produkt- und Bestandsmanagement, Personal) und die DAS (Schadenbearbeitung) handelt es sich um wesentliche Auslagerungen innerhalb des ÖRAG-Konzerns.

B.8. SONSTIGE ANGABEN

Weitere zu veröffentlichende Informationen liegen nicht vor.

C. RISIKOPROFIL

C.1. VERSICHERUNGSTECHNISCHES RISIKO

Das versicherungstechnische Risiko ist das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung ergibt.

Versicherungstechnische Risiken entstehen insbesondere als Abweichung der tatsächlichen Schadenhöhe von der statistisch erwarteten Schadenhöhe infolge der Unsicherheit bezüglich Eintritt, Anzahl und Höhe der Schadenereignisse. Auch besteht die Gefahr, dass sich in der Vergangenheit ermittelte Gesetzmäßigkeiten im Zeitablauf ändern, z. B. durch unvorhersehbare Änderungen in der Rechtsprechung oder durch zyklische Änderungen.

Da die DAV ausschließlich Versicherungsgeschäft in den Geschäftsbereichen „Beistand“ und „Verschiedene finanzielle Verluste“ betreibt, ist für sie nur das nichtlebensversicherungstechnische Risiko relevant.

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Änderungen im Hinblick auf das versicherungstechnische Risiko, dem die DAV ausgesetzt ist.

C.1.1 NICHTLEBENSVERSICHERUNGSTECHNISCHES RISIKO

Das nichtlebensversicherungstechnische Risiko gibt das sich aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen ergebende Risiko in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Versicherungsgeschäfts der DAV wieder. Subrisiken, die unter dem nichtlebensversicherungstechnischen Risiko subsummiert werden können, sind das Prämien- und Rückstellungsrisiko, das Katastrophenrisiko sowie das Stornorisiko.

Für die DAV ist im Wesentlichen das Prämien- und Rückstellungsrisiko relevant, welches mehr als 99 % des gesamten nichtlebensversicherungstechnischen Risikos umfasst.

Durch die breit diversifizierte Art der Versicherungsnehmer im privaten Massengeschäft und der möglichen Leistungsarten ist das Konzentrationsrisiko ebenfalls stark begrenzt. Zudem weist der Bestand keine homogenen Gruppen auf, die im Hinblick auf Risikofaktoren eine Risikohäufung darstellen würden. Aus diesem Grund liegen für die DAV aktuell keine wesentlichen Risikokonzentrationen vor.

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung des nichtlebensversicherungstechnischen Risikos anhand der Standardformel gemäß §§ 99 ff. VAG. Für Einzelheiten zur Bewertung anhand der Standardformel wird auf Kapitel E verwiesen.

C.1.2 PRÄMIEN- UND RÜCKSTELLUNGSRISIKO

Das Prämienrisiko bezeichnet das Risiko, das aus der Unsicherheit des Eintrittszeitpunkts, der Häufigkeit und der Höhe von zukünftigen Schäden aus existierenden Policen, die noch einen ausstehenden Haftungszeitraum besitzen, sowie aus Policen, die in den kommenden zwölf Monaten abgeschlossen werden, resultiert. Das Prämienrisiko beinhaltet damit das Risiko, dass die kalkulierten Versicherungsprämien für das jeweilige Schadenjahr nicht ausreichen, um alle

künftigen aus diesem Schadenjahr resultierenden Verpflichtungen (inklusive Kosten) der entsprechenden Policen zu erfüllen. Dies betrifft somit sowohl die Schadenzahlungen im Geschäftsjahr als auch die Rückstellung, die am Ende des Geschäftsjahrs für das Schadenjahr gestellt wird.

Das angemessene Verhältnis von Prämieinnahmen und Schadenzahlungen wird durch die risikogerechte, kundenorientierte Produkt- und Tarifpolitik sowie eine gezielte ertragsorientierte Zeichnungspolitik gesichert. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können.

Risikominderungsmaßnahmen kommen bei der DAV für das Prämien- und Rückstellungsrisiko aktuell nicht zum Einsatz. Dies liegt begründet im hohen Anteil des standardisierten Privatkundengeschäfts.

Das Rückstellungsrisiko besteht darin, dass Auszahlungen für eingetretene Schäden die gebildeten Rückstellungen überschreiten können. Zur Kontrolle dieses Risikos kalkuliert die DAV die versicherungstechnischen Rückstellungen bedarfsgerecht auf Basis versicherungsmathematischer Verfahren. Die Abwicklungsergebnisse werden im Rahmen des Schadencontrollings laufend überwacht. Das Risiko aus entstandenen Schäden wird mit einem effizienten Schadenmanagement begrenzt.

Der Verlauf der Schadenquoten bestätigt sowohl die auskömmliche Tarifierung als auch die stabile Schadenentwicklung. Die hinreichende Bildung von Rückstellungen wird durch den Zyklus der Abwicklungsergebnisse verdeutlicht:

	2017	2016	2015	2014	2013	2012
	%	%	%	%	%	%
Geschäftsjahresschäden auf Basis der verdienten Beiträge (brutto)	69,4	76,8	81,7	81,4	86,4	97,5
	2017	2016	2015	2014	2013	2012
	%	%	%	%	%	%
Abwicklungsergebnisse (brutto) in % der Eingangsschadenrückstellungen	27,3	5,0	4,2	38,2	9,3	3,9

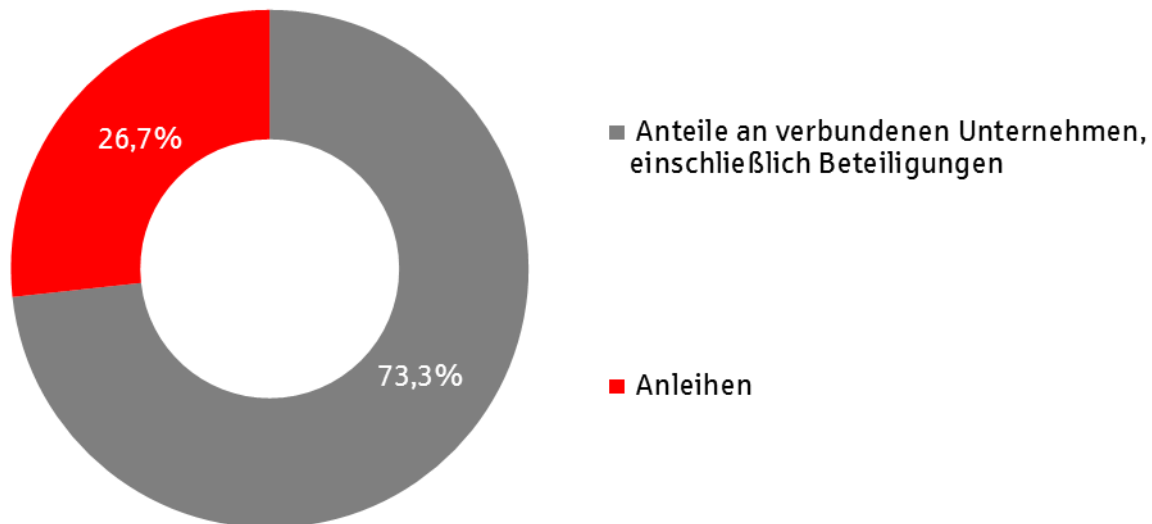
C.1.3 RISIKOSENSITIVITÄTEN/-STRESSE

Die Risikosensitivität der DAV wird jährlich mittels Szenarioanalysen und Stresstests im Hinblick auf potenziell negative Auswirkungen analysiert. Zu diesem Zweck wurden die Risiko-(Sub-) Module des versicherungstechnischen Risikos zum 31.12.2017 jeweils um 10 % erhöht und anschließend die Auswirkung auf das Gesamt-SCR (Bezugsgröße) analysiert. Die Begrifflichkeit „Gesamt-SCR“ bezieht sich in diesem Abschnitt auf die Solvabilitätskapitalanforderung vor risikomindernder Wirkung latenter Steuern. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen hat sich gezeigt, dass die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft auch unter Stressbedingungen nicht gefährdet ist, das bedeutet, dass die durch diese Stresstests eingetretene Verschlechterung der Solvabilitätsquote unwesentlich ist.

C.2. MARKTRISIKO

Das Marktrisiko ergibt sich aus der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es setzt sich aus dem Zinsänderungs-, Spread-, Aktien-, Immobilien-, Konzentrations- und dem Währungsrisiko zusammen.

Die Kapitalanlagen der DAV sind dem Marktrisiko ausgesetzt. Kapitalanlagen stellen eine bedeutende Ergebnisquelle der Gesellschaft dar und werden unter Einhaltung hoher Sicherheitsstandards und ausreichender Liquidität so angelegt, dass eine möglichst hohe Rentabilität erzielt wird. Das gebundene Vermögen beinhaltet festverzinsliche Wertpapiere und eine Beteiligung.



Die Bewertung nach Standardformel wird für alle Marktrisiken im Rahmen des ORSA auf Angemessenheit überprüft. Im Folgenden sind die für die DAV wesentlichen Risiken des Marktrisikos dargestellt.

Das **Konzentrationsrisiko** ergibt sich aus der Konzentration von Kapitalanlagebeständen beim selben Geschäftspartner. Bei der DAV ergibt es sich aus der strategischen Beteiligung an der Deutschen Assistance Service GmbH. Die Beteiligung wird zu 100 % gehalten. Zusätzlich ergibt sich ein Konzentrationsrisiko bei der Norddeutschen Landesbank. Die Norddeutsche Landesbank hat aktuell ein Rating von BBB. Durch enges Beteiligungscontrolling wird dem Konzentrationsrisiko Rechnung getragen.

Das **Aktienrisiko** betrifft alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Veränderung der Preise von Aktien, Anteilen und Rohstoffen reagieren. Es resultiert bei der DAV aus der strategischen Beteiligung der Gesellschaft. Ein externer Marktpreis für die Beteiligung der DAV existiert nicht. Bewertungsrisiken sind hier durch ein enges Beteiligungscontrolling und vorsichtige Bewertung eingegrenzt.

Das **Zinsänderungsrisiko** besteht für alle Aktiva und Passiva, deren Marktwert auf eine Änderung der risikofreien Zinsstrukturkurve reagiert. Es resultiert aus der Differenz der durchschnittlichen Duration von zinsensitiven Aktiva und Passiva und wird durch eine mit Limiten versehene Aktiv-Passiv-Steuerung sowie durch Frühwarnsysteme begrenzt. Außerdem achtet die Gesellschaft beim Management von Zinsrisiken auf eine breite Mischung und Streuung (Diversifikation) der Kapitalanlagen. Das Ziel ist die langfristige Sicherung des Kapitalanlageergebnisses. Dafür wird die Aktiv-Passiv-Steuerung permanent an aktuelle Rahmenbedingungen angepasst.

Das **Spreadrisiko** gilt für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung der Spreads reagieren. Es bezieht sich folglich auf eine verschlechterte Bonität des Emittenten oder erhöhte Risikoprämien festverzinslicher Anlagen und

damit einhergehende Wertverluste. Die DAV begrenzt dieses Risiko durch Bonitätsvorgaben. Die festverzinslichen Anlagen der DAV sind in bonitätsstarken Emittenten investiert.

Das **Marktrisiko** setzt sich im Wesentlichen aus dem Konzentrations-, Aktien- und Zinsrisiko zusammen. Der Einfluss des Konzentrationsrisikos dominiert hierbei das Risikomodul.

- Konzentrationsrisiko: Der Marktwert der strategischen Beteiligung an der Deutschen Assistance Service GmbH beträgt 11.461,4 T€. Einen weiteren, wesentlich geringeren Beitrag zum Risikoexposure leistet das Schuldscheindarlehen der Norddeutschen Landesbank in Höhe von 400,0 T€.
- Aktienrisiko: Das Aktienexposure setzt sich wie folgt aus Typ-1- und Typ-2-Aktien zusammen:

Art der Aktien	Typ 1	Typ 2
	T€	T€
Aktien	0,0	0,0
Strategische Beteiligungen	0,0	11.461,0

- Zinsrisiko: Der Marktwert der zinsensitiven Aktiva beträgt zum Stichtag 4.183,7 T€ und der zinsensitiven Passiva 1.902,3 T€. Gemessen in Einheiten der modifizierten Duration beträgt die Durationslücke -22,5 (Passivüberhang). Die hohe Durationslücke ergibt sich insbesondere durch die hohe Duration der Pensionsverpflichtungen auf der Passivseite.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Marktrisiko um 1.875,4 T€ gestiegen. Das ist insbesondere auf den Anstieg des Konzentrations- und Aktienrisikos im Jahresverlauf zurückzuführen. Ursächlich für den Anstieg der Risiken ist insbesondere der Anstieg des Marktwertes der Beteiligung, wodurch das Aktienrisiko der strategischen Beteiligung stärker gewichtet wird und das Konzentrationsrisiko deutlich erhöht wird. Gleichzeitig ergeben sich gegenläufige Effekte aus dem Rückgang des Spreadrisikos und einem höheren Diversifikationseffekt durch die bessere Risikostreuung.

Für das Konzentrationsrisiko der DAV von Bedeutung waren zum Jahresende 2017 nur die Beteiligung an der Tochtergesellschaft Deutsche Assistance Service GmbH und ein Schuldscheindarlehen der Norddeutschen Landesbank. Die übrigen Anlagen sind breit auf unterschiedliche Emittenten gestreut. Darüber hinaus wurden im Rahmen des ORSA keine anderen Konzentrationsrisiken wie geografische Konzentrationen oder Sektorkonzentrationen der im Kapitalanlagebestand gehaltenen Vermögenswerte mit wesentlichen Auswirkungen festgestellt.

Die Kapitalanforderungen können reduziert werden, wenn Techniken zur Risikominderung eingesetzt werden, also beispielsweise derivative Absicherungen von Marktrisiken. Davon macht die DAV aktuell keinen Gebrauch.

Sensitivitätsanalysen dienen dazu, die Treiber für das der Gesellschaft innewohnende Risiko zu identifizieren und zu überprüfen, wie sich geringfügige Variationen von Parametern auf die Solvabilitätskapitalanforderung auswirken. Hierbei werden die Risiko-(Sub-) Module der Standardformel sowohl qualitativ beurteilt als auch auf ihre Sensitivität quantitativ untersucht.

Zu diesem Zweck wurden die Risiko-(Sub-) Module des Marktrisikos zum 31.12.2017 jeweils um 10 % erhöht und anschließend die prozentuale Auswirkung auf das Gesamt-SCR (Bezugsgröße) analysiert. Die Begrifflichkeit „Gesamt-SCR“ bezieht sich in diesem Abschnitt auf die Solvabilitätskapitalanforderung vor risikomindernder Wirkung latenter Steuern.

Es zeigt sich, dass ein Anstieg des Marktrisikos die größten Auswirkungen auf das Gesamt-SCR hat (ca. 7,4 %). Das liegt insbesondere an seiner Dominanz der Risiken (mit Abstand größtes Risiko der DAV) und dem Diversifikationseffekt im und zwischen den Risiko-(Sub-) Modulen. Von den Marktrisiken haben nur Veränderungen des Konzentrations- und Aktienrisikos eine Auswirkung auf das Gesamt-SCR von > 0,1 %.

Hauptzweck der Kapitalanlagetätigkeit der DAV ist es, die jederzeitige Erfüllbarkeit der Versicherungsverpflichtungen sicherzustellen und zum Gewinn sowie zur Ausschüttung an Aktionäre beizutragen. Zwar bestehen sehr große Risikosensitivitäten des Marktrisikos und seiner Subrisiken, jedoch liegt das praktisch ausschließlich an der strategischen Beteiligung an der Tochtergesellschaft DAS, die alleine 73,3 % des Kapitalanlagebestandes ausmacht. Die restliche Anlage hat ein sehr geringes Volumen und ist sehr risikoarm angelegt. Daher besteht bei der Festlegung der Kapitalanlagestrategie kaum Handlungsspielraum, der im Rahmen der Analysen zur Strategischen Asset Allocation beleuchtet wird und in die Entscheidungsfindung mit einfließt. Da kein Immobilien- und Währungsrisiko besteht, liegt der Schwerpunkt der Risikobetrachtungen auf dem Umgang mit dem Konzentrations- und Aktienrisiko sowie dem Zinsänderungs- und Spreadrisiko.

Auf Basis der Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen werden anschließend im Rahmen von Szenarioanalysen Auswirkungen auf Eigenmittel, SCR und Bedeckung ermittelt.

Die Ergebnisse des ORSA legen nahe, dass der ökonomische Kapitalbedarf für Konzentrationsrisiken niedriger ist als in der tendenziell konservativen Quantifizierung mithilfe der Standardformel. Zwar besitzt die Tochtergesellschaft DAS kein externes Rating, jedoch erscheint die in der Standardformel für diesen Fall vorgeschriebene relativ hohe Ausfallwahrscheinlichkeit unangemessen hoch, da es sich bei der DAS GmbH um eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der DAV mit einem nachhaltigen Geschäftsmodell handelt und zwischen den Unternehmen ein Gewinnabführungs- und Verlustübernahmevertrag besteht. Eine Verschlechterung der Kapitalausstattung der DAS ist sehr unwahrscheinlich, solange die Solvabilität der DAV gewährleistet ist.

Dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht folgend, waltet stets Vorsicht in allen Prozessen, mittels derer die Anlagestrategien entwickelt, entschieden, umgesetzt und überwacht werden, und zwar in Anbetracht der Zwecke, für die das Vermögen verwaltet wird, sowie der Ergebnisse. Um sicherzustellen, dass das Unternehmen über ausreichende Umsicht und Kompetenz für die ihm obliegende Vermögensverwaltung verfügt, wird für eine angemessene Ressourcenausstattung und laufende unabhängige Kontrollen der Anlagetätigkeit durch die mit dieser Aufgabe betrauten Mitarbeiter gesorgt.

Das Anlageuniversum ist bei der DAV begrenzt auf die Märkte des Euroraums. Neben der strategischen Beteiligung wird nur in Rententitel von bonitätsstarken Emittenten investiert (Investment Grade Rating, überwiegend Pfandbriefe). Das begrenzt das Risiko stark.

Die Verwendung derivativer Finanzinstrumente ist nur zulässig, sofern diese zur Risikoverringerung oder zur Erleichterung einer effizienten Portfolioverwaltung beitragen. Bei der DAV kommen keine derivativen Finanzinstrumente zum Einsatz. Anlagen und Vermögenswerte, die nicht zum Handel an einem geregelten Finanzmarkt zugelassen sind, werden auf einem niedrigen Niveau gehalten. Generell werden Anlagen in angemessener Weise gemischt und gestreut, sodass eine übermäßige Risikokonzentration vermieden wird. Die Konzentration durch die Beteiligung an der DAS bildet hier als strategische Beteiligung eine Ausnahme. Durch die enge Verknüpfung der Geschäftsmodelle ist sichergestellt, dass die Konzentration sich nicht nachteilig auf das Gesamtportfolio auswirkt.

Die DAV hat das Anlagemanagement an die Bayerische Landesbrandversicherung AG (ein Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer) ausgegliedert.

C.3. KREDITRISIKO

Das Kreditrisiko tritt in Form von Gegenparteiausfallrisiken, Spreadrisiken oder Konzentrationsrisiken auf.

Das Kreditrisiko beschreibt die Gefahr aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern der passiven Rückversicherung, Zedenten der aktiven Rückversicherung, gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern sowie sonstigen Schuldern. Auch Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Kreditinstituten, im Zusammenhang mit den dort gehaltenen liquiden Mitteln, sind Teil des Ausfallrisikos, soweit diese nicht bereits im Spreadrisiko Berücksichtigung finden. Da sowohl das Spreadrisiko als auch das Konzentrationsrisiko bereits im Marktrisiko behandelt werden, beschränken sich die nachfolgenden Ausführungen auf das Ausfallrisiko. Es umfasst alle sonstigen Kreditrisiken, die nicht vom Spreadrisiko und Konzentrationsrisiko abgedeckt werden.

Die Bewertung des Kreditrisikos und der einzelnen Risikosubmodule ist zum einen Gegenstand der qualitativen Risikoanalyse. Zum anderen erfolgt die Bewertung über die Quantifizierung von Risikokapitalbedarf im Rahmen der Bestimmung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätskapitalanforderungen mithilfe der Standardformel sowie der Bestimmung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs.

Die Kapitalanforderung für das Ausfallrisiko berechnet sich aus den gesamten erwarteten Verlusten bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) und der Standardabweichung der Verlustverteilung der Risikoexponierungen. Der LGD ist generell definiert als der Verlust an Basiseigenmitteln, den das Unternehmen beim Ausfall einer Gegenpartei zu erwarten hat.

Das Ausfallrisiko resultiert insbesondere aus Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und dem stichtagsbezogenen hohen Bankguthaben. Es wurden in 2017 keine Wertpapierleihe- oder Wertpapierpensionsgeschäfte abgeschlossen.

Das Ausfallrisiko wird zunächst getrennt für Typ 1 und Typ 2 mithilfe der Standardformel in Risikosubmodulen berechnet und anschließend unter Berücksichtigung eines Diversifikationseffekts aggregiert. Diese Bewertung wird im Rahmen des ORSA kritisch hinterfragt.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Ausfallrisiko um 118,6 T€ gesunken. Diese Veränderung resultiert insbesondere aus den niedrigeren Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und weiteren Typ-1-Forderungen wie z. B. Forderungen

aus Dienstleistungsverträgen. Zwar fällt das Exposure an Bankguthaben zum Jahresende deutlich höher als im Vorjahr aus, auf das Ausfallrisiko hat das aber kaum Auswirkungen.

Es existieren derzeit im Ausfallrisiko keine Risikokonzentrationen mit wesentlichen Auswirkungen.

Insgesamt werden Ausfallrisiken im Portfolio durch die Auswahl bonitätsstarker Gegenparteien gesteuert. So sind insgesamt entstehende Risiken stark begrenzt.

Sensitivitätsanalysen dienen dazu, die Treiber für das der Gesellschaft innewohnende Risiko zu identifizieren und zu überprüfen, wie sich geringfügige Variationen von Parametern auf die Solvabilitätskapitalanforderung auswirken. Hierbei werden die Risiko-(Sub-) Module der Standardformel sowohl qualitativ beurteilt als auch auf ihre Sensitivität quantitativ untersucht.

Zu diesem Zweck wurden die Risiko-(Sub-) Module des Ausfallrisikos zum 31.12.2017 jeweils um 10 % erhöht und anschließend die prozentuale Auswirkung auf das Gesamt-SCR (Bezugsgröße) analysiert. Die Begrifflichkeit „Gesamt-SCR“ bezieht sich in diesem Abschnitt auf die Solvabilitätskapitalanforderung vor risikomindernder Wirkung latenter Steuern.

Es zeigt sich, dass ein Anstieg des Ausfallrisikos größere Auswirkungen auf das Gesamt-SCR hat (ca. 1,2 %). Das liegt insbesondere an seiner für die DAV nicht unbedeutenden Höhe und dem Diversifikationseffekt im und zwischen den Risiko-(Sub-) Modulen. Von den Ausfallrisiken haben nur Veränderungen des Risikos aus Typ-1-Exponierungen eine Auswirkung auf das Gesamt-SCR von > 0,1 %.

Auf Basis der Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen werden anschließend im Rahmen von Szenarioanalysen Auswirkungen auf Eigenmittel, SCR und Bedeckung ermittelt.

Das Ausfallrisiko bzw. die einzelnen Exponierungen werden in den zugrunde liegenden Prozessen Kapitalanlagestrategie, Liquiditätsmanagement, Debitorenbuchhaltung und Zahlungsverkehr berücksichtigt und gesteuert.

Die Ergebnisse des ORSA legen nahe, dass das Ausfallrisiko gegenüber der DAS tendenziell überschätzt wird (siehe Ausführungen in Kapitel C.1.). Ein Vorgehen analog zum Konzentrationsrisiko erscheint hierbei angemessener.

C.4. LIQUIDITÄTSRISIKO

Ein Liquiditätsrisiko bezeichnet die Unsicherheit in Bezug auf die Fälligkeit und die Höhe von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Rückversicherern im Hinblick auf eine Diskrepanz zwischen Geldeingängen und Geldausgängen. Die Unsicherheit bzgl. der Liquidierbarkeit von Kapitalanlagen, beispielsweise durch temporäre Verwerfungen am Kapitalmarkt, kennzeichnet einen weiteren wesentlichen Einflussfaktor.

Die Bewertung des Liquiditätsrisikos ist ein Gegenstand der qualitativen Risikoanalyse.

Das Liquiditätsrisiko wird in der SCR-Berechnung nach der Standardformel nicht explizit abgedeckt, sondern im Rahmen der Risikoinventur identifiziert. Da ein hoher Bestand an Wertpapieren vorzeitig liquidiert werden kann, wird das Liquiditätsrisiko von der DAV als unwesentlich eingestuft. Das Risiko wird laufend überwacht und auf monatlicher Basis detailliert analysiert und im Rahmen der

Risikoinventur bewertet, sodass darüber hinaus keine weiteren Maßnahmen erforderlich sind.

Im Geschäftsjahr 2017 verteilt sich die Kapitalanlage folgendermaßen auf einzelne Liquiditätsklassen:

Liquiditätskategorie	Marktwert
	T€
Liquiditätskategorie 1	3.294,0
Liquiditätskategorie 2	2.016,0
Liquiditätskategorie 3	1.921,0
Liquiditätskategorie 4	222,0
Liquiditätskategorie 5	0,0
Liquiditätskategorie 6	11.769,0
Gesamt	19.222,0

Die Ausprägung „1“ steht für sehr geldnahe und „6“ für geldferne Kapitalanlagen.

Dabei entsprechen die Liquiditätskategorien 1 und 2 Anlagen in Overnight, Termingelder und Bankkonten sowie börsennotierte Inhaberschuldverschreibungen (ex Inhabergenußscheine), notierte Aktien, notierte Bezugsrechte auf Aktien und weisen damit die höchste Liquidität auf.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Liquiditätsstruktur verbessert. So hat sich z. B. die Höhe der Liquidität in den Kategorien 1 und 2 um 3.715,0 T€ erhöht. Das Liquiditätsniveau ist damit sehr hoch.

Im Rahmen des ORSA wurden im Liquiditätsrisiko keine Risikokonzentrationen mit wesentlichen Auswirkungen festgestellt. Die Liquidität wird bei der Landesbank Hessen-Thüringen vorgehalten. Bei der Landesbank Hessen-Thüringen handelt es sich um ein bonitätsstarkes Institut. Das Risiko des Ausfalls der Gegenpartei wird im Rahmen des Ausfallrisikomoduls betrachtet.

Da eine Kapitalanforderung zur Deckung des Liquiditätsrisikos ineffizient wäre, wird das Risiko durch eine explizite Liquiditätsmanagementpolitik im Risikomanagementsystem abgedeckt. Im Rahmen des Liquiditätsmanagements werden unter anderem die erwarteten Ein- und Auszahlungen bis zu den betrachteten Stichtagen ermittelt und miteinander verglichen (Analyse von möglichen Liquiditätslücken). Diese Zahlungsströme resultieren z. B. aus der Kapitalanlagetätigkeit, dem Erstversicherungsgeschäft sowie dem aktiven Rückversicherungsgeschäft.

Die monatlichen Zuflüsse sind in der Regel höher als die Abflüsse. Fällige Wertpapiere der Kapitalanlagen werden in der Regel neu angelegt und können außerdem zur Überbrückung eines Liquiditätsengpasses verwendet werden.

Es werden keine Sensitivitäts- und Stresstestsanalysen durchgeführt, da das Risiko für die DAV als unwesentlich erachtet wird.

Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt über eine genaue Liquiditätsplanung, das Vorhalten einer Liquiditätsreserve im Kassenbestand, die Sicherstellung ausreichender Fungibilität der Anlagen sowie der Vorgabe einer Mindest-Liquidität im Kapitalanlage-Limitsystem.

C.5. OPERATIONELLES RISIKO

Operationelle Risiken sind Risiken aus der Gefahr von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern, Systemen oder durch externe Ereignisse. Das operationelle Risiko wird maßgeblich durch den Umfang der Geschäftsaktivität sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems bestimmt.

Die Bewertung der operationellen Risiken ist neben der faktorbasierten Berechnung in der Standardformel vornehmlich Gegenstand des Risikoinventurprozesses. Dabei ist anzumerken, dass das operationelle Risiko in der Standardformel tendenziell konservativ berechnet wird, insbesondere hinsichtlich der Annahme der Unkorreliertheit mit anderen Risiken. Bei der Risikoinventur werden operationelle Risiken teilweise auch in den anderen Risikoarten mit berücksichtigt. Aufgrund des Mangels an verfügbaren Informationen wird eine Einschätzung des 200-Jahr-Ereignisses im Rahmen von Interviews der Risk Owner auf Basis mathematischer Methoden mithilfe von Expertenschätzungen der Schadenhöhe und Schadenhäufigkeit quantitativ bestimmt.

Die Kapitalanforderung für das operationelle Risiko wird gemäß der Standardformel mit einer linearen Formel berechnet, die als Eingangsdaten die verdienten Bruttoprämien und den besten Bruttoschätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen erfordert.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das operationelle Risiko um 14,5 T€ gestiegen. Das ist auf den Anstieg der Kapitalanforderung für verdiente Bruttoprämien zurückzuführen.

Im Rahmen des ORSA wurden im operationellen Risiko keine Risikokonzentrationen mit wesentlichen Auswirkungen festgestellt.

Das operationelle Risiko wird durch das Risikomanagement begrenzt. Im Rahmen der Risikoinventur werden operationelle Risiken regelmäßig betrachtet. Die operativen Bereiche geben bei risikorelevanten Sachverhalten Ad-hoc-Risikomeldungen ab. Außerdem werden alle wesentlichen Prozesse im Unternehmen mithilfe des Internen Kontrollsystems überwacht.

Im Rahmen der Risikoinventur für operationelle Risiken wird auf Basis der Expertenschätzungen von „hypothetischen“ Szenarien (die beiden Fälle „Durchschnitt“ und „Maximum“) eine Bewertung und Quantifizierung vorgenommen; bei der Szenarienbildung werden Erfahrungswerte – soweit möglich – miteinbezogen.

Die Ergebnisse der Risikoinventur legen nahe, dass der ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken ggf. etwas höher ist als in der Quantifizierung mithilfe der Standardformel, da es sich um ein kleines Versicherungsunternehmen handelt, welches sich noch im Wachstum befindet und bisher geringe Prämieinnahmen zu verzeichnen hat.

C.6. ANDERE WESENTLICHE RISIKEN

Im Rahmen des ORSA-Prozesses wurde die Angemessenheit und Vollständigkeit der Standardformel untersucht. Dabei wurden neben den oben genannten Risiken auch Reputations- und strategische Risiken im Allgemeinen sowie Risiken aus Pensionsverpflichtungen, Risiken des Rechtsumfeldes und Ansteckungsrisiken im Besonderen unter Berücksichtigung aktueller Risikoereignisse betrachtet (Risiken außerhalb der Standardformel und deren Management).

Aus der Beurteilung der Angemessenheit der Standardformel, der Wesentlichkeit zusätzlicher Risiken sowie des Governance- und Risikomanagementsystems ergeben sich folgende Unterschiede für die unternehmensindividuelle Einschätzung des Risikoprofils:

Ähnlich wie bei den operationellen Risiken wurde bei der diesjährigen Risikoinventur ein Hauptaugenmerk auf die Identifikation und Bewertung von **strategischen Risiken** (im Sinne einer Selbsteinschätzung) gelegt. Die Ergebnisse der Risikoinventur legen nahe, dass strategische Risiken das Risikoprofil der DAV in der unternehmensinternen Betrachtung wesentlich beeinflussen. Darüber hinaus hat der ORSA-Prozess gezeigt, dass **Risiken aus Pensionsverpflichtungen** nicht nur aus der Sensitivität der Pensionszusagen gegenüber Zinsänderungen (Zinsänderungsrisiko) resultieren, sondern darüber hinaus einem wesentlichen versicherungstechnischen „Langlebigkeitsrisiko“ unterworfen sind. Darüber hinaus wird das aus der Beteiligung an der DAS resultierende **Konzentrations- und Ausfallrisiko** deutlich überschätzt, weil aufgrund eines nicht vorhandenen externen Ratings die Ausfallwahrscheinlichkeit der DAS wesentlich zu hoch bewertet wird. Aufgrund eines bestehenden Gewinnabführungs- und Verlustübernahmevertrags ist eine Verschlechterung der Kapitalausstattung der DAS sehr unwahrscheinlich, solange die Solvabilität der DAV gewährleistet ist.

C.7. SONSTIGE ANGABEN

Weitere zu veröffentlichende Informationen liegen nicht vor.

D. BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Dieses Kapitel enthält Informationen zu den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten entsprechend der Solvabilitätsübersicht für Solvency II sowie der handelsrechtlichen Bilanz (HGB).

Die Aufstellung der Solvabilitätsübersicht erfordert eine Bewertung der Bilanzpositionen zu Marktwerten, d. h., für sämtliche Aktiva und Passiva ist eine marktkonsistente Bewertung vorzunehmen.

Vermögenswerte sind dabei mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten. Dies umfasst auch die Berücksichtigung einer möglichen Anpassung aufgrund der Ausfallwahrscheinlichkeit der Gegenpartei im Rahmen der Bewertung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten.

Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten wird keine Berichtigung zwecks Berücksichtigung der Bonität des Versicherungsunternehmens vorgenommen.

Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden basierend auf der Annahme der Unternehmensfortführung bewertet.

Die Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die keine versicherungstechnischen Rückstellungen sind, folgt grundsätzlich dem folgenden Ansatz:

- Ansatz und Bewertung erfolgen nach IFRS, insofern IFRS mit einer marktkonsistenten Bewertung im Sinne von Solvency II konsistent ist
- Anwendung einer alternativen Bewertungsmethode, falls der IFRS-Ansatz temporär oder permanent nicht konsistent zu den Solvency-II-Grundsätzen ist
- Separate Bewertung einzelner Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die ermittelten Zeitwerte folgen einer bestimmten Hierarchie. Die Einteilung erfolgt in drei Stufen. Die einzelnen Stufen unterscheiden sich danach, in welchem Umfang am Markt beobachtbare Inputfaktoren für die Ermittlung von Zeitwerten verwendet werden:

- Stufe 1 (Mark to market):

Bewertung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind.

- Stufe 2 (Mark to market):

Bewertung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind und Berichtigungen bei auftretenden Unterschieden.

- Stufe 3 (Mark to model):

Bewertung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten anhand von alternativen Bewertungsmethoden unter Verwendung von an aktiven Märkten beobachtbaren Inputfaktoren, soweit verfügbar.

Dem Grunde nach bestimmt die DAV den beizulegenden Zeitwert (Fair Value) von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten gemäß den Regelungen des IFRS 13 zur Fair-Value-Bewertung, sofern nicht ein anderer Standard Bewertungen oder Angaben zum beizulegenden Zeitwert vorschreibt oder gestattet.

Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem aktuellen Betrag, den ein Versicherungsunternehmen zahlen müsste, wenn die Versicherungsverpflichtungen unverzüglich auf ein anderes Versicherungsunternehmen übertragen würden.

Die Unterschiede zwischen der handelsrechtlichen Bilanz und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht begründen sich zum einen durch ausweistechnische Unterschiede und zum anderen durch Bewertungsunterschiede. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der Bewertung der Anlagen und der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie die Bewertung von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherung.

In den folgenden Abschnitten werden die Bewertungsmethoden und -ergebnisse hinsichtlich der Solvabilitätsübersicht sowie die wesentlichen Unterschiede zur handelsrechtlichen Bilanzierung, unterteilt nach Vermögenswerten, versicherungstechnischen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten, detailliert dargestellt.

Die HGB-Vergleichsspalte beinhaltet die HGB-Werte in der nach Solvency-II-Vorgaben umgegliederten Bilanzstruktur.

D.1. VERMÖGENSWERTE

Die nachfolgende Tabelle gibt zunächst einen gesamthaften Überblick über die wesentlichen Vermögenswerte der DAV und deren Bewertungsansatz gemäß Solvency II:

Vermögenswerte	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Latente Steueransprüche		373,0	0,0	373,0
Anlagen	Mark to market/ Mark to model	15.645,1	8.759,2	6.885,9
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	Mark to model	11.461,4	4.627,2	6.834,2
Anleihen	Mark to market/ Mark to model	4.183,7	4.132,0	51,7
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	Mark to model	411,3	411,3	0,0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	Mark to model	3.159,8	3.159,8	0,0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	Mark to market	3.293,7	3.293,7	0,0

Zum Stichtag befinden sich bei der DAV keine Vermögenswerte im Bestand, welche der Stufe 2 zugeordnet werden. Von den Anleihen, welche ca. 18,3 % der gesamten Bilanzsumme der Solvabilitätsübersicht ausmachen, werden die Staatsanleihen ausschließlich nach Stufe 1 bewertet. Auch bei den Unternehmensanleihen wird ein bedeutender Teil nach Stufe 1 bewertet. Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, handelt es sich um Beteiligungen, die nicht am Markt notiert sind. Da somit keine Börsenkurse verfügbar sind, erfolgt die Bewertung nach Stufe 3.

D.1.1 LATENTE STEUERANSPRÜCHE

Vermögenswert	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Latente Steueransprüche		373,0	0,0	373,0

Latente Steuern gemäß Solvency II resultieren aus temporären Differenzen zwischen den ökonomischen Werten der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht und den entsprechenden Werten gemäß der Steuerbilanz. Die Ermittlungsmethode für die latenten Steuern entspricht dabei grundsätzlich den Vorschriften des IAS 12, wonach latente Steuern aufgrund der zeitlich begrenzten Unterschiede zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht nach Solvency II und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften gebildet werden.

Zur Ermittlung der latenten Steuern wird ein einzelpositionsbezogener Abgleich zwischen den Wertansätzen gemäß Solvency II und Steuerrecht vorgenommen und die resultierenden Differenzen werden mit ihrem individuellen Steuersatz nach dem jeweils geltenden Steuerregime belegt. Für die Berechnung der latenten Steuern setzt die DAV grundsätzlich einen Ertragssteuersatz von 31,33 % an, wobei der verwendete Steuersatz der jeweiligen Position so gewählt ist, dass er dem bei der Realisierung erwarteten Steuersatz entspricht. Demnach handelt es sich bei den latenten Steuern um fiktive Steuern, die keine Diskontierung benötigen.

Es wird unterschieden zwischen aktiven und passiven Steuerlatenzen. Für detaillierte Informationen zu den passiven latenten Steuern der DAV wird auf den Abschnitt D.3.3 zu latenten Steuerschulden verwiesen.

Aktive latente Steuern entstehen, wenn in der Solvabilitätsübersicht entweder Vermögenswerte geringer oder Verbindlichkeiten höher bewertet werden als in der Steuerbilanz. Darüber hinaus werden für steuerliche Verlustvorträge aktive Steuerlatenzen angesetzt, wenn deren zukünftige Nutzbarkeit nach Maßgabe von Planungsrechnungen wahrscheinlich ist. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen ist zu jedem Bilanzstichtag zu überprüfen.

Die latenten Steueransprüche der DAV resultieren im Wesentlichen aus den Unterschiedsbeträgen bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie bei den Pensionsrückstellungen.

Unter HGB wird von dem Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

D.1.2 ANLAGEN (AUSSER VERMÖGENSWERTE FÜR INDEXGEBUNDENE UND FONDSGEBUNDENE VERTRÄGE)

Grundlegende Unterschiede in der Darstellung der Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den regulatorischen Anforderungen gemäß Solvency II bestehen insbesondere im Hinblick auf die Bewertungsmethodik in den Folgeperioden nach Anschaffung und die geforderte Gliederung. Für die Zwecke des SFCR ist die Gliederung gemäß Solvency II als maßgebend anzusehen.

Entsprechend den regulatorischen Anforderungen gemäß Solvency II werden Anlagen mit ihren Marktwerten in Ansatz gebracht. Grundsätzlich werden Anlagen, die auf einem aktiven Markt gehandelt werden, entsprechend den zum Bilanzstichtag an den Finanzmärkten notierten Preisen bewertet. Außerbörslich gehandelte Wertpapiere werden anhand der an den Finanzmärkten allgemein anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Grundlage für die Zugangs- und Folgebewertung von Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften bilden die gesetzlichen Vorschriften gemäß § 253 des Handelsgesetzbuches (HGB).

Diesen Vorschriften folgend werden Anlagen in Folgeperioden entsprechend zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zu beizulegenden Werten bewertet, wobei die historischen Anschaffungskosten die jeweilige Obergrenze bei der Folgebewertung bilden. Die Erfassung von möglichen Wertminderungen entspricht den Vorschriften § 253 Absatz 3 und 4 HGB. Niedrigere Wertansätze aus der Vergangenheit werden den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten gemäß § 253 Absatz 5 HGB zugeschrieben, sofern die Gründe für vorgenommene Wertminderungen nicht mehr existieren.

Weiterführende Angaben zu den wesentlichen Anlagen der DAV, deren Bewertungsmethoden sowie weiteren quantitativen und qualitativen Unterschieden zwischen den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den Anforderungen gemäß Solvency II werden in den nachfolgenden Kapiteln dargestellt.

D.1.2.1 Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Vermögenswert	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		TE	TE	TE
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	Mark to model	11.461,4	4.627,2	6.834,2

Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen im Sinne von Solvency II resultieren durch ein unmittelbares oder mittelbares Halten von Anteilen oder im Wege der Kontrolle (beherrschender Einfluss) von mehr als 20 % der Stimmrechte/des Kapitals an einem anderen Unternehmen.

Die DAV hält ausschließlich Beteiligungen, die nicht am Markt notiert sind.

Da für nicht notierte Beteiligungen keine Marktpreise verfügbar sind, wird für die Bewertung von Beteiligungen auf alternative Bewertungsmethoden in Abhängigkeit der Beteiligungsart zurückgegriffen.

Verbundene Unternehmen, bei denen es sich um Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen handelt, werden grundsätzlich nach der angepassten Equity Methode bewertet.

Sonstige Beteiligungen werden vereinfachend mit dem Ertragswertverfahren, höchstens mit ihrem voraussichtlich realisierbaren Wert bewertet.

Die Bewertungsunterschiede zwischen der Solvabilitätsübersicht und dem handelsrechtlichen Abschluss resultieren daraus, dass nach handelsrechtlichen Vorschriften das Anschaffungskostenprinzip den zentralen Bewertungsmaßstab darstellt. Dieses verbietet die Bewertung zu einem die ursprünglichen Anschaffungskosten übersteigenden Marktwert.

Bei der DAV werden Anlagen in Beteiligungen handelsrechtlich nach dem Ertragswertverfahren, höchstens mit ihrem voraussichtlich realisierbaren Wert unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht bewertet.

D.1.2.2 Anleihen

Vermögenswert	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Anleihen	Mark to market/ Mark to model	4.183,7	4.132,0	51,7
Staatsanleihen	Mark to market/ Mark to model	390,7	394,0	-3,3
Unternehmensanleihen	Mark to market/ Mark to model	3.793,0	3.738,0	55,0

Die DAV besitzt in der Direktanlage zum Bewertungsstichtag nur Anleihen, welche unter die Kategorie Staatsanleihen oder Unternehmensanleihen fallen. Neben den Inhaberschuldverschreibungen werden auch Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen zu dieser Kategorie gezählt.

Staatsanleihen und Unternehmensanleihen werden mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Sofern kein Börsenkurs vorhanden ist, wird mit der Barwertmethode bewertet. Basis ist die aktuelle Swap-Kurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und emittentenabhängigen Bonitäts- und Liquiditätsspreads. Die Bewertung erfolgt inklusive Stückzinsen.

Die Bewertungsunterschiede resultieren daraus, dass nach handelsrechtlichen Vorschriften das Anschaffungskostenprinzip den zentralen Bewertungsmaßstab darstellt. Dieses verbietet die Bewertung zu einem die ursprünglichen Anschaffungskosten übersteigenden Marktwert.

Nach HGB kann auf einen Wertansatz unter Buchwert verzichtet werden, sofern keine dauerhafte Wertminderung vorliegt und die für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften angewendet werden.

D.1.3 FORDERUNGEN GEGENÜBER VERSICHERUNGEN UND VERMITTLERN

Vermögenswert	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	Mark to model	411,3	411,3	0,0

Die Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern enthalten die fälligen Forderungen gegen Versicherungsnehmer, Versicherungsvermittler sowie andere Versicherungsunternehmen.

Der Wertansatz in der Solvabilitätsübersicht folgt hier im Wesentlichen dem handelsrechtlichen Wertansatz. Die fälligen Beträge sind mit dem Nominalwert

angesetzt. Da es sich bei den Forderungen um kurzfristige Außenstände und zahlungsnahe Positionen handelt, wird keine Diskontierung vorgenommen.

Die Pauschalwertberichtigung unter HGB entspricht im Wesentlichen dem Ausfallrisiko der Gegenpartei unter Solvency II.

Insgesamt liegen für diese Position zum Bewertungsstichtag keine Unterschiede in der Bewertung zwischen Solvency II und handelsrechtlicher Bewertung vor.

D.1.4 FORDERUNGEN (HANDEL, NICHT VERSICHERUNG)

Vermögenswert	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	Mark to model	3.159,8	3.159,8	0,0

Diese Position umfasst die fälligen Beträge aus Forderungen gegenüber Geschäftspartnern, Mitarbeitern und der öffentlichen Hand.

Der Wertansatz in der Solvabilitätsübersicht folgt dem handelsrechtlichen Wertansatz. Die fälligen Beträge sind mit dem Nominalwert ausgewiesen. Da das Kontrahentenrisiko als nicht wesentlich angesehen wird, beinhalten diese kurzfristigen Forderungen keine weitergehenden Abschläge für Forderungsausfälle.

Diese Forderungen sind auch in der Solvabilitätsübersicht undiskontiert angesetzt, da es sich hierbei um kurzfristige Außenstände und zahlungsnahe Positionen handelt.

Insgesamt liegen für diese Position zum Bewertungsstichtag keine Unterschiede in der Bewertung zwischen Solvency II und handelsrechtlicher Bewertung vor.

D.1.5 ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE

Vermögenswert	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	Mark to market	3.293,7	3.293,7	0,0

Die Position „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ fasst die Zahlungsmittel zur Erfüllung kurzfristiger Zahlungsverpflichtungen zusammen. Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position zum Zeitwert nach den Regelungen der IFRS, d. h., es werden sogenannte „Cash and Cash Equivalents“ im Sinne der in IAS 7 gegebenen Definition erfasst. Unter diesem Posten werden Bank- und Kassenguthaben ausgewiesen.

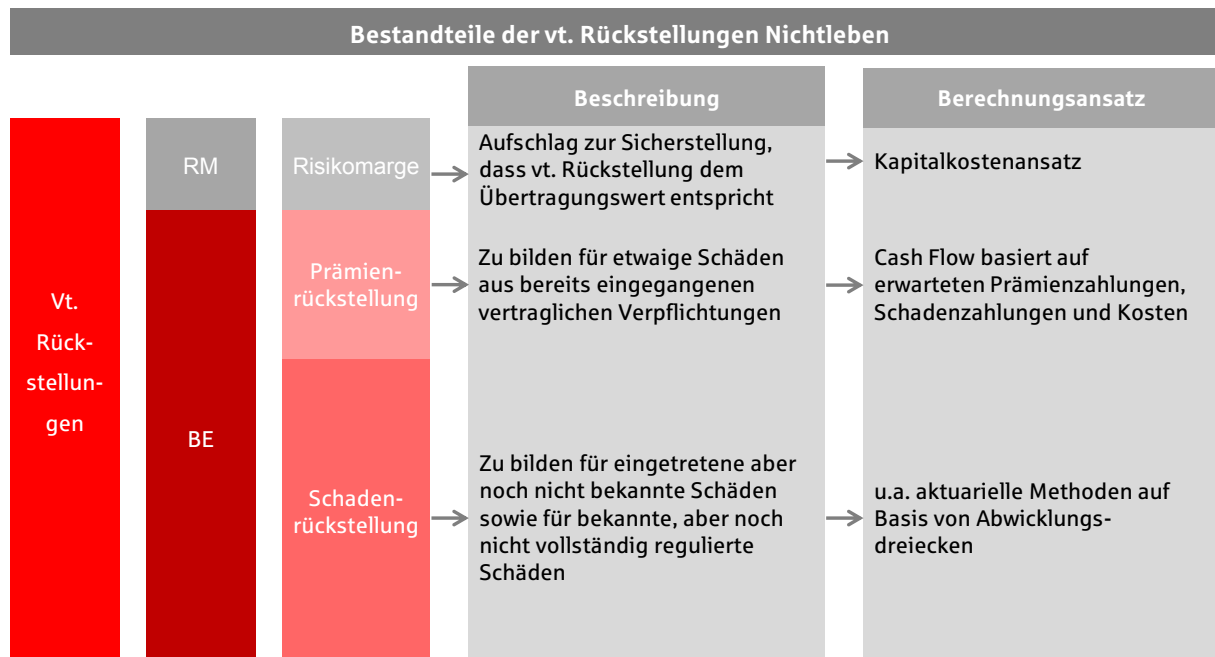
Insgesamt liegen für diese Position zum Bewertungsstichtag keine Unterschiede in der Bewertung zwischen Solvency II und handelsrechtlicher Bewertung vor.

D.2. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

Die DAV betreibt Geschäft in den Solvency-II-Geschäftsbereichen „Beistand“ sowie „Verschiedene finanzielle Verluste“.

Die versicherungstechnischen (vt.) Rückstellungen werden auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise berechnet. Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II entspricht dem

aktuellen Betrag, den ein Versicherungsunternehmen (VU) zahlen müsste, wenn die Versicherungsverpflichtungen unverzüglich auf ein anderes VU übertragen würden. Die bei der Berechnung verwendeten Daten sind vollständig, exakt und angemessen im Sinne des Artikel 19 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 und 2016/467. Die versicherungstechnischen Rückstellungen, welche sich als Summe der Schaden- und Prämienrückstellung ermitteln, sind dabei auf Basis des besten Schätzwerts der Verpflichtungen (BE) zuzüglich einer Risikomarge (RM) berechnet, was sich folgendermaßen veranschaulichen lässt:



Der beste Schätzwert entspricht dem wahrscheinlichkeitsgewichteten Durchschnitt künftiger Zahlungsströme unter Berücksichtigung des Zeitwerts des Geldes (erwarteter Barwert künftiger Zahlungsströme) und unter Verwendung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve. Der beste Schätzwert wird brutto, d. h. ohne Abzug der aus Rückversicherungsverträgen und von Zweckgesellschaften einforderbaren Beträge, berechnet, wobei die DAV im Geschäftsjahr 2017 keinen passiven Rückversicherungsschutz in Anspruch nimmt und daher keine einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen vorhanden sind. Die Risikomarge stellt den Preis für die Kapitalkosten bzw. die Risikoübernahme dar. In der Nichtlebensversicherung setzt sich der beste Schätzwert aus zwei Bestandteilen zusammen:

- Schadenrückstellung für bereits eingetretene, jedoch nicht bekannte oder nicht vollständig regulierte Schäden
- Prämienrückstellung für etwaige Schäden aus bereits eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen

Hierbei werden sämtliche ein- sowie ausgehenden Zahlungsströme berücksichtigt, beispielsweise Prämien, Schadenzahlungen und Schadenregulierungskosten im Rahmen der Vertragsgrenzen.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt bei der DAV ohne die genehmigungspflichtigen Instrumente der Übergangsmaßnahmen (nach §§ 351 und 352 VAG) und ohne Volatilitätsanpassung (nach § 82 VAG).

Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzen sich zum Stichtag 31.12.2017 wie folgt zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
	T€	T€	T€
Nichtlebensversicherungsverpflichtungen - Beistand	592,5	529,4	63,1
Bester Schätzwert der versicherungstechnischen Bruttoreückstellung	453,3		
Risikomarge	139,2		
Nichtlebensversicherungsverpflichtungen - Verschiedene finanzielle Verluste	263,8	217,4	46,3
Bester Schätzwert der versicherungstechnischen Bruttoreückstellung	154,6		
Risikomarge	109,2		
Versicherungstechnische Rückstellungen Gesamt	856,2	746,9	109,4

Es liegen keine Änderungen der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegten relevanten Annahmen gegenüber dem Vorjahr vor.

D.2.1 ERMITTLUNG DER SCHADENRÜCKSTELLUNG

Der beste Schätzwert der Schadenrückstellung umfasst alle Verpflichtungen aus bekannten und unbekanntem Schäden, die bis zum Berichtszeitpunkt bereits verursacht wurden. Zur Berechnung werden historische Abwicklungsdreiecke, welche sich aus den Schadenzahlungen und den Schadenregulierungskosten ergeben, herangezogen. Das bedeutet, dass zur Berechnung der Schadenrückstellung Rückschlüsse von der Vergangenheit auf die Zukunft gezogen werden. Es fließen alle Schadenjahre seit Gründung der Gesellschaft in die Berechnung ein. Bzgl. der Diskontierung mittels der risikolosen Zinsstrukturkurve, die von der EIOPA veröffentlicht wird, wird von einem Zahlungszeitpunkt in der Mitte des Jahres ausgegangen. Diese Schadendreiecke werden sodann mit aktuariellen Methoden fortgeschrieben.

D.2.2 ERMITTLUNG DER PRÄMIENRÜCKSTELLUNG

Bei der Prämienrückstellung handelt es sich um den Barwert der Verpflichtungen aus zukünftiger Gefahrentragung sowie der künftigen Aufwendungen der Verwaltung des zum Bilanzstichtag vorhandenen Versicherungsbestands. Die Ermittlung der Prämienrückstellung erfolgt auf Basis von zukünftigen Zahlungsströmen für Prämien, Schadenzahlungen und Kosten.

D.2.3 ERMITTLUNG DER RISIKOMARGE

Die Risikomarge wird mit einem Kapitalkostenansatz abgebildet. Zur Berechnung müssen die (Ein-Jahres-) SCRs an allen zukünftigen Bewertungsstichtagen bis zur vollständigen Abwicklung des aktuellen Bestandes geschätzt werden. Die Projektion der zukünftigen SCRs erfolgt bei der DAV auf Basis eines Risikotreiberansatzes. Dieser schreibt die nicht hedgebaren Risiken, welche sich aus dem Ausfallrisiko,

dem versicherungstechnischen Risiko und dem operationellen Risiko ergeben, fort. Nach der Diskontierung mit der risikofreien Zinsstrukturkurve werden die zukünftigen SCRs mit dem unter Solvency II vorgegebenen Kapitalkostensatz in Höhe von 6 % multipliziert, sodass sich die Risikomarge als Barwert der zukünftigen Kapitalkosten ergibt.

D.2.4 GRAD DER UNSICHERHEIT

Aufgrund der jungen Historie der DAV konnte der beste Schätzwert zum Stand 31.12.2017 zum vierten Mal gebildet werden. Hierbei weist das indirekte Geschäft im Geschäftsbereich „Beistand“ das größte Volumen sowie die längste Historie (2011–2017) auf. Bei der Bewertung der Risiken in den vt. Rückstellungen sollten folgende Faktoren berücksichtigt werden:

- Die separate Berechnung in den beiden Geschäftsbereichen sowie dem direkten und indirekten Geschäft mindert die Datenhistorie sowie das Volumen pro Berechnung. Auf Basis dieser Unterteilung verursacht die geringe Datenhistorie insbesondere im direkten Geschäft beider Geschäftsbereiche Unsicherheiten bei der Berechnung.
- Des Weiteren sind in den von der DAV betriebenen Geschäftsbereichen „Verschiedene finanzielle Verluste“ und „Beistand“ die Risikomaße für das Rückstellungsrisiko, welche die Unsicherheiten in der Rückstellungsbildung des jeweiligen Geschäftsbereichs widerspiegeln, mit jeweils 20 % (Parameter der Standardformel) angesetzt.

Die vorhandenen Unsicherheiten werden laufend analysiert und überwacht. Aufgrund entsprechend implementierter Kontrollen bei der Bewertung der vt. Rückstellungen werden die Unsicherheiten aktuell als unwesentlich eingeschätzt.

D.2.5 UNTERSCHIEDE IN DER BEWERTUNG DER VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN ZWISCHEN SOLVENCY II UND HGB

Die Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Bilanzierung resultieren im Wesentlichen aus der Bewertungsmethodik und aus der Ausweisteknik unter Solvency II bzw. HGB. Unter HGB setzen sich die versicherungstechnischen Rückstellungen aus der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Beitragsüberträgen und sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen zusammen. Wie oben dargestellt, bestehen sie unter Solvency II aus der diskontierten Schaden- und Prämienrückstellung sowie einer Risikomarge. Die Unterschiede werden wie folgt näher spezifiziert:

- Die Position der Schadenrückstellung wird unter Solvency II als bester Schätzwert unter Berücksichtigung der Diskontierung mit der durch die EIOPA veröffentlichten risikolosen Zinsstrukturkurve berechnet. Unter HGB erfolgt der Ausweis als Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ohne Diskontierung nach dem Vorsichtsprinzip.
- Die Positionen der Prämienrückstellung sowie der Risikomarge werden in der HGB-Bilanz nicht angesetzt.
- Die Positionen der Beitragsüberträge sowie der Schwankungsrückstellungen werden in der Solvency-II-Bilanz nicht separat angesetzt. Unter HGB sind die

Schwankungsrückstellungen Teil der Position der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen.

D.3. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

Die nachfolgende Tabelle gibt zunächst einen gesamthaften Überblick über die wesentlichen sonstigen Verbindlichkeiten der DAV und deren Bewertungsansatz gemäß Solvency II:

Sonstige Verbindlichkeiten	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	Mark to Model	419,3	419,3	0,0
Rentenzahlungsverpflichtungen	Mark to Model	1.294,4	851,4	443,0
Latente Steuerschulden		123,8	0,0	123,8
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	Mark to Model	633,9	633,9	0,0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	Mark to Model	3.959,4	3.959,4	0,0

D.3.1 ANDERE RÜCKSTELLUNGEN ALS VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

Sonstige Verbindlichkeit	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	Mark to Model	419,3	419,3	0,0

Diese Position umfasst Verbindlichkeiten, die bezüglich ihrer Fälligkeit oder ihrer Höhe ungewiss sind und die keine versicherungstechnischen, Pensionsrückstellungen oder Derivate-Verlustrückstellungen sind. Dies sind z. B. Rückstellungen für Rechtskosten, Altersteilzeitrückstellungen und Urlaubsrückstellungen.

Der als Rückstellung in der Solvabilitätsübersicht angesetzte Betrag stellt grundsätzlich in Anlehnung an die Grundsätze des IAS 37, die bestmögliche Schätzung der Aufwendungen dar, die zur Erfüllung der gegenwärtigen Verpflichtung zum Abschlussstichtag erforderlich sind. Dies umfasst auch die Berücksichtigung von Diskonteffekten.

Da es sich bei der DAV im Wesentlichen um kurzfristige Verbindlichkeiten handelt, die dieser Position zugrunde liegen, und keine weiteren quantitativen oder qualitativen Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen, setzt die Bewertung unter Solvency II auf den Wert gemäß HGB auf.

Bewertungsunterschiede sind darauf zurückzuführen, dass abweichend von HGB die Voraussetzungen für eine Saldierung der Altersteilzeitverpflichtungen mit dem Planvermögen unter Solvency II gemäß den IFRS-Bewertungsgrundlagen nicht erfüllt sind.

D.3.2 RENTENZAHLUNGSVERPFLICHTUNGEN

Sonstige Verbindlichkeit	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Rentenzahlungsverpflichtungen	Mark to Model	1.294,4	851,4	443,0

Rentenzahlungsverpflichtungen beinhalten die Nettoverpflichtungen im Zusammenhang mit dem Altersversorgungssystem gemäß den Pensionsplänen für Mitarbeiter.

Bei der Bewertung von Rentenzahlungsverpflichtungen in der Solvabilitätsübersicht wird auf den IAS 19 zurückgegriffen. Demnach werden die Pensionsverpflichtungen als Barwert zukünftiger Leistungsverpflichtungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Basis versicherungsmathematischer Methoden bewertet.

Die Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB sind auf Diskonteffekte zurückzuführen, die aus der Verwendung unterschiedlicher Zinskurven gemäß Solvency II bzw. IAS 19 und HGB resultieren.

D.3.3 LATENTE STEUERSCHULDEN

Sonstige Verbindlichkeit	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Latente Steuerschulden		123,8	0,0	123,8

Bei latenten Steuern wird zwischen aktiven und passiven Steuerlatenzen unterschieden. Für allgemeine Erläuterungen zur Bewertung von latenten Steuern unter Solvency II wird auf den Abschnitt D.1.1 zu latenten Steueransprüchen verwiesen, die auf die Ermittlung der latenten Steuerschulden gleichermaßen Anwendung finden.

Passive latente Steuern entstehen, wenn in der Solvabilitätsübersicht entweder Vermögenswerte höher oder Verbindlichkeiten geringer bewertet werden als in der Steuerbilanz.

Die latenten Steuerschulden in der Solvabilitätsübersicht der DAV resultieren im Wesentlichen aus den Unterschiedsbeträgen bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie bei den Pensionsrückstellungen. Die im Rahmen des HGB-Jahresabschlusses angesetzten Steuerrückstellungen und sonstigen Steuerverbindlichkeiten werden auch unter Solvency II nicht als latente Steuern angesetzt.

D.3.4 VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER RÜCKVERSICHERERN

Sonstige Verbindlichkeit	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	Mark to Model	633,9	633,9	0,0

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern umfassen fällige Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern (insbesondere Kontokorrentkonten) außer Einlagen, die in Zusammenhang mit dem Rückversicherungsgeschäft stehen und nicht in den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen enthalten sind. Sie

umfassen auch Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern, die sich auf abgegebene Beiträge beziehen.

Der Wertansatz in der Solvabilitätsübersicht folgt hier dem handelsrechtlichen Wertansatz. Die fälligen Beträge sind mit dem Abrechnungsbetrag der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Diese Verbindlichkeiten sind auch in der Solvabilitätsübersicht undiskontiert angesetzt, da es sich hierbei im Wesentlichen um kurzfristige Außenstände und zahlungsnahen Positionen handelt.

Insgesamt liegen für diese Position zum Bewertungsstichtag keine Unterschiede in der Bewertung zwischen Solvency II und handelsrechtlicher Bewertung vor.

D.3.5 VERBINDLICHKEITEN (HANDEL, NICHT VERSICHERUNG)

Sonstige Verbindlichkeit	Bewertungsverfahren	Solvency II-Wert	HGB-Wert	Delta
		T€	T€	T€
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	Mark to Model	3.959,4	3.959,4	0,0

Diese Position umfasst den Gesamtbetrag aus geschuldeten nicht versicherungsbezogenen Beträgen in Verbindung mit Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern, Zulieferern und Verbindlichkeiten gegenüber der öffentlichen Hand.

Da es sich hier um kurzfristige (ca. ein Jahr) Verbindlichkeiten handelt und keine weiteren quantitativen oder qualitativen Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen, wird der HGB-Wert angesetzt.

Insgesamt liegen für diese Position zum Bewertungsstichtag keine Unterschiede in der Bewertung zwischen Solvency II und handelsrechtlicher Bewertung vor.

D.4. ALTERNATIVE BEWERTUNGSMETHODEN

Gemäß § 74 Absatz 2 VAG in Verbindung mit Artikel 75 Absatz 1 Buchstabe a Rahmenrichtlinie werden Vermögenswerte mit dem Marktwert bewertet.

Für die Ermittlung des Marktwertes sind gemäß Artikel 9 Nr. 2 Delegierte Verordnung grundsätzlich die Internationalen Rechnungslegungsstandards zugrunde zu legen.

Bei der Wahl der Bewertungsmethode ist zwingend die Bewertungshierarchie nach Artikel 10 Delegierte Verordnung einzuhalten. Sofern keine Marktpreise oder gemäß der Fair-Value-Hierarchie von Marktpreisen abgeleitete Werte verfügbar sind, kann auf alternative Bewertungsmethoden zurückgegriffen werden.

Gemäß Artikel 263 Delegierte Verordnung müssen alternative Bewertungsmethoden gemäß Artikel 10 Absatz 5 beschrieben werden, wenn sie angewendet werden.

Dazu gehört, dass:

- Vermögenswerte und Verbindlichkeiten bestimmt werden, auf die ein Bewertungskonzept Anwendung findet,
- die Anwendung eines ggf. betreffenden Bewertungskonzepts auf die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten begründet wird,

- die dem Bewertungskonzept zugrunde liegenden Annahmen dokumentiert werden,
- etwaige Unsicherheiten in der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mithilfe von Bewertungskonzepten eingeschätzt werden sowie
- die Angemessenheit der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mithilfe von Bewertungskonzepten einer regelmäßigen Überprüfung vor dem Hintergrund der gewonnenen Erfahrungen unterzogen wird.

Die DAV setzt im Wesentlichen die in den folgenden Unterabschnitten genannten alternativen Bewertungsmethoden ein. Diese werden bezüglich ihrer Anwendbarkeit und Angemessenheit jährlich überprüft.

D.4.1 BARWERTMETHODE

Bei der Barwertmethode wird der Zeitwert ermittelt, indem individuelle Zahlungsströme je Einzeltitel diskontiert werden. Die Zahlungsströme stellen erwartete Zahlungen an den Investor dar, die sich in Abhängigkeit der Art des Investments ergeben. Für festverzinsliche Wertpapiere ergeben sich diese beispielsweise aus den Zinszahlungen zum jeweiligen Zinstermin und aus dem Nennbetrag bei Fälligkeit.

Die Abzinsung der Zahlungsströme erfolgt mit währungsabhängigen Zinsstrukturkurven. Dem Bonitätsrisiko des Kontrahenten sowie dem Liquiditätsrisiko wird über Kreditrisikozuschläge und Liquiditätszuschläge, sog. Spreads, Rechnung getragen. Die Bonitäts- und Liquiditätsspreads werden in Abhängigkeit der Laufzeit und des Emittenten ermittelt. Bei den zur Bewertung herangezogenen Parametern Zinskurve und Spread wird dabei die Anzahl am Markt beobachtbarer Parameter maximiert.

D.4.2 ANGEPASSTE EQUITY-METHODE

Die angepasste Equity-Methode wird bei der Bewertung von verbundenen Versicherungsunternehmen unter Solvency II herangezogen. Es handelt sich dabei um ein in Artikel 13 Delegierte Verordnung definiertes Bewertungsverfahren, bei dem Versicherungsunternehmen mit ihrem anteiligen Solvency-II-Eigenkapital angesetzt werden. Dieses ergibt sich als anteiliger Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten beim Tochterunternehmen. Ansatz und Bewertung dieser Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgen dabei gemäß Solvency II.

Die Anwendung der hier genannten alternativen Bewertungsmethoden gemäß Artikel 263 Delegierte Verordnung wird, sofern zutreffend, in diesem Kapitel in den jeweiligen Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzposten beschrieben.

D.4.3 NETTOVERMÖGENSWERT

Der Nettovermögenswert ergibt sich als Wert aller Vermögenswerte abzüglich des Wertes aller Verbindlichkeiten. Er folgt somit dem in Artikel 9 DVO geforderten Grundsatz der Einzelbewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. Die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten hat unter Verwendung von Marktparametern zu erfolgen. Im Falle von Beteiligungen ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass etwaige nicht einzeln veräußerbare immaterielle

Vermögenswerte oder ein Geschäfts- oder Firmenwert vom Wert aller Vermögenswerte abzuziehen sind.

D.4.4 HANDELSRECHTLICHE BEWERTUNG

Gemäß Artikel 9 Absatz 4 Delegierte Verordnung können Vermögenswerte und Verbindlichkeiten basierend auf der Methode erfasst und bewertet werden, die auch zur Erstellung des Jahresabschlusses herangezogen wird.

Bei der DAV können folglich die Bewertungsmethoden des handelsrechtlichen Abschlusses eingesetzt und die HGB-Werte in der Solvabilitätsübersicht angesetzt werden.

Dies gilt insbesondere für Positionen, die einen kurzfristigen Charakter ohne festgelegten Zinssatz aufweisen und für die demzufolge keine Diskontierung vorgenommen werden muss. Abweichungen zum HGB-Wert begründen sich lediglich in ausweistechnischen Unterschieden oder der Berücksichtigung spezifischer Besonderheiten der einzelnen Position.

D.4.5 ERTRAGSWERTVERFAHREN

Der nach dem Ertragswertverfahren ermittelte Wert (Ertragswert) entspricht dem Barwert der den Unternehmenseignern zufließenden finanziellen Überschüsse. Die abzusendenden Nettoeinnahmen ergeben sich dabei aufgrund des Anspruchs des Unternehmenseigners auf Ausschüttungen bzw. Entnahmen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse abzüglich etwaiger zu erbringender Einlagen der Eigner. Wertbestimmend sind dabei diejenigen finanziellen Überschüsse, die als Nettoerträge in den Verfügungsbereich der Eigentümer gelangen. Zugrunde liegende Daten sind dabei Plan-Bilanzen, Plan-Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Finanzplanungen. Bei der Bestimmung der Nettozuflüsse werden zudem inländische und ausländische Ertragssteuern des bewerteten Unternehmens und grundsätzlich die aufgrund des Eigentums am Unternehmen beim Unternehmenseigner entstehenden Ertragssteuern berücksichtigt.

Die Diskontierung der Zahlungsströme erfolgt über den risikolosen Basiszinssatz. Ferner wird die Übernahme der unternehmerischen Unsicherheiten durch einen Risikoaufschlag berücksichtigt.

Das Ertragswertverfahren kann als alternative Bewertungsmethode gemäß der Solvency-II-Bewertungshierarchie herangezogen werden, sofern es keine gesonderten Vorschriften gibt, die dies explizit ausschließen.

D.5. SONSTIGE ANGABEN

Weitere zu veröffentlichende Informationen liegen nicht vor.

E. KAPITALMANAGEMENT

E.1. EIGENMITTEL

Solvency II stellt an Versicherungsunternehmen bestimmte Anforderungen an die Solvabilitätskapitalausstattung, um den Mindestkapitalbedarf (MCR) und den Solvabilitätskapitalbedarf (SCR) zu bedecken.

Ziel des Kapitalmanagements der DAV ist es, diese Anforderungen mit den Eigenmitteln gemäß der in Artikel 82 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 beschriebenen Anrechnungsfähigkeit und Begrenzungen für Tier 1, 2 und 3 und einem über das SCR hinausgehenden Kapitalpuffer in Höhe von 20 % zu erfüllen.

Durch das mittelfristige Kapitalmanagement wird die Kapitalausstattung der DAV für einen Zeitraum von drei Geschäfts- bzw. Planjahren dargestellt, überwacht und in regelmäßigen Abständen aktualisiert, um auf negative Entwicklungen rechtzeitig reagieren zu können. Dabei werden Ist-Zahlen eines Geschäftsjahres und Plan-Zahlen der darauffolgenden drei Jahre für die Prognose der Eigenmittel und Kapitalanforderungen herangezogen. Die vorhandenen Eigenmittelbestandteile werden im Hinblick auf ihre Anrechenbarkeit zu den Basiseigenmitteln analysiert und klassifiziert.

Sollten die durchgeführten Planungsanalysen darauf hindeuten, dass die Kapitalanforderungen nicht ausreichend mit Eigenmitteln hinterlegt werden können, werden unmittelbar mögliche Gegenmaßnahmen erarbeitet. Jede Gegenmaßnahme wird mit ihren Auswirkungen für das Unternehmen (z. B. damit verbundener Aufwand oder finanzielle Aufwendungen), ihren mittel- bis langfristigen Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Eigenmittel und ihren Vor- und Nachteilen dargestellt und dem Vorstand zeitnah, d.h. innerhalb von zwei Wochen, zum Beschluss vorgelegt.

E.1.1 VERFÜGBARE EIGENMITTEL

Die verfügbaren Eigenmittel setzen sich aus den Basiseigenmitteln und den ergänzenden Eigenmitteln zusammen. Basiseigenmittel sind der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich des Betrages der eigenen Aktien, nicht anzuerkennender Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten sowie vorhersehbarer Dividenden und Ausschüttungen.

Ergänzende Eigenmittel sind solche, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen und die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können, sofern die Aufsicht diese nach einer Überprüfung genehmigt.

Die Zusammensetzung der **verfügbaren Eigenmittel** der DAV lässt sich über die folgende Tabelle zusammenfassen:

Zusammensetzung der verfügbaren Eigenmittel	Gesamt		Tier 1		Tier 2		Tier 3	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Grundkapital	101,0	101,0	101,0	101,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kapitalrücklage	9.026,2	9.026,2	9.026,2	9.026,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausgleichsrücklage	6.292,4	3.533,0	6.292,4	3.533,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wert der latenten Netto-Steueransprüche	249,2	262,8	0,0	0,0	0,0	0,0	249,2	262,8
Basiseigenmittel	15.668,8	12.923,0	15.419,6	12.660,2	0,0	0,0	249,2	262,8
Ergänzende Eigenmittelbestandteile	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verfügbare Eigenmittel	15.668,8	12.923,0	15.419,6	12.660,2	0,0	0,0	249,2	262,8

Das **Grundkapital** wird als solches bezeichnet, sofern zum einen die Aktien direkt vom Unternehmen ausgegeben werden und zum anderen die Aktien, im Falle der Insolvenz, einen Anspruch des Inhabers auf das Restvermögen der Gesellschaft verkörpern.

Die **Kapitalrücklage** umfasst das auf das Grundkapital entfallende Emissionsagio.

Gemäß Solvency II wird die **Ausgleichsrücklage** ermittelt, indem vom Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten sämtliche Basiseigenmittel, vom Unternehmen gehaltene eigene Aktien, vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte, andere anerkannte Basiseigenmittel und Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten abgezogen werden. Die sich daraus ergebende Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage der DAV lässt sich über die folgende Tabelle zusammenfassen:

Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage	Solvency II-Wert	
	2017	2016
	T€	T€
Gewinnrücklagen inkl. Verlustvortrag	0,0	0,0
Bewertungsunterschiede	6.292,4	3.533,0
Anlagen	6.885,9	4.440,5
Sonstige Vermögenswerte	-241,9	-262,8
Versicherungstechnische Rückstellungen	-111,0	-637,3
Sonstige Verbindlichkeiten	-240,6	-7,3
Ausgleichsrücklage	6.292,4	3.533,0

Bei den Bewertungsunterschieden handelt es sich um aufgedeckte stille Reserven und Lasten, welche sich gemäß den unterschiedlichen Wertansätzen zwischen Solvency II und HGB ergeben. Die stillen Reserven aus Kapitalanlagen resultieren insb. aus Beteiligungen und Unternehmensanleihen. Des Weiteren ergeben sich stille Lasten aus der Umbewertung der sonstigen Vermögenswerte.

Die Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen beziehen sich auf Bewertungs- und Ansatzunterschiede zwischen HGB und Solvency II. Die Berechnung nach Solvency II erfolgt nach den marktkonformen Prinzipien des besten Schätzwerts, die den Wert im Vergleich zu HGB reduzieren und sich positiv auf die Eigenmittel auswirken. Gleichzeitig resultiert der Ansatz einer Risikomarge in einer zusätzlichen Verpflichtung unter Solvency II, welche sich negativ auf die Eigenmittel auswirkt. Des Weiteren ergeben sich stille Lasten aus der Umbewertung der sonstigen Verbindlichkeiten.

Die Ausgleichsrücklage ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen, was im Wesentlichen durch den Anstieg der Bewertungsunterschiede in den versicherungstechnischen Rückstellungen und den Kapitalanlagen begründet ist. Die Volatilität der Ausgleichsrücklage resultiert weiterhin aus Marktwertänderungen sämtlicher Positionen der Solvabilitätsübersicht in Verbindung mit dem aktuellen Kapitalmarktumfeld.

Der Wert der **latenten Netto-Steueransprüche** ergibt sich aus der Saldierung von latenten Steuerforderungen mit den latenten Steuerschulden der Solvabilitätsübersicht. Demnach ergibt sich ein Überhang der Steuerforderungen i. H. v. 249,2 T€.

Für 2017 hat die DAV keine Genehmigung für **ergänzende Eigenmittel** bei der BaFin eingeholt.

Auf Basis der unterschiedlichen Bestandteile ergeben sich zum Bewertungsstichtag für die DAV **verfügbare Eigenmittel** i. H. v. 15.668,8 T€ (Vorjahr 12.923,0 T€).

Bestandteil der verfügbaren Eigenmittel nach Solvency II sind auch die verschiedenen Komponenten des HGB-Eigenkapitals, welches sich zusammensetzt aus dem Grundkapital, der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklage inklusive des Verlustvortrags. Somit ergibt sich ein Unterschied zwischen den verfügbaren Eigenmitteln nach Solvency II und dem HGB-Eigenkapital i. H. v. 6.541,6 T€.

E.1.2 ANRECHNUNGSFÄHIGE EIGENMITTEL

Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel sind neben der Eigenmitteligüte zusätzlich quantitative Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten. Dabei ist grundsätzlich zwischen Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des SCR und Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des MCR zu unterscheiden.

Klasse	SCR-Bedeckung	MCR-Bedeckung
Tier 1	Min. 50%	Min 80%
Tier 2		Max. 20%
Tier 3	Max. 15%	Keine

Hierbei darf die Summe der Tier-1-Bestandteile aus eingezahlten nachrangigen Mitgliederkonten, eingezahlten Vorzugsaktien, eingezahlten nachrangigen Verbindlichkeiten sowie der Bestandteile der Übergangsregelung nicht mehr als 20 % des Gesamtbetrages von Tier 1 betragen.

Unter Berücksichtigung der Anrechenbarkeitsbeschränkungen ergeben sich für die DAV die folgenden anrechnungsfähigen Eigenmittel:

Anrechnungsfähige Eigenmittel	Gesamt		Tier 1		Tier 2		Tier 3	
	2017 T€	2016 T€	2017 T€	2016 T€	2017 T€	2016 T€	2017 T€	2016 T€
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	15.668,8	12.923,0	15.419,6	12.660,2	0,0	0,0	249,2	262,8
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	15.419,6	12.660,2	15.419,6	12.660,2	0,0	0,0	0,0	0,0

Für die Bedeckung des SCR sind demnach alle verfügbaren Eigenmittel auch anrechnungsfähig, d. h., die vorgegebenen Grenzen für die Zusammensetzung der anrechnungsfähigen Eigenmittel führen zu keiner Reduktion der verfügbaren gegenüber den anrechnungsfähigen Eigenmitteln.

Für die Ermittlung der anrechnungsfähigen Eigenmittel zur Bedeckung des MCR sind ausgehend von den verfügbaren Eigenmitteln des SCR die Tier-3-Eigenmittel vollständig zu vernachlässigen. Da bei der DAV keine Tier-2-Eigenmittel vorliegen, für die Anrechenbarkeitsbeschränkungen geprüft werden müssten, können ausgehend von verfügbaren Eigenmitteln i. H. v. 15.668,8 T€ insgesamt 15.419,6 T€ für die Bedeckung des MCR angerechnet werden.

E.2. SOLVENZKAPITALANFORDERUNG UND MINDESKAPITALANFORDERUNG

E.2.1 SCR UND MCR ZUM BILANZSTICHTAG

Die SCR-Bedeckungsquote bzw. Solvabilitätsquote beträgt zum Stichtag 31.12.2017 150,4 %. Das SCR der DAV beträgt 10.418,4 T€, das MCR 2.604,6 T€. Der endgültige Betrag der Solvabilitätskapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

Die Standardformel für die Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung berücksichtigt neben versicherungstechnischen Risiken sowohl Marktrisiken als auch Ausfallrisiken sowie operationelle Risiken. Außerdem werden Diversifikationseffekte zwischen den Risikokategorien und zusätzlich der risikomindernde Effekt latenter Steuern berücksichtigt.

Das Marktrisiko ist mit 8.614,2 T€ die mit Abstand größte Risikoposition der DAV, wobei das Konzentrationsrisiko den wesentlichen Treiber darstellt. Das versicherungstechnische Risiko ist mit 2.459,9 T€ die zweitgrößte Risikoposition.

E.2.2 VEREINFACHTE BERECHNUNG UND UNTERNEHMENSPEZIFISCHE PARAMETER

Die DAV verwendet keine Vereinfachungen zur Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderungen gemäß der Standardformel und auch keine unternehmensspezifischen Parameter (USP).

E.2.3 ÄNDERUNGEN DES SCR UND MCR WÄHREND DER BERICHTSPERIODE

Die Einflussfaktoren des SCR (aggregiert, auf Ebene der Risikokategorien und der Einzelrisiken) werden zusammenfassend in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Im Berichtsjahr wurde die risikomindernde Wirkung latenter Steuern bei der Ermittlung der Kapitalanforderung berücksichtigt, die zu einer Reduktion der Kapitalanforderung um 375,4 T€ führt.

Der Mindestkapitalbedarf beträgt zum Stichtag 2.604,6 T€. Im Vorjahr ergab sich das MCR durch die regulatorische Untergrenze und lag damit bei 2.500,0 T€. Der Mindestkapitalbedarf hat sich damit zum Berichtszeitpunkt gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich ($\geq 7,5$ %) verändert.

Solvabilitätskapitalanforderung (SCR) / Mindestkapitalanforderung (MCR)	2017 T€	2016 T€	Abweichung T€
Marktrisiko	8.614,2	6.738,8	1.875,4
Gegenparteiausfallrisiko	2.330,2	2.448,8	-118,6
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	2.458,9	2.259,4	199,4
Diversifikation	-2.818,5	-2.620,4	-198,1
Basissolvabilitätskapitalanforderung	10.584,7	8.826,6	1.758,1
Operationelles Risiko	209,1	194,6	14,5
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-375,4	-360,8	-14,6
Solvabilitätskapitalanforderung (SCR)	10.418,4	8.660,5	1.757,9
Mindestkapitalanforderung (MCR)	2.604,6	2.500,0	104,6

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Solvabilitätskapitalanforderung um 1.758,1 T€ gestiegen. Das ist insbesondere auf den Anstieg des Marktrisikos durch die Erhöhung des Wertes der gehaltenen Beteiligung zurückzuführen. Ursächlich für den Anstieg des Marktrisikos sind das höhere Aktien- und Konzentrationsrisiko. Gleichzeitig ergeben sich gegenläufige Effekte aus dem höheren Diversifikationseffekt durch die bessere Risikostreuung und einem niedrigeren Spreadrisiko

E.3. VERWENDUNG DES DURATIONSBASierten UNTERMODULS AKTIENRISIKO BEI DER BERECHNUNG DER SOLVENZKAPITALANFORDERUNG

Der durationsbasierte Ansatz beim Aktienrisiko wurde nicht verwendet.

E.4. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DER STANDARDFORMEL UND ETWA VERWENDETEN INTERNEN MODELLEN

Es wurde kein internes Modell im Berichtszeitraum beantragt oder verwendet.

E.5. NICHEINHALTUNG DER MINDESKAPITALANFORDERUNG UND NICHT-EINHALTUNG DER SOLVENZKAPITALANFORDERUNG

Zum Bilanzstichtag sowie während des Berichtszeitraumes lag jederzeit eine ausreichende Bedeckung des SCR sowie MCR vor. Gegenwärtig sind keine Risiken bekannt, die zu einer Nichteinhaltung der Solvabilitätskapitalanforderung oder Mindestkapitalanforderung führen.

E.6. SONSTIGE ANGABEN

Weitere zu veröffentlichende Informationen liegen nicht vor.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ALM	Asset-Liability-Management
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BE	Best Estimate
CMS	Compliance Management System
COSO	Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission
DAS	Deutsche Assistance Service GmbH
DAV	Deutsche Assistance Versicherung AG
DTA	Deferred tax asset
DTL	Deferred tax liability
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EU	Europäische Union
GDV	Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards
IFRS	International Financial Reporting Standards
iVg	Immaterielle Vermögensgegenstände
L1	Level I Richtlinie 2009/138/EG
L2	Delegierte Level II Rechtsakte
MCR	Minimum Capital Requirement
MIS	Management Information System
n.F.	neue Fassung
ÖRAG	ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
QRT	Quantitative Reporting Template
RSR	Regular Supervisory Reporting
SAA	Strategic Asset Allocation
SCR	Solvency Capital Requirement
Solvency II	Solvency II

T€	Tausend Euro
ÜbschV	Überschussverordnung
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VaR	Value at Risk
vt.	versicherungstechnisch
VU	Versicherungsunternehmen

Anhang I
S.02.01.02
Bilanz

Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Aktien

Aktien – notiert

Aktien – nicht notiert

Anleihen

Staatsanleihen

Unternehmensanleihen

Strukturierte Schuldtitel

Besicherte Wertpapiere

Organismen für gemeinsame Anlagen

Derivate

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Sonstige Anlagen

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Darlehen und Hypotheken

Policendarlehen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:

Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen

Krankenversicherungen

Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen

nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen

Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und

indexgebundenen Versicherungen

nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und

indexgebundenen Versicherungen

Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden

Depotforderungen

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Eigene Anteile (direkt gehalten)

In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte,

aber noch nicht eingezahlte Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0030	0,0 T€
R0040	373,0 T€
R0050	0,0 T€
R0060	72,9 T€
R0070	15.645,1 T€
R0080	
R0090	11.461,4 T€
R0100	
R0110	
R0120	
R0130	4.183,7 T€
R0140	390,7 T€
R0150	3.793,0 T€
R0160	
R0170	
R0180	
R0190	
R0200	
R0210	
R0220	
R0230	
R0240	
R0250	
R0260	
R0270	
R0280	
R0290	
R0300	
R0310	
R0320	
R0330	
R0340	
R0350	
R0360	411,3 T€
R0370	0,0 T€
R0380	3.159,8 T€
R0390	0,0 T€
R0400	
R0410	3.293,7 T€
R0420	0,0 T€
R0500	22.955,9 T€

Verbindlichkeiten

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Eventualverbindlichkeiten
 Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen
 Rentenzahlungsverpflichtungen
 Depotverbindlichkeiten
 Latente Steuerschulden
 Derivate
 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern
 Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern
 Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)
 Nachrangige Verbindlichkeiten
 Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten
 In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten
 Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten insgesamt**Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten**

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0510	856,2 T€
R0520	856,2 T€
R0530	
R0540	607,9 T€
R0550	248,3 T€
R0560	
R0570	
R0580	
R0590	
R0600	
R0610	
R0620	
R0630	
R0640	
R0650	
R0660	
R0670	
R0680	
R0690	
R0700	
R0710	
R0720	
R0740	0,0 T€
R0750	419,3 T€
R0760	1.294,4 T€
R0770	0,0 T€
R0780	123,8 T€
R0790	
R0800	
R0810	
R0820	0,0 T€
R0830	633,9 T€
R0840	3.959,4 T€
R0850	0,0 T€
R0860	0,0 T€
R0870	0,0 T€
R0880	0,0 T€
R0900	7.287,1 T€
R1000	15.668,8 T€

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes			In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Nichtlebensversicherungsve pflichtungen gesamt
Rechtsschut zversicherung ng	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Nichtproporti onale Krankenrück versicherung	Nichtproporti onale Unfallrückver sicherung	Nichtproportiona le See-, Luftfahrt- und Transportrückver sicherung	Nichtproporti onale Sachrückvers icherung	
C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0170	C0180
R0320	592,5 T€	263,8 T€					856,2 T€
R0330	0,0 T€	0,0 T€					0,0 T€
R0340	592,5 T€	263,8 T€					856,2 T€

Anhang I

S.19.01.21

Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen

Nichtlebensversicherungsgeschäft gesamt

Schadenjahr/Zeichnungs-
jahr

Z0020	Accident year [AY]
--------------	--------------------

Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert)
(absoluter Betrag)

Jahr	Entwicklungsjahr											im laufenden Jahr C0170	Summe der Jahre C0180
	0 C0010	1 C0020	2 C0030	3 C0040	4 C0050	5 C0060	6 C0070	7 C0080	8 C0090	9 C0100	10 & + C0110		
Vor	R0100												
N-9	R0160												
N-8	R0170												
N-7	R0180												
N-6	R0190	1.743,9 T€	294,1 T€	2,6 T€	0,6 T€	0,2 T€	0,0 T€	0,0 T€				0,0 T€	2.041,5 T€
N-5	R0200	2.369,9 T€	368,2 T€	0,4 T€	1,1 T€	0,3 T€	0,0 T€					0,0 T€	2.739,9 T€
N-4	R0210	4.018,0 T€	376,3 T€	3,3 T€	1,0 T€	0,1 T€						0,1 T€	4.398,6 T€
N-3	R0220	4.830,3 T€	494,7 T€	3,5 T€	3,3 T€							3,3 T€	5.331,9 T€
N-2	R0230	5.125,8 T€	540,3 T€	9,0 T€								9,0 T€	5.675,1 T€
N-1	R0240	3.460,9 T€	399,2 T€									399,2 T€	3.860,1 T€
N	R0250	3.316,5 T€										3.316,5 T€	3.316,5 T€
Gesamt	R0260											3.728,1 T€	27.363,4 T€

Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen
(absoluter Betrag)

Jahr	Entwicklungsjahr											10 & +	Jahresende (abgezinste Daten)		
	C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0290	C0300		C0360		
Vor	R0100	R0100	R0100	R0100	R0100	R0100	R0100	R0100	R0100	R0100	R0100		R0100		
N-9	R0160												R0160		
N-8	R0170												R0170		
N-7	R0180												R0180		
N-6	R0190				0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€						R0190	0,0 T€	
N-5	R0200			0,2 T€	0,0 T€	0,0 T€							R0200	0,0 T€	
N-4	R0210		1,8 T€	0,3 T€	0,0 T€								R0210	0,0 T€	
N-3	R0220	4,5 T€	1,5 T€	0,2 T€									R0220	0,2 T€	
N-2	R0230	617,3 T€	4,7 T€	2,3 T€									R0230	2,3 T€	
N-1	R0240	671,6 T€	10,3 T€										R0240	10,3 T€	
N	R0250	474,9 T€											R0250	475,7 T€	
													Gesamt	R0260	488,6 T€

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

- Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
- Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
- Überschussfonds
- Vorzugsaktien
- Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
- Ausgleichsrücklage
- Nachrangige Verbindlichkeiten
- Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
- Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

- Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

- Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

- Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können
- Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
- Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen
- Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
- Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
- Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
- Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
- Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	101,0 T€	101,0 T€			
R0030	9.026,2 T€	9.026,2 T€			
R0040					
R0050					
R0070					
R0090					
R0110					
R0130	6.292,4 T€	6.292,4 T€			
R0140					
R0160	249,2 T€				249,2 T€
R0180					
R0220					
R0230					
R0290	15.668,8 T€	15.419,6 T€			249,2 T€
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400					

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

Ausgleichsrücklage

- Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
- Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
- Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
- Sonstige Basiseigenmittelbestandteile
- Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung
- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

R0500	15.668,8 T€	15.419,6 T€			249,2 T€
R0510	15.419,6 T€	15.419,6 T€			
R0540	15.668,8 T€	15.419,6 T€	0,0 T€	0,0 T€	249,2 T€
R0550	15.419,6 T€	15.419,6 T€	0,0 T€	0,0 T€	
R0580	10.418,4 T€				
R0600	2.604,6 T€				
R0620	0,0 T€				
R0640	0,0 T€				

	C0060
R0700	15.668,8 T€
R0710	
R0720	
R0730	9.376,4 T€
R0740	
R0760	6.292,4 T€
R0770	
R0780	
R0790	

Anhang I

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Marktrisiko
 Gegenparteausfallrisiko
 Lebensversicherungstechnisches Risiko
 Krankenversicherungstechnisches Risiko
 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
 Diversifikation
 Risiko immaterieller Vermögenswerte
Basissolvenzkapitalanforderung

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
 Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
 Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
 Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

Kapitalaufschlag bereits festgesetzt

Solvenzkapitalanforderung

Weitere Angaben zur SCR

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
 Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

	Brutto- Solvenzkapitalanforderung	Vereinfachungen	USP
	C0110	C0120	C0090
R0010	8.614,2 T€		
R0020	2.330,2 T€		
R0030			
R0040			
R0050	2.458,9 T€		
R0060	-2.818,5 T€		
R0070	0,0 T€		
R0100	10.584,7 T€		
	C0100		
R0130	209,1 T€		
R0140	0,0 T€		
R0150	-375,4 T€		
R0160			
R0200	10.418,4 T€		
R0210			
R0220	10.418,4 T€		
R0400			
R0410			
R0420			
R0430			
R0440			

Anhang I
S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR _{NL} -Ergebnis		C0010		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
		R0010	793,7 T€		
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung		R0020			
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung		R0030			
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung		R0040			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung		R0050			
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung		R0060			
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung		R0070			
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung		R0080			
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung		R0090			
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung		R0100			
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung		R0110			
Beistand und proportionale Rückversicherung		R0120	453,3 T€	4.591,4 T€	
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung		R0130	154,6 T€	2.380,0 T€	
Nichtproportionale Krankenrückversicherung		R0140			
Nichtproportionale Unfallrückversicherung		R0150			
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung		R0160			
Nichtproportionale Sachrückversicherung		R0170			

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR _L -Ergebnis		C0040	
		R0200	0,0 T€

Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen
 Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen
 Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen
 Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen
 Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft)
	C0050	C0060
R0210		
R0220		
R0230		
R0240		
R0250		

Berechnung der Gesamt-MCR

Lineare MCR
 SCR
 MCR-Obergrenze
 MCR-Untergrenze
 Kombinierte MCR
 Absolute Untergrenze der MCR

	C0070
R0300	793,7 T€
R0310	10.418,4 T€
R0320	4.688,3 T€
R0330	2.604,6 T€
R0340	2.604,6 T€
R0350	2.500,0 T€
	C0070
R0400	2.604,6 T€

Mindestkapitalanforderung

Deutsche Assistance Versicherung AG
Hansaallee 199
40549 Düsseldorf
Telefon 0211 529-50
Telefax 0211 529-5199
E-Mail info@deutsche-assistance.de
Internet www.deutsche-assistance.de

Deutsche Assistance
Versicherung